

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	7
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	20
Stadt & Region	22
Tierschutz & Ethik	22
Umweltpolitik & Umweltrecht	23
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



Thema: Wachstumskongress	29
DNR intern	30
Aus den Verbänden	30
Ehrenamt	31

SERVICE

Rezensionen	32
Internet	34
Termine	35
Impressum	35

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	36
Schwerpunkt: Bildung für nachhaltige Entwicklung in Städten und Gemeinden	

THEMEN DES MONATS

Verkehr und Klima

Heilige Kuh auf vier Rädern

Statt Dienstwagen nach ihrem Emissionsausstoß zu besteuern, fördert die Politik Statussymbole

Seite 2

Planungsrecht

Mehr Öffentlichkeitsbeteiligung wagen!

Transparenz und Mitbestimmung machen Planungsprozesse sicherer und oft sogar schneller

Seite 3

EU-Chemikalienpolitik

Bleibt die Gesundheit auf der Strecke?

Nanopartikel, Umwelthormone und Cocktaileffekte sind in Europa nicht ausreichend reglementiert

Seite 5

Welternährung

Verschwendung und Hunger

Weniger Lebensmittel wegzuwerfen hilft den Hungernden in den Ländern des Südens nichts

Seite 11

Interview: Agrogentechnik

„Genfood verletzt die Menschenrechte“

Deutschland fördert die gentechnische Erzeugung von Lebensmitteln – und wurde bei der UNO verklagt

Seite 19

Verkehr und Klima

Heilige Kuh auf vier Rädern

Statt Dienstwagen nach ihrem Emissionsausstoß zu besteuern, fördert die Politik Statussymbole

Deutsche lieben Dienstwagen – je größer, desto besser. Anders als in Großbritannien oder in Frankreich enthalten die geltenden Steuern keinerlei ökologische Kriterien. Eine CO₂-basierte Dienstwagenbesteuerung könnte gleichzeitig die negativen Umweltauswirkungen reduzieren und mehr Steuergerechtigkeit erreichen. Ohne ein Umdenken zahlt weiter die Allgemeinheit für die Spritschleudern aus der Oberklasse. ■ VON GREGOR KOLBE, VCD

Jedes zehnte Auto in Deutschland ist ein gewerbliches Fahrzeug. Das heißt, etwas mehr als vier Millionen Pkws gehören zu einem Firmenfuhrpark. Über die Hälfte der Fahrzeuge wird auch privat genutzt – mal als direkt zugeordneter Dienstwagen, mal als Gehaltsbestandteil. Vor allem letztere Fahrzeuge werden weniger aus Funktionalitätsaspekten angeschafft, sondern dienen als Leistungsanreiz und sollen den Mitarbeiter über sein normales Gehalt hinaus zusätzlich motivieren.

Leider spielt dabei in vielen Unternehmen der Umweltgedanke gegenüber dem Statusdenken nur eine untergeordnete Rolle. Dienstwagen als Gehaltsbestandteil sind überwiegend teure und verbrauchsintensive Fahrzeuge. Das liegt unter anderem daran, dass deutschlandweit immerhin noch 27 Prozent der Dienstwagenberechtigten nach dem sogenannten User-Chooser-Prinzip innerhalb eines definierten Budgets ihr Fahrzeug frei wählen können. Laut Corporate Vehicle Observatory⁽¹⁾ liegt der Anteil in großen Unternehmen noch deutlich höher. Und gerade dort gilt häufig noch immer der Grundsatz: je größer das Auto, desto größer das Prestige.

Die Wahl großer und ineffizienter Fahrzeuge wird darüber hinaus durch die bestehende Dienstwagenbesteuerung auch noch staatlich subventioniert. Zurzeit müssen Mitarbeiter, die ihren Dienstwagen auch privat nutzen dürfen, diese Nutzung nach der sogenannten Ein-Prozent-Methode versteuern, bei der jeden Monat ein Prozent vom Fahrzeugpreis als geldwerter Vorteil steuerlich wirksam wird. Privat finanziert und unterhalten würde ein vergleichbares Fahrzeug den Dienstwagenberechtigten ungleich mehr kosten.

Es ist also kaum verwunderlich, dass in den Segmenten der oberen Mittelklasse und der Oberklasse der Anteil der gewerblichen Zulassungen deutlich über dem Durchschnitt liegt. 2010 wurden rund 57 Prozent aller neuen Pkws gewerblich zugelassen, darin sind neben den Fahrzeugen in Unternehmen und von Selbstständigen auch die Fahrzeuge der Autovermieter und die Zulassungen aus Automobilindustrie und -handel enthalten. In der oberen Mittelklasse lag der gewerbliche Anteil schon bei 78 Prozent und in der Oberklasse bei unglaublichen 88 Prozent. Dabei kommt den Dienstwagen noch eine weitere wichtige Bedeutung zu: Im Durchschnitt bleiben die Fahrzeuge rund drei Jahre in einem Unternehmen und werden dann als Gebrauchtfahrzeuge an den Privatmarkt weitergegeben. Dort bleiben sie im Schnitt noch weitere acht Jahre, bestimmen also über einen langen Zeitraum die Kraftstoffperformance unter den Gebrauchten.

Steuerprivilegien für Umweltverschmutzer

Eine kürzlich vorgestellte Studie der Universität Köln und des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft kam zu dem Ergebnis, dass die aktuelle Dienstwagenbesteuerung sowohl aus Umweltschutzgründen als auch wegen der Steuergerechtigkeit reformiert werden sollte. Zum einen gebe es derzeit keine staatlichen Anreize, verbrauchsarme Fahrzeuge zu wählen oder die Dienstwagen spritsparend einzusetzen. Zum anderen müssten Mitarbeiter, die ein vergleichbares Gehalt ausschließlich monetär erhielten, im Unterschied zu den Dienstwagenfahrern, deutlich mehr

Steuern zahlen. Darüber hinaus weisen die Autoren auch noch auf die Verletzung der sogenannten vertikalen Steuergerechtigkeit hin. Demnach bekämen Mitarbeiter der höheren Einkommensklassen wesentlich häufiger einen Dienstwagen gestellt, sie erhielten also Steuerprivilegien, die Normalverdienern sehr viel seltener zugänglich seien.

CO₂-basiertes Abgabenmodell funktioniert

Eine Änderung der bestehenden Dienstwagenbesteuerung könnte mittels ökonomischer Anreize die Dienstwagennutzer dazu bringen, verstärkt spritsparende Fahrzeuge zu wählen. Das Modell der CO₂-basierten Dienstwagenbesteuerung des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) sieht dabei vor, je nach Höhe der CO₂-Emissionen des Dienstwagens unterschiedliche Steuersätze anzulegen. Besonders effiziente Fahrzeuge werden steuerlich günstiger gestellt, während verbrauchsintensive Modelle entsprechend höher besteuert werden. Dabei sind die CO₂-Grenzwerte für den niedrigsten und für den höchsten Steuersatz regelmäßig nach unten zu setzen, um so einen Anreiz für technische Innovationen und eine entsprechende Kaufentscheidung zu geben.

In Großbritannien wurde 2002 eine solche CO₂-abhängige Dienstwagenbesteuerung eingeführt. Die steuerliche Besserstellung sparsamer Fahrzeuge hat dazu geführt, dass die Dienstwagenflotte schon im Jahr 2004 einen durchschnittlichen CO₂-Ausstoß pro Kilometer aufwies, der 15 Gramm unter dem Wert von 2001 lag. Im Jahr 2006 waren es sogar 20 Gramm. In Frankreich gilt seit 2006 ebenfalls eine

CO₂-abhängige Dienstwagenbesteuerung. Dabei steigen die Steuerbeträge nicht linear mit den CO₂-Emissionswerten, sondern progressiv. So werden Spritschlucker überproportional stärker besteuert als sparsame Fahrzeuge, was eine hohe Lenkungswirkung entfaltet. Fahrzeuge mit Elektro-, Hybrid-, Gas- und Ethanolantrieb sind von der Steuer ausgenommen.

Die Einführung einer CO₂-basierten Dienstwagensteuer in Deutschland entsprechend dem VCD-Modell hätte den Vorteil, dass dieses auf dem bisherigen Besteuerungsmodell basiert und ohne Mehraufwand für die Verwaltung umsetzbar wäre. Außerdem ist es gerechter als die heutige Regelung: Das Privileg, einen Dienstwagen nutzen zu dürfen, ist derzeit nicht mit einer angemessenen Besteuerung des geldwerten Vorteils verbunden, die Allgemeinheit subventioniert also dieses Privileg. Darüber hinaus verursachen Fahrzeuge mit einem hohen CO₂-Ausstoß deutlich höhere externe (Klima-)Kosten

als effiziente Modelle. Nach dem Verursacherprinzip würde eine CO₂-basierte Dienstwagensteuer dafür sorgen, dass der Verursacher und nicht die Allgemeinheit die höheren Kosten übernimmt.

Klimaschutz erfordert Umdenken

Befürworter der aktuellen Regelung beschwören häufig als Gegenargument einer CO₂-basierten Dienstwagenbesteuerung eine Gefahr für die deutsche Automobilindustrie herauf. Doch ab 2015 gilt ein europaweiter CO₂-Flottengrenzwert für Pkws von 130 Gramm pro Kilometer. Und um die ab 2020 geplanten, noch wesentlich anspruchsvolleren Ziele einhalten zu können, müssen deutsche Autobauer deutlich mehr effiziente Fahrzeuge auf den Markt bringen. Das VCD-Modell unterstützt also den notwendigen Strukturwandel der deutschen Automobilindustrie, indem Anreize zum Kauf spritsparender Fahrzeuge geschaffen werden.

Aber auch die Politik ist gefragt. Wenn die Bundesregierung ihre klimapolitischen Ziele im Verkehrssektor erreichen möchte, ist es dringend notwendig, durch eine CO₂-basierte Dienstwagenbesteuerung gezielt den Erwerb sparsamer Pkws zu fördern.

Anmerkung

- (1) Der Corporate Vehicle Observatory (CVO) ist eine kommerzielle Informationsplattform, die internationale Branchen- und Markttrends zum Flottenmanagement bündelt und zu Expertenrunden einlädt. www.kurzlink.de/cvo

Der Geograf Gregor Kolbe arbeitet beim Bundesverband des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) in Berlin in den Bereichen Luftreinhaltung und Energieeffizienz im Automobilbereich.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 28035160,
E-Mail:
gregor.kolbe@vcd.org,
www.vcd.org



Planungsrecht

Mehr Öffentlichkeitsbeteiligung wagen!

Transparenz und Mitbestimmung machen Planungsprozesse sicherer und oft sogar schneller

Das deutsche Planungsrecht ist bürgerfern. Umweltverbände werden häufig zu spät und nur formal einbezogen. Doch Basta-Entscheidungen sind nicht mehr gefragt. Mit Recht verlangen die BürgerInnen transparente Verfahren. Zu einer modernen Planung gehört auch eine ergebnisoffene Alternativenprüfung, die die Belange der Betroffenen und der Umwelt wirklich berücksichtigt. ■ VON INGRID HÖNLINGER UND ANTON HOFREITER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Moderne Planungsprozesse brauchen echte Transparenz, mehr Mitbestimmung, praktikable direktdemokratische Elemente, taugliche Konfliktlösungsverfahren und einen effizienten Rechtsschutz. Bürgerinitiativen, Vereine oder Verbände, die sich einmischen, sind ein lebendiges Element in der demokratischen Landschaft Deutschlands. Wer ihnen unterstellt, sie würden immer nach dem Sankt-Florians-Prinzip agieren, täuscht sich. Bürgerinnen und Bürger sowie ehrenamtliche Umweltschützer können Planungsprozesse mit ihren Regionalkennt-

nissen sogar bereichern. Öffentlichkeitsbeteiligung kann sogar Planungsbeschleunigung ermöglichen.

Transparenz und Informationsfreiheit

Planungsverfahren nach dem Basta-Prinzip werden immer seltener akzeptiert. Aus gutem Grund. Das Planungsrecht in Deutschland ist bürgerfern, ineffizient und umweltunfreundlich. Wenn Kraftwerke, Straßen oder Gesteinsabbau geplant werden, sind zwar unterschiedliche Verfahren notwendig. Ihnen gemeinsam ist jedoch,

dass Bürger und Bürgerinnen wie auch Naturschutzverbände und Umweltvereinigungen viel zu spät einbezogen werden. Und dann auch nur formal. Bis dahin sind viele Planungen bereits verfestigt. Gegen Alternativplanungen wird dann oft argumentiert, dass schon zu viel Zeit und Geld investiert wurden, als dass das Verfahren noch umkehrbar wäre. Öffentlichkeitsbeteiligung, die nur noch dazu da ist, bereits getroffene Entscheidungen im Nachhinein zu rechtfertigen und gerichtsfest zu machen, wird zu Recht als Farce wahrgenommen. Transparenz und Informations-

freiheit sind Voraussetzung für Partizipation in einer modernen Demokratie.

Die Landschaft der Informationsgesetze auf Bundes- und Landesebene aber ist unübersichtlich, der Informationszugang schwer. Nötig ist daher eine neue Qualität der Informationsfreiheit mit einem umfassenden, bürgerfreundlichen und raschen Zugang zu Informationen. Dazu gehören auch Auskünfte über Verträge des Staates mit Privaten, eine aktive Informationspolitik der Behörden und ein barrierefreier Zugang zu Informationen über ein zentrales Internetportal.

Direkte Demokratie auf allen Ebenen

Bürgerinnen und Bürger sollen aktiv an Entscheidungen mitwirken können. Dringend gefragt sind daher Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene. Außerdem sollten bürokratische Hindernisse in den Ländern überprüft werden. Dazu gehören zum Beispiel zu hohe Hürden für Volksbegehren, zu kurze Fristen zur Unterschriftensammlung und unerreichbare Quoren. Auch die Restriktionen gegen kommunale Bürgerbegehren, beispielsweise zu Bauleitplanungen, sollten wegfallen.

Zweifellos haben direktdemokratische Instrumente auch eine Kehrseite. Mobilisiert wird nicht jede Bevölkerungsschicht gleichmäßig. Damit kann am Ende eine Entscheidung stehen, die den Bevölkerungsquerschnitt nicht vollständig repräsentiert. Außerdem können finanzstarke Interessenvertreter die Entscheidungen erheblich beeinflussen. Dennoch – solche Entscheidungen mobilisieren. Die dadurch erzielten Ergebnisse können sehr viel eher akzeptiert werden.

Planungsschritte vereinheitlichen

Behördliche Planungen ziehen sich häufig über Jahre hin. Das ist nicht akzeptabel vor dem Hintergrund, dass wir rasch neue Schienen für eine Verkehrswende sowie Energiespeicher und -leitungen für eine Energiewende benötigen. Verzögerungen entstehen selten in den Anhörungsverfahren, sondern durch lange Bearbeitungszei-

ten und zwischen den einzelnen Verfahren. Darüber hinaus gibt es Schwächen im Bau- und Planungsrecht. Für Laien sind die verschiedenen Planungsverfahren kaum durchschaubar: Brauchen wir einen Bebauungsplan nach dem Baugesetzbuch, ein Planfeststellungsverfahren nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz, ein Immissionsschutzrechtliches Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz oder ein bergrechtliches Verfahren nach dem Bundesberggesetz?

Wesentliche Planungsschritte sollten vereinheitlicht werden. Über das „Ob“ eines Verkehrsweges, einer Stromtrasse oder eines anderen größeren Vorhabens sollte in einem Bedarfsplan mit Bürgerbeteiligung entschieden werden. Im folgenden Planungsprozess steht der Bedarf dann jedoch nicht mehr infrage. Auf der Basis eines Bedarfsplans müssen nun die Entscheidungen über das „Wie“ gefällt werden. Dafür muss das Raumordnungsverfahren zu einem zentralen Verfahren im Planungsprozess ausgebaut werden. In diesem Verfahren wird fachübergreifend unter anderem anhand von ökonomischen, ökologischen, kulturellen und sozialen Aspekten untersucht, ob und in welcher Variante ein Vorhaben mit der gewünschten Ordnung unseres Lebensraums übereinstimmt. Bislang wird es eher als Formalie abgehandelt und bestätigt zumeist nur die vom Vorhabensträger bevorzugten Planungsvarianten.

Alternativen ergebnisoffen prüfen

Im Raumordnungsverfahren sollten Standort- oder Trassenalternativen ergebnisoffen geprüft werden. Und das erfordert ein Umdenken von Planern und Behörden. Denn in der Praxis sind Raumordnungsverfahren bislang nicht ergebnisoffen. Bürgerinnen und Bürger müssen bereits am Anfang des Verfahrens einbezogen sein, nämlich schon dann, wenn Untersuchungsgebiete und -umfang definiert werden. Wenn sich Konflikte nicht im formalen Planungsverfahren ausräumen lassen, sollten alternative Konfliktlösungsverfahren wie Mediation zum Einsatz kommen. Solch eine informelle Beteiligung muss – wenn sinn-

voll – mit formalen Verfahren verknüpft werden. Das Baugesetzbuch bietet bereits die Möglichkeit einer Mediation.

Klagerechte sichern Planungsqualität

Um die Qualität des Verfahrens zu sichern, sind ebenso Rechtsmittel erforderlich, auch schon im Raumordnungsverfahren. Keine Angst vor Verzögerungen! Das Jammern über Klagemöglichkeiten von renitenten Bürgerinnen und Bürgern oder Naturschutzverbänden entbehrt jeder Grundlage. Nur wenn schwerwiegende Fehler in Planungsverfahren gemacht wurden, besteht überhaupt eine Klagemöglichkeit. Rechtsmittel wirken vor allem präventiv, denn sie sichern Planungsqualität: Wenn gegen eine behördliche Entscheidung eine Klagemöglichkeit besteht, sind sowohl die verfahrensführende Behörde als auch der Investor an nachvollziehbaren hochwertigen Planungsunterlagen interessiert.

Ein zeitgemäßes Planungsrecht benötigt außerdem verbindliche umweltpolitische Ziele, beispielsweise zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Auch die Klimaverträglichkeit eines Projekts muss in Genehmigungsverfahren geprüft werden. An die Stelle von Basta-Entscheidungen gehören Planungen, die die Interessen Betroffener und der Umwelt bestmöglich einschließen.

Ingrid Hönlinger studierte Jura und ist demokratiepolitische Sprecherin der Bundestagfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 22773064,
E-Mail: ingrid.hoenlinger@bundestag.de,
www.ingrid-hoenlinger.de



Der Biologe Dr. Anton Hofreiter ist Verkehrspolitiker der Fraktion und Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 22774515, E-Mail: anton.hofreiter@bundestag.de,
www.toni-hofreiter.de



EU-Chemikalienpolitik

Bleibt die Gesundheit auf der Strecke?

Nanopartikel, Umwelthormone und Cocktaileffekte sind in Europa nicht ausreichend reglementiert

Gefährliche Stoffe müssen in Europa nach und nach ein Prüfverfahren durchlaufen. Das ist seit der heiß umkämpften REACH-Verordnung Gesetz. Doch noch gibt es Lücken in den EU-Regeln. Bei der ersten Überprüfung ab 2012 sollen diese Schwachstellen eigentlich geschlossen werden. Doch schon jetzt bremsen interessierte Kreise echte Fortschritte für den Gesundheits- und Umweltschutz aus und versuchen die Vorschriften aufzuweichen. ■ VON SARAH HÄUSER, BUND

Vier Jahre ist die EU-Chemikalienverordnung REACH nun in Kraft. REACH ist die Abkürzung für die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe („Registration, Evaluation, Authorization and Restriction of Chemicals“). Das Regelwerk ersetzt das bisherige mangelhafte Chemikalienrecht in Europa, das aus einem Flickenteppich verschiedener Richtlinien und Verordnungen bestand und Mensch und Umwelt nicht ausreichend schützen konnte. Denn nur die sogenannten Neustoffe, die erstmals nach 1981 vermarktet wurden, mussten vor REACH auf ihre Umwelt- und Gesundheitsfolgen getestet werden. 96 Prozent der rund 100.000 in der EU verwendeten Chemikalien wurden deshalb nie auf ihre Sicherheit geprüft.

Dank REACH muss die Industrie nun erstmals Daten über die Umwelt- und Gesundheitsfolgen von immerhin etwa 30.000 Chemikalien vorlegen – das sind alle Chemikalien, die in einer Menge von mehr als einer Tonne im Jahr produziert oder importiert werden.

Für diese Stoffe gilt, dass die Hersteller ihre Verwendung anmelden müssen („Registrierung“). Dazu müssen sie Informationen über die Umwelt- und Gesundheitswirkungen der Chemikalien bei der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) in Helsinki vorlegen. Es gilt das Prinzip „Keine Daten, kein Markt“: Die Stoffe dürfen nur dann vermarktet werden, wenn grundlegende Gesundheits- und Sicherheitsinformationen bereitgestellt werden. Die ECHA prüft dann die eingereichten Informationen („Evaluierung“). Liegt eine besondere Gefährdung für Mensch und Umwelt vor („besonders besorgniser-

regende Stoffe“), können diese Substanzen einem Beschränkungs- oder Zulassungsverfahren unterworfen werden. So weit, so gut – doch wie steht es mit der Umsetzung von REACH?

Nanorisiken nicht berücksichtigt

Am 1. Dezember 2010 ist die erste Registrierungsfrist abgelaufen. Diese betraf alle Stoffe, die in einem Umfang von über 1.000 Tonnen pro Jahr hergestellt werden, sowie Stoffe, die krebserzeugend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend sind („CMR-Stoffe“). Das waren rund 4.300 Chemikalien.

Als problematisch hat sich bei der Registrierung unter anderem herausgestellt, dass Nanomaterialien durch REACH bisher nicht geregelt werden. Nanomaterialien

haben durch ihre extreme Verkleinerung zum Teil völlig andere Eigenschaften als der Urstoff und müssten daher als eigene Stoffe und damit Neustoffe bewertet werden. Auch sollten Nanomaterialien eine eigene Sicherheitsbewertung durchlaufen, wofür aber bisher noch keine spezifischen Kriterien existieren. Bei den bisher eingegangenen Registrierungs dossiers zu Silber hat keine einzige der vielen Firmen, die Nanosilber anwenden, ihre Daten eingereicht. Das liegt daran, dass die betreffenden Firmen offenbar pro Jahr nur bis zu 100 Tonnen Nanosilber herstellen. Somit hat die Registrierung noch bis 2018 Zeit (siehe Kasten). Als Neustoff hätte Nanosilber jedoch unabhängig von der Tonnagegrenze sofort registriert werden müssen.

Zu wenig Stoffe auf der Kandidatenliste

REACH hat zum Ziel, besonders besorgniserregende Stoffe (Substances of Very High Concern, SVHC) zu reglementieren und durch weniger problematische Chemikalien zu ersetzen. Unternehmen, die solche Chemikalien weiterhin produzieren oder verwenden möchten, müssen eine Zulassung beantragen. Um Stoffe zulassungspflichtig zu machen, müssen sie von einem Mitgliedsland der EU oder von der Europäischen Chemikalienbehörde ECHA nach einer vorangegangenen Bewertung und nach Zustimmung der Europäischen Kommission auf eine Kandidatenliste gesetzt werden. Die Stoffe der Kandidatenliste werden bewertet und gelangen auf eine Prioritätenliste, deren Einträge schließlich als zulassungspflichtige Chemikalien in den Anhang XIV der REACH-Verordnung aufgenommen werden können. ▶

REACH-Registrierungsfristen

Die EU-Chemikalienverordnung Nr. 1907/2006 (REACH) führt schrittweise Registrierungs-pflichten für Chemikalien ein. Die Fristen:

- ▶ 1. Dezember 2010: Stoffe mit über 1.000 Tonnen Jahresproduktion sowie besonders besorgniserregende Stoffe;
- ▶ 1. Juni 2013: Stoffe mit einer Jahresproduktionsmenge zwischen 100 und 1.000 Tonnen;
- ▶ 1. Juni 2018: Stoffe mit einer Jahresproduktionsmenge zwischen einer und 100 Tonnen.

Bisher vollzieht sich dieser Prozess allerdings im Schnecken tempo. Zurzeit befinden sich lediglich 53 Stoffe auf der Kandidatenliste. Schätzungen gehen jedoch davon aus, dass bis zu 2.500 Stoffe als besonders besorgniserregend eingestuft werden müssen. Das Internationale Chemikaliensekretariat ChemSec hat gemeinsam mit weiteren Umwelt- und Gesundheitsverbänden wie dem BUND und Greenpeace eine Stoffliste veröffentlicht, die die REACH-Kriterien für besonders besorgniserregende Stoffe erfüllen. Momentan stehen 378 Stoffe auf dieser sogenannten SIN-Liste. SIN steht für „Substitute It Now“ – „Jetzt ersetzen“.

Das Umweltbundesamt hat außerdem eine Liste von 794 problematischen Stoffen erarbeitet, die in Alltagsartikeln vorhanden sind und bisher nicht ausreichend von REACH reguliert werden.

Auch die Europäische Kommission hat das unzureichende Tempo bei der Auswahl und Aufnahme gefährlicher Stoffe auf die Kandidatenliste wahrgenommen. In einer gemeinsamen Erklärung der Generaldirektion Umwelt und der Generaldirektion Industrie wird als Ziel die Aufnahme von insgesamt 136 der gefährlichsten SVHC-Stoffe auf die Kandidatenliste bis 2012 und die Aufnahme von 1.200 weiteren Stoffen bis 2020 genannt. Dem bisherigen Tempo nach zu urteilen erscheint diese Zielvorgabe jedoch unrealistisch.

Schutz vor hormonellen Schadstoffen reicht nicht aus

Und es gibt nicht nur das Zeitproblem. Bisher befinden sich keine Stoffe auf der Kandidatenliste, die speziell aufgrund ihrer hormonellen Eigenschaften ausgewählt wurden. Das ist ein großes Versäumnis, werden diese Stoffe doch mit schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen wie Zeugungsunfähigkeit, gestörter Gehirnentwicklung und bestimmten Krebsformen in Verbindung gebracht. Die Tatsache, dass sie schon in extrem niedrigen Dosen gesundheitsschädlich sein können, stellt traditionelle toxikologische Prinzipien infrage. Zwar sieht die REACH-Verordnung in Artikel 57f vor, dass auch Stoffe wie etwa

solche mit hormonellen Eigenschaften, die wahrscheinlich schwerwiegende Wirkungen auf die menschliche Gesundheit oder auf die Umwelt haben, als ähnlich besorgniserregend auf die Kandidatenliste gelangen können („substances of equivalent concern“). Bisher ist dies jedoch noch in keinem Fall geschehen.

Ein weiteres Problem ist, dass die gegenwärtige Risikobewertung Chemikalien immer getrennt voneinander betrachtet – Kombinationseffekte („Cocktail effekt“) durch die Belastung mit mehreren Stoffen ähnlicher Wirkung werden nicht berücksichtigt. Die schädlichen Wirkungen vor allem von hormonellen Schadstoffen werden deshalb massiv unterschätzt. Der EU-Umweltministerrat hat die Europäische Kommission aufgefordert, bis 2012 Alternativen zur gegenwärtigen Einzelbetrachtung von Chemikalien vorzuschlagen.

Deutschland spielt beim Schutz vor hormonellen Schadstoffen eine ambivalente Rolle: Einerseits will das Umweltbundesamt mit Octylphenol in Kürze den ersten hormonellen Schadstoff als Kandidatenstoff vorschlagen – ein wichtiger Schritt für die bessere Regulierung von hormonellen Schadstoffen. Andererseits ist das kürzlich vom Bundesinstitut für Risikobewertung in Zusammenarbeit mit dem britischen Chemicals Regulation Directorate veröffentlichte Positionspapier zur Definition von hormonell wirksamen Chemikalien ein Rückschlag in Sachen Gesundheitsschutz: Die darin vorgeschlagenen Kriterien würden es nahezu unmöglich machen, einen Stoff als hormonellen Schadstoff zu klassifizieren und zu regulieren (siehe S. 8).

Zulassungsverfahren angelaufen

Im Februar ist das Zulassungsverfahren mit den ersten sechs Substanzen, die von der Kandidatenliste in den Anhang XIV der EU-Chemikalienverordnung REACH aufgenommen wurden, angelaufen. Ab 2014 beziehungsweise 2015 können diese Chemikalien nur dann weiterverwendet werden, wenn die Unternehmen eine Zulassung für spezifische Anwendungen beantragt haben. Handelt es sich um einen CMR-Stoff, für den kein „sicherer Schwell-

lenwert“ angegeben werden kann, oder um einen Stoff, der persistent, bioakkumulierbar und toxisch („PBT-Stoff“) oder sehr bioakkumulierbar und sehr persistent ist („vPvB-Stoff“), darf die Zulassung nicht erteilt werden, wenn eine sicherere Alternative für diesen Stoff existiert („Substitutionsprinzip“) oder wenn der sozioökonomische Nutzen nicht die Risiken überwiegt.

Für Stoffe, auf die dies nicht zutrifft, ist auch der Weg der „angemessenen Beherrschbarkeit des Risikos“ möglich. Das bedeutet, dass durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden soll, dass die Stoffe nur in einem solchen Umfang freigesetzt werden, in dem sie die Umwelt und die menschliche Gesundheit nicht beeinträchtigen. Die „angemessene Beherrschbarkeit“ gefährlicher Stoffe ist jedoch eine Illusion, die den Gesundheitsschutz aushöhlt. Stattdessen sollte für alle besonders besorgniserregenden Stoffe grundsätzlich das Substitutionsprinzip, der Ersatz durch sichere Alternativen, gelten.

Im nächsten Jahr wird alles besser?

Ob REACH wirklich einmal zur Verbanung aller gesundheitsschädlichen Stoffe aus der Umwelt führen wird, kann heute noch nicht beantwortet werden. Fakt ist, dass die Aufnahme gefährlicher Chemikalien in die Liste der besonders besorgniserregenden Stoffe noch zu langsam vorstättengeht. Auch gibt es Lücken in der Regulierung von hormonellen Schadstoffen und Nanomaterialien. REACH kommt 2012 und 2013 auf den Prüfstand. Das ist eine Chance, Schwachstellen und Lücken auszubessern. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass bereits Erreichtes aufgeweicht und wieder zurückgefahren wird.

Die Politologin Sarah Häuser arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin zu Chemikalienpolitik und Nanotechnologie bei der Bundesgeschäftsstelle des BUND in Berlin.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 27586-463,
E-Mail:
sarah.haeuser@bund.net,
www.bund.net/chemie



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Kreislaufwirtschaftsgesetz**„Deutscher Gesetzentwurf nicht EU-rechtskonform“**

■ Der deutsche Entwurf für ein Kreislaufwirtschaftsgesetz zur Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie könnte europäischem Recht widersprechen. Die SPD-Fraktion meldete nach einem Gespräch mit dem Generaldirektor der Umweltabteilung der EU-Kommission, Karl Falkenberg, Ende Mai Zweifel an der Umsetzung der in der EU vorgegebenen fünfstufigen Abfallhierarchie an. Deutschland führe stattdessen eine dreistufige Hierarchie ein. Falkenberg halte die sogenannte Heizwertklausel von 11.000 Kilojoule für nicht vereinbar mit der EU-Abfallrahmenrichtlinie, so die SPD. Ab diesem Wert sollen künftig energetische und stoffliche Verwertung in Deutschland gleichrangig sein. Die EU verlangt einen Vorrang der stofflichen vor der energetischen Verwertung.

Auch der NABU kritisierte den Gesetzentwurf: Er weiche die EU-Vorgaben der fünfstufigen Abfallhierarchie auf, indem er „Abfalleigentümern die Entscheidung überlässt, ob gut brennbarer Abfall verbrannt oder recycelt wird“.

Größeren Spielraum lässt die EU-Vorgabe nach SPD-Angaben den Mitgliedstaaten bei der Frage, ob Kommunen oder Privatunternehmen künftig für Abfallverwertung zuständig sein sollen. Zurzeit führt das Bundesumweltministerium (BMU) Planspiele durch, die dafür zwei Konzepte – private oder öffentlich-rechtliche Verantwortung – praxisnah testen sollen. In den Planspielen sind Kommunen, Entsorgungswirtschaft, Umweltverbände, Hersteller, Handel und Verbraucher vertreten. Ergebnisse sollen noch im Sommer vorliegen. Knackpunkt ist die Frage, wer die teuren Entsorgungspflichten trägt und wer die lukrativen Abfallsorten nutzen darf. Die Oppositionsparteien befürchten, dass die Müllgebühren steigen, wenn die Gewinne etwa für Altglas oder -papier von

Privaten eingenommen werden, die Kosten aber bei den ohnehin klammen Kommunen anfallen.

Der Bundesrat nahm Ende Mai zum Entwurf Stellung. Die Länder sehen erheblichen Nachbesserungsbedarf. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Pflicht zur Einführung einer einheitlichen Wertstofftonne (umwelt aktuell 05.2011, S. 8) lehnen sie ab. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sollten selbst entscheiden können, ob sie jeden Haushalt mit einer orangefarbenen Wertstofftonne ausstatten oder Wertstoffe über andere Systeme erfassen.

Der NABU kritisierte die Stellungnahme des Bundesrates, weil „sich die „Bundesländer weder auf eine bundesweite Wertstofftonne noch auf eine einheitliche Biotonne einigen konnten“. Weder Kommunen noch Unternehmen sollten das Alleinentscheidungsrecht haben, was und wie viel recycelt werde, weil BürgerInnen und Umweltschutz sonst das Nachsehen hätten. Der NABU fordert insgesamt höhere Recyclingquoten im neuen Gesetz. Die darin anvisierten 65 Prozent seien in Deutschland schon längst erreicht.

Der Bundestag hat bei seiner ersten Beratung im Juni das gesamte Paket zunächst an die Ausschüsse delegiert. [jg]

- ▶ SPD: www.kurzlink.de/spd-24-05-2011
- ▶ BMU: www.bmu.de/abfallwirtschaft
- ▶ www.bundesrat.de (Parlamentsmaterialien – Plenarprotokolle – 883. Sitzung)
- ▶ NABU: www.nabu.de/kreislaufwirtschaft
- ▶ Bundestag: www.kurzlink.de/bt-prot-17115.pdf (ab S. 13.283)

Abfallvermeidung**Aktionswoche im November**

■ Der NABU hat Vereine, Behörden, Industrie und BürgerInnen aufgerufen, sich an der europäischen Woche zur Abfallvermeidung zu beteiligen. Die Aktionswoche findet vom 19. bis 27. November statt. Interessierte können ihre Veranstaltungspläne beim NABU anmelden. [jg]

- ▶ www.nabu.de/ewaw

Konsultation**Europa ohne Plastiktüten?**

■ Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation zum Gebrauch von Plastiktüten gestartet. Die Optionen reichen von der Übernahme existierender einzelstaatlicher Maßnahmen wie Gebühren bis zu einem EU-weiten Verbot. Bis zum 9. August können Interessierte teilnehmen.

Bei der Konsultation geht es auch um biologisch abbaubare Tüten als mögliche Alternative. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat ein kritisches Hintergrundpapier zu biologisch abbaubaren Kunststoffen erarbeitet. Danach ist Bioplastik nicht wie behauptet klimaneutral. Auch weitere Probleme werden analysiert. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/consult-plasticbags
- ▶ Hintergrundpapier: www.duh.de/2540.html

Chemikalien in Elektrogeräten**Kompromiss für RoHS**

■ Der EU-Ministerrat hat Ende Mai die überarbeitete Richtlinie über gefährliche Substanzen in Elektrogeräten (RoHS) angenommen. Die EU-Mitgliedstaaten müssen die neue Regelung 18 Monate nach Veröffentlichung im Amtsblatt in nationales Recht übertragen haben. Die bisher geltenden Verbote für Blei, Cadmium, Quecksilber und sechswertiges Chrom sowie zwei Gruppen von bromierten Flammenschutzmitteln (PBBs und PBDEs) werden schrittweise auf neue Gerätegruppen ausgedehnt. Innerhalb von acht Jahren soll das Verbot für sämtliche Elektro- und Elektronikgeräte einschließlich medizinischer Geräte und Überwachungsinstrumente gelten – es sei denn, sie sind als Ausnahmen gelistet. Die neue RoHS-Richtlinie gilt nicht für Kriegsmaterial, Weltraumrüstungen, ortsfeste Großanlagen und Fotovoltaikmodule. Ein neu eingeführtes Monitoringsystem soll – nach Prüfung durch die EU-Kommission – eine Ausweitung auf weitere gefährliche Substanzen ermöglichen. [jg]

- ▶ Ministerrat: www.kurzlink.de/rat-rohs-2011

EU-Chemikalienpolitik**Kriterien für Giftstoffe**

■ Ende Mai hat die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) einen Entwurf für Auswahlkriterien zur Bewertung von giftigen Substanzen veröffentlicht. Damit soll es EU-weit einheitliche Leitlinien zur Bestimmung von Stoffen geben, die im Rahmen der EU-Chemikalienverordnung REACH verboten werden können. Die Bewertung gehört zum Fortlaufenden Aktionsplan der Gemeinschaft (Community Rolling Action Plan – CoRAP). Bis Ende Oktober 2011 will die ECHA den CoRAP-Katalog einschließlich der vorgeschlagenen Substanzen veröffentlichen. Der CoRAP soll bis Ende Februar 2012 beschlossen sein. [jg]

► www.kurzlink.de/corap-selection-crit

Umwelthormone I**Definition von endokrinen Disruptoren ungenügend**

■ Bisher gibt es keine ausreichende Definition für endokrine Disruptoren (hormonähnlich wirksame Substanzen), um auf EU-Ebene Regeln zu erlassen. Das ist das Ergebnis einer im Mai von der EU-Kommission veröffentlichten Studie, die bisherige Definitionen und wissenschaftliche Erkenntnisse zu den auch als „Umwelthormone“ bezeichneten Stoffen zusammengetragen hat.

Die AutorInnen haben auf über 400 Seiten Daten bis 2010 ausgewertet. Da in diesem Jahr noch weitere Forschungsergebnisse erwartet werden, handelt es sich erst um einen Zwischenbericht. Der Endbericht soll Ende des Jahres erscheinen.

Besonders hervorgehoben werden in dem Bericht die negativen Folgen auf die menschliche Gesundheit wie Fortpflanzungsstörungen, Krebs oder Stoffwechselprobleme sowie Auswirkungen auf wild lebende Tiere und Pflanzen. [jg]

► www.kurzlink.de/hormon-interimreport

Umwelthormone II**Amtshilfe für Pestizide**

■ Scharfe Kritik hat das Pestizid-Aktions-Netzwerk PAN Europe Ende Mai an einem deutsch-britischen Positionspapier zu Umwelthormonen geäußert. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hatte gemeinsam mit dem britischen Chemicals Regulation Directorate (CRD) zu endokrinen Disruptoren Stellung genommen. PAN sprach von einem „feindlichen Angriff“.

In dem Positionspapier geht es um die gesundheitliche Bewertung von Pflanzenschutzmitteln, Bioziden und Chemikalien im Rahmen der EU-Chemikalienverordnung REACH. PAN Europe kritisiert, dass die beiden Institute die sogenannte Cut-off-Regelung abschaffen wollen. Diese bewirkt ein automatisches Verbot von Pestiziden, wenn diese schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben. In dem Positionspapier wird laut PAN stattdessen eine Rückkehr zu herkömmlichen Risikobewertungsmaßnahmen vorgeschlagen. Diese führen seltener zu Verboten und sind PAN zufolge auch nicht ausreichend wissenschaftlich fundiert. Der Vorschlag der beiden Institute unterminiere die Arbeit der EU-Kommission und zeige „Illoyalität“ gegenüber einem Beschluss des EU-Ministerrates pro Cut-off-Regelung. [jg]

► www.pan-europe.info/News/PR/110525.html

► [BfR/CRD: www.kurzlink.de/bfr-16-05-2011.pdf](http://www.kurzlink.de/bfr-16-05-2011.pdf)

EU-Umgebungslärmrichtlinie**Lärm bleibt ein Problem**

■ Die EU-Kommission hat im Juni einen Bericht über die Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie veröffentlicht. Die Auswertung der darin vorgeschriebenen Lärmkarten ergab, dass die Grenzwerte in den Mitgliedstaaten oft überschritten wurden, ohne dass ausreichende Maßnahmen durchgeführt wurden. Sieben EU-Staaten haben noch keine Aktionspläne eingereicht, um den Lärm von Straßen-, Eisenbahn- und Flugverkehr sowie von Industrieanlagen zu bekämpfen.

Laut Datenlage sind in den Ballungsräumen der EU nachts rund 40 Millionen Menschen Straßenlärm von über 50 Dezibel ausgesetzt. Über 25 Millionen Menschen sind außerhalb der Ballungsräume demselben Lärmpegel durch Hauptverkehrsstraßen ausgesetzt. Da noch nicht alle Lärmkarten bei der EU-Kommission eingegangen sind, werden diese Zahlen voraussichtlich noch steigen.

Die Umgebungslärmrichtlinie schreibt keine verbindlichen Lärmgrenzwerte vor. Deshalb gelten national unterschiedliche teils bindende, teils freiwillige Vorschriften mit Grenzwerten, Richtwerten oder anderen Mechanismen. Das Europäische Umweltbüro (EEB) begrüßte den Bericht der Kommission, mahnte aber verbindliche Ziele, definierte Lärmindikatoren und konkrete Durchsetzungsmaßnahmen an. [jg]

► EU-Bericht: www.kurzlink.de/KOM/2011/321

► EEB: www.kurzlink.de/eeb-06-06-2011

Luftqualität**Feinstaubfrist abgelaufen**

■ Weil Deutschland bis zum 11. Juni die EU-Luftreinhaltegrenzwerte nicht eingehalten hat, drohen jetzt Strafzahlungen. Ein Bündnis aus Deutscher Umwelthilfe (DUH), BUND, NABU und Verkehrsclub Deutschland (VCD) fordert nun entschlossenes Handeln der Verantwortlichen auf allen politischen Ebenen. Gegen untätige Städte und Bundesländer will die DUH systematisch mit juristischen Mitteln vorgehen. „Drei der fünf Messstellen mit den höchsten Feinstaubwerten liegen in Baden-Württemberg, Spitzenreiter ist dabei Stuttgart“, sagte BUND-Verkehrsexperte Werner Reh. „Interessant ist auch Duisburg auf Platz fünf. Hier hoffen wir sehr, dass Bewegung in die Diskussion um eine Umweltzone Ruhrgebiet kommt.“ Dietmar Oeliger vom NABU verwies auf den Zusammenhang von Dieselruß und erhöhtem Krebsrisiko. Der VCD forderte den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. [jg]

► www.kurzlink.de/duh-09-06-2011

EU-Luftpolitik

Ozon und Stickstoff weit über dem Limit

■ Laut dem jährlichen Ozonbericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) ist 2010 im Sommer in allen EU-Staaten die als gesundheitsschädigend geltende Grenze von 120 Mikrogramm Ozon je Kubikmeter Luft ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) überschritten worden. In 17 EU-Staaten, darunter Deutschland, wurde die durchschnittliche Tageskonzentration an mehr als 25 Tagen überschritten. Rekordwerte von über $240 \mu\text{g}/\text{m}^3$ wurden 44 Mal erreicht – betroffen waren neun EU-Staaten. Absoluter Negativspitzenreiter war die Messstation Eymolpia-AMS in Bulgariens größter Industriestadt Plowdiw mit $332 \mu\text{g}/\text{m}^3$. In Deutschland lag der höchste Wert bei $273 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Fast alle deutschen Messstationen meldeten Überschreitungen der $120 \mu\text{g}/\text{m}^3$ -Grenze.

Laut dem EEA-Statusbericht werden es viele EU-Staaten nicht schaffen, die na-

tionalen Luftschadstoffgrenzwerte (NEC) einzuhalten. Die NEC-Richtlinie schreibt nationale Höchstmengen für Schwefeldioxid (SO_2), Stickstoffoxide (NO_x), nicht-methanhaltige flüchtige organische Verbindungen (NMVOCs) und Ammoniak (NH_3) vor. Zehn Staaten können die NO_x -Werte nicht einhalten. Die Grenzwerte werden hochgerechnet auf die gesamte EU um 17 Prozent überschritten. Während die Niederlande und Slowenien ihre Höchstmengen nur wenig überschreiten, liegen Deutschland und Frankreich um je etwa ein Drittel darüber. Österreich meldete sogar 40 Prozent Überschreitung. Hauptquelle für NO_x ist der Straßenverkehr.

Deutschland wird wahrscheinlich auch die NMVOCs- und die NH_3 -Höchstwerte verfehlen und hat damit als einziges EU-Land das Probleme mit drei Emissionshöchstmengen. Bis 2013 will die EU-Kommission die NEC-Richtlinie verschärfen. [jg]

- ▶ Ozon: www.kurzlink.de/eea-report-06-2011
- ▶ NEC: www.kurzlink.de/eea-report-03-2011

Schwefel in Kraftstoffen

Schiffe verpesten die Luft

■ Der NABU hat gegen die ungenügende Luftreinhaltepolitik im Schiffsverkehr protestiert. So habe der runderneuerte Luxusliner Mein Schiff 2 von TUI Cruises keinen Rußfilter und fahre mit Rückstandsöl, das 4.500-mal mehr Schwefel enthalten darf als Pkw-Diesel. Damit verpeste das Schiff die Luft so stark wie 50.000 Autos.

Bei einer Debatte im Bundestag forderte die Sprecherin der Grünen für maritime Politik Valerie Wilms die Bundesregierung auf, sich klarer für schärfere Schwefelgrenzwerte in Schiffstreibstoffen einzusetzen. Die Koalition wolle Fristen verschieben und auch von einem Moratorium sei die Rede gewesen. Gleichzeitig unterstütze die Regierung die Grenzwerte der Internationalen Schifffahrtsorganisation IMO, das schaffe eine unsichere Rechtslage.

Zurzeit gilt ein Grenzwert von 4,5 Prozent Schwefel in Schiffstreibstoffen. Ein IMO-Abkommen setzt eine Reduzierung



144 Seiten | ISBN 978-3-932309-33-5

Jetzt NEU für Nordrhein-Westfalen!
... dort wo es Bio-Produkte gibt.

B U C H T I P P

Ökologisch, fair ...

... Ihr Einkaufsführer
für nachhaltigen Konsum
und gutes Leben !

G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto pro Buch an uns senden.

- Hamburg/Schleswig-Holstein
- Berlin/Brandenburg
- Nordrhein-Westfalen
- Niedersachsen/Bremen

Verlag Das grüne Branchenbuch
Lasbeker Straße 9 - 22967 Tremsbüttel - Tel. 04532-21402
Fax: 04532-22077 - www.gruenes-branchenbuch.de
service@gruenes-branchenbuch.de

Umwelt Aktuell 69/03

auf 3,5 Prozent im Jahr 2012 fest. Nach einer Überprüfung 2018 soll der Grenzwert entweder 2020 oder 2025 auf 0,5 Prozent sinken. Für sensible Gebiete (SECA) wie Ost- und Nordsee gelten strengere Regeln.

Nach einer vor Kurzem veröffentlichten dänischen Studie werden Schiffsemissionen in der EU die Zahl der vorzeitigen Todesfälle bis 2020 auf über 53.000 pro Jahr ansteigen lassen und die Gesundheitskosten auf mehr als 61 Milliarden Euro erhöhen, berichtete die Zeitung Acid News. [jg]

- ▶ www.nabu.de/themen/verkehr/schifffahrt
- ▶ www.valerie-wilms.de/themen/maritimes/haefen
- ▶ www.airclim.org/acidnews/2011/an2-11.php

Elektromagnetische Felder

Elektrosmog krebserregend

■ Die Internationale Krebsforschungsbehörde (IARC) der Weltgesundheitsorganisation WHO hat hochfrequente elektromagnetische Felder (HF EMF) als potenziell krebserregend eingestuft. Fachleute aus 14 Ländern hatten sich im französischen Lyon getroffen, um die bisherigen Erkenntnisse über den Zusammenhang von Krebserkrankungen und hochfrequenten elektromagnetischen Feldern, die beispielsweise bei der drahtlosen Kommunikation entstehen, auszuwerten. Sie stufen die Strahlung von pulsmodulierten hochfrequenten elektromagnetischen Feldern in die Gefahrenstufe 2B ein, als „möglicherweise krebserregend für Menschen“. In den vergangenen Jahren waren zahlreiche Studien zu dem Thema durchgeführt worden, die ein Risiko für die Entstehung von Gehirntumoren nicht ausschließen konnten.

Bei der Handynutzung werteten die ExpertInnen die Beweislage allerdings als „limitiert“ in Bezug auf Hirntumoren (Gliome). Da ein Risiko aber nicht ausgeschlossen werden könne, müssten die Folgen von häufigerem Handygebrauch weiter und besser untersucht werden. Bis dahin empfehlen die Forscher, Freisprechanlagen zu benutzen oder Kurznachrichten zu schreiben, um die Strahlenquelle möglichst weit vom Kopf entfernt zu halten.

Der Ständige Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) hat die EU-Mitgliedstaaten Ende Mai aufgefordert „alle vernünftigen Maßnahmen“ zu unternehmen, um die Exposition der Bevölkerung gegenüber elektromagnetischen Feldern zu reduzieren. Besonders Kinder und Jugendliche müssten vor Mobilfunkstrahlung besser geschützt werden. Die Staaten sollten die Nutzung von Festnetzanschlüssen oder wenigstens von nicht ständig strahlenden Geräten empfehlen. Der Ausschuss sprach sich für die Anwendung des Vorsorgeprinzips aus, wenn wissenschaftliche Untersuchungen negative Auswirkungen auf Mensch und Umwelt nicht ausschließen können. [jg]

- ▶ IARC: www.kurzlink.de/iarc-31-05-2011.pdf
- ▶ PACE: www.kurzlink.de/pace-27-05-2011

Nanosicherheit I

Überraschendes Testergebnis

■ Eine Studie der Universität Koblenz-Landau und der Bundesanstalt für Gewässerkunde hat ergeben, dass Kleinstlebewesen durch nanoskaliges Titandioxid getötet werden können. Wasserflöhe waren im Versuch länger als 48 Stunden – der herkömmlichen Testlänge – den Kleinstpartikeln ausgesetzt worden und durch physikalische Effekte verendet. Der Test zeigte, dass die Nanoteilchen die lebensnotwendige Häutung verhindern. Die erste Häutung erfolgte bisher erfolgreich innerhalb von zwei Tagen. Doch die nächsten Häutungen nach 60 Stunden verliefen bei 90 Prozent der Wasserflöhe tödlich. Die bisherigen Testmethoden waren aber zu kurz, um diesen Effekt feststellen zu können.

Titandioxid-Nanopartikel sind in Kosmetika im Einsatz und sollen gegen UV-Licht schützen und gegen Keime wirken. Selbst in Kindersonnenschutzsprays seien sie enthalten, beim Marktführer ebenso wie bei einem Naturkosmetikhersteller, berichtete die Züricher Wochenzeitung. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/nanotest-2011
- ▶ www.kurzlink.de/woz-nano-sonnencreme

Nanosicherheit II

Schwache EFSA-Leitlinien zur Prüfung von Lebensmitteln

■ Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA hat Leitlinien zur Risikobeurteilung von Nanomaterialien vorgelegt. In dem 36-seitigen Dokument kommt die Behörde zu dem Schluss, dass es noch zu wenig Testmethoden gebe, um die Wirkung von Nanopartikeln in der Lebens- und Futtermittelkette abschließend zu beurteilen.

Bei der Toxizitätsbeurteilung geht das Dokument auf sechs Tatbestände etwas näher ein. Wenn etwa kein Nachweis vorliege, dass bei der Produktion verwendetes Nanomaterial in die Lebens- oder Futtermittelkette gelange, sei auch kein Test nötig. Auch wenn die Nanopartikel sich über chemische oder physikalische Prozesse in Nichtnanosubstanzen transformieren, bevor der Stoff als Nahrung aufgenommen wird, genügen der EFSA die herkömmlichen Testmethoden. Sobald nachweisbar sei, dass nanoskalige Stoffe sich bei der Verdauung auflösen oder sich anderweitig verändern, ohne im Körper absorbiert zu werden, können nach den neuen Leitlinien die Testergebnisse derselben Substanz ohne Beachtung der Nanogröße genutzt werden. Wenn bekannt sei, dass die Nanosubstanzen absorbiert, im Körper verteilt oder ausgeschieden werden oder im Stoffwechsel wirksam sind, sollen die bisher angewandten Testmethoden wie die 90-tägige Toxizitätsstudie mit wiederholter oraler Verabreichung an Nagetiere genügen.

In den anderen Fällen sollen geeignete Toxizitätsstudien in vitro und in vivo durchgeführt oder entwickelt werden. Da sich der Sektor schnell weiterentwickle und viele Fakten noch unbekannt seien, will die EFSA die Leitlinien möglichst bald anhand neuer Erkenntnisse überarbeiten.

Der Deutsche Tierschutzbund kritisiert die Leitlinien. Darin würden Verbraucherschutz und Tierschutz „mit Füßen getreten“. Alle Alternativen zu Tierversuchen seien unberücksichtigt geblieben. [jg]

- ▶ Leitlinien: www.kurzlink.de/efsa-nano-2011
- ▶ www.tierschutzbund.de/4577.html

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Globale Rechte der Natur

Kampagne für UN-Konvention

■ Eine Koalition aus Wissenschaftlern und Umweltschützern hat eine internationale Kampagne gestartet, die der Natur zu einer eigenen UN-Schutzkonvention verhelfen soll. Unter einem solchen internationalen Regelwerk, das die Rechte von „Mutter Erde“ anerkennt, wäre es etwa ungesetzlich, Tier- und Pflanzenarten an den Rand der Existenz zu bringen. Theoretisch könnten der Golf von Mexiko oder das Meer vor Fukushima dann Konzerne wie BP und Tepco für die erlittene Verseuchung verklagen. „Es ist für einen Kurswechsel nicht zu spät“, sagte die UN-Vizegeneralsekretärin Asha-Rose Migiro.

Als vehemente Fürsprecherin einer „Allgemeinen Erklärung der Rechte von Mutter Erde“ hofft Maude Barlow, Vorsitzende der Bürgerorganisation Council of Canadians, dass das Abkommen einmal den gleichen Rang einnehmen wird wie die Menschenrechtserklärung von 1948. „Es brauchte viel Zeit, um die Welt zur Annahme der Allgemeinen Menschenrechtserklärung zu bewegen“, sagte Barlow der Agentur IPS. „Der Kampf für die Rechte der Natur wird nicht leichter sein.“ Bereits im April hatten Wissenschaftler und Umweltaktivisten aus aller Welt das Manifest „The Rights of Nature“ veröffentlicht.

Barlow zufolge gründet das Konzept über die Rechte der Natur auf der Auffassung, dass die Natur ein funktionsfähiges System mit eigenen Gesetzmäßigkeiten ist. Daher müssten die Gesetze für die Menschen mit den Gesetzen der Natur kompatibel sein. Wie die frühere UN-Wasserberaterin betonte, harmonisiert das Konzept der Rechte der Natur mit der UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker und ergänzt diese. Barlow zufolge haben einige Staaten wie Bolivien und Ecuador bereits Gesetze zugunsten der Rechte der Natur erlassen. Weitere würden bald folgen. [IPS/mb]

► www.ipsnews.net/news.asp?idnews=55766

Weniger Verschwendung hilft nicht gegen Hunger

Wenn wir weniger Lebensmittel wegwerfen würden, könnten mehr Hungernde satt werden, sagt eine Studie der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO. Das gilt nur in einem anderen Produktionssystem, meint Agrarexperte Uwe Hoering.

Ausgerechnet bei der globalen Verpackungsmesse Interpack2011 in Düsseldorf stellte die UN-Ernährungsorganisation FAO im Mai eine Studie über „Ausmaß, Ursachen und Verhinderung von Nahrungsmittelverlusten und -verschwendung weltweit“ vor. Für die Verpackungsindustrie war es natürlich eine PR-Steilvorlage, als UN-geadelter Helfer fungieren zu dürfen. Denn dies war die Message: Wenn nicht so viel Nahrungsmittel zwischen Feld und menschlichen Mägen verloren gingen, müssten nicht nur weniger Ressourcen verbraucht und Treibhausgase freigesetzt werden – es gäbe auch weniger Hunger.

Zwar griff die FAO damit einen gewaltigen Skandal auf – nur leider, wie so oft, mit Scheuklappen gegenüber den entscheidenden Ursachen. Die Studie schätzt, dass etwa ein Drittel der erzeugten Nahrung weltweit verloren geht. In den reicheren Ländern würden annähernd so viel Lebensmittel weggeworfen, wie in Afrika südlich der Sahara erzeugt werden. Um der ländlichen Bevölkerung in ärmeren Ländern zu helfen, empfiehlt die FAO eine bessere Integration der Agrarproduktion in die Versorgungskette, bis hin zum Export. Mehr Kühlwagen, bessere Straßen für raschen Transport auf die Märkte und die Vertragslandwirtschaft sollen dazu führen, dass mehr Produkt zu Geld gemacht werden kann.

Meist sind solche grandiosen Entwürfe aber gar nicht notwendig und einfache, preiswerte Maßnahmen wie bessere Vorratshaltung oder der Anbau weniger verderblicher Produkte reichen aus. Am anderen Ende der Lebensmittelkette, wo die FAO wieder mal die Verbraucher als Hauptschuldige ausmacht, empfiehlt die Studie, das Bewusstsein für einen weniger verschwenderischen Umgang mit Nahrungsmitteln zu fördern und für Überschüsse andere Verwendungsmöglichkeiten als Tonne oder Tiermast zu suchen. Das könnte immerhin dazu führen, dass die „Tafeln“ in den Industrieländern unter der Last des Angebots zusammenbrechen – für die Hungernden in den Ländern des Südens wäre das allerdings keine Lösung.

So berechtigt die Empörung darüber ist, dass Ressourcen verschwendet und das Klima belastet werden – die Abfallproduktion gehört nun mal zur industriellen Nahrungsmittelerzeugung. Das fängt bei der Landwirtschaft an, die mit Maschinen und fossiler Energie auf immer größeren Flächen immer mehr produzieren muss. Dabei geht es weniger um menschliche Ernährung, sondern um das Streben nach mehr Profit. Und wenn er nicht mit Brötchen, Viehfutter oder Agrartreibstoffen realisiert werden kann, dann landet der Rest der Produktion halt auf der Kippe, wobei nicht selten Subventionen helfen, den Verlust zu mindern. Weitere Beispiele sind der Beifang der internationalen Trawlerflotten oder die hohen Qualitätsanforderungen der EU für Agrarprodukte. Auch kurze Verfallsfristen bei Lebensmitteln sind ein billiger Weg, um den Markt frei zu machen für neues Wachstum.

Ressourcenverschwendung, Erzeugung unverkäuflicher Produkte und Überschüsse sind existenzieller Bestandteil kapitalistischer Produktionsweise. Dagegen helfen Vorschläge wie weniger Verschwendung und bessere Nutzung in den Industrieländern wenig – und erst recht nützen sie nicht den Hungernden. Erforderlich ist stattdessen eine Nahrungsmittelversorgung der kurzen Wege, mit saisonalen Qualitätsprodukten und überschaubaren Produktions- und Absatzstrukturen. Sie gilt es zu stärken – in den Industrieländern wie in den Ländern des Südens –, statt zu versuchen, der industriellen Nahrungsmittelerzeugung mit erhobenem Zeigefinger ihren Wachstumszwang auszutreiben, der doch allemal stärker ist als die FAO, stärker auch als „bewusste“ und sparsame Verbraucher.

► Studie: Global Food Losses and Food Waste. FAO, Rom 2011. www.fao.org (Publications)

Uwe Hoering ist unabhängiger Experte für internationale Agrarpolitik. Er lebt in Bonn.

**Kontakt: Tel. +49 (0)228 / 265032,
E-Mail: hoering@globe-spotting.de,
www.globe-spotting.de**

Lösungen gegen den Hunger

Die globale Landwirtschaft steht am Scheideweg: Beinahe ein halbes Jahrhundert nach dem Beginn der Grünen Revolution leidet ein großer Teil der Welt immer noch chronisch Hunger. Im Juli 2009 startete das *Worldwatch Institute* ein Projekt, um agrarwissenschaftliche Innovationen zu erfassen und zu bewerten. Das Ergebnis ist der aktuelle Bericht »Zur Lage der Welt«; er enthält praxisnahe Lösungen vom Biolandbau über *Urban Gardening* bis hin zu neuen Methoden zum Erhalt der Böden.

Worldwatch Institute (Hrsg.)
in Zusammenarbeit mit der **Heinrich-Böll-Stiftung** und **Germanwatch**
Zur Lage der Welt 2011:
Hunger im Überfluss
Neue Strategien gegen Unterernährung und Armut

288 Seiten, 19,95 EUR,
ISBN 978-3-86581-241-4



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



China

Wachstum frisst Umwelt

■ Eine Analyse der chinesischen Umweltpolitik hat ergeben, dass das Land großen Handlungsbedarf hat. Nach Untersuchungen der US-Wissenschaftlerin Eve Cary sind rund 90 Prozent der chinesischen Seen und Flüsse verseucht. 20 der 30 am meisten verschmutzten Städte der Welt sind laut der Studie in China zu finden, wie das EU-Umweltbüro in Wien mitteilte. Häufig fehlten aber genaue Umweltdaten.

Ein ehrgeiziges Umweltprogramm der Pekinger Regierung, das den wirtschaftlichen Erfolg nicht länger nur am Bruttoinlandsprodukt (BIP) messen sollte, wurde Cary zufolge nach wenigen Jahren wieder eingestellt. Das von China entwickelte „Grüne BIP“ berücksichtigte auch Umweltkosten. Die Provinz Shanxi veröffentlichte 2004 erste Zahlen, nach denen das BIP-Wachstum von elf Prozent durch die hohe Umweltverschmutzung fast vollständig nivelliert wurde. Der erste Wirtschaftsbericht mit Zahlen zum Grünen BIP aus ausgewählten Provinzen wies für 2006 finanzielle Verluste von 62 Milliarden US-Dollar durch Umweltverschmutzung aus. Viele Provinzen und Kommunen verweigerten daraufhin die weitere Teilnahme an dem Programm, das bald danach abgebrochen wurde. 2007 wurde die Veröffentlichung weiterer Zahlen untersagt. **[mb]**

► www.kurzlink.de/china-gruenes-bip

KLIMA & ENERGIE

Klimaflüchtlinge

Staaten sind nicht vorbereitet

■ Massenmigration wird eine Form der Anpassung an die Folgen des Klimawandels werden, da in den kommenden Jahrzehnten Teile der Welt unbewohnbar werden. Darauf wiesen Experten auf der Nansen-Konferenz zu Klimawandel und Vertreibung Anfang Juni in Oslo hin. Wegen der

realistischen Gefahr einer Erderwärmung um bis zu vier Grad sei ein Fünftel der Weltbevölkerung von Überschwemmungen bedroht. Statt Mauern gegen Klimaflüchtlinge zu errichten, müsse die Weltgemeinschaft die bedrohten Menschen dabei unterstützen, rechtzeitig in sichere Gebiete umzuziehen, forderte François Gemenne vom Pariser Institut für nachhaltige Entwicklung und internationale Beziehungen IDDRI laut einem Bericht der Agentur IPS.

UN-Flüchtlingshochkommissar António Guterres rief die betroffenen Staaten zu Maßnahmen gegen klimabedingte Vertreibungen auf. Die für den Klimawandel hauptverantwortlichen Staaten müssten Unterstützungsprogramme auflegen. **[mb]**

► www.ipsnews.net/news.asp?idnews=56007

► www.kurzlink.de/unhcr-klima-aufwurf

Industrieemissionen

CO₂-Ausstoß steigt wieder

■ Die EU-Kommission hat Anfang Mai die endgültigen Daten zu den Treibhausgasemissionen der Industrieanlagen im EU-Emissionshandel (ETS) veröffentlicht. Die Anlagen haben 2010 zwar 3,2 Prozent mehr Treibhausgase als 2009 ausgestoßen, bleiben aber weiter unter dem Niveau vor der Finanz- und Wirtschaftskrise. Der Produktionsindex der europäischen Industrie stieg 2010 um 6,7 Prozent. Die Rezession hatte 2009 zu einem Rückgang der Emissionen um mehr als elf Prozent gegenüber dem Vorjahr geführt. 2010 lagen die Emissionen deshalb trotz des Anstiegs unter der festgelegten Obergrenze, dem „Cap“.

International verbuchten die CO₂-Emissionen ein Rekordhoch: Nachdem der CO₂-Ausstoß durch die Wirtschaftskrise 2009 etwas gesunken war, stieg er 2010 im Vergleich zu 2008 um fünf Prozent an.

Die britische Regierung will nun den CO₂-Ausstoß bis 2025 gegenüber 1990 halbieren. Das Ziel ist rechtlich verbindlich, kann allerdings auch über Emissionshandel erreicht werden. **[am, sl]**

► www.iea.org

EU-Klimaziel**Abgeordnete wollen 30 Prozent**

■ Der Umweltausschuss im EU-Parlament hat im Mai für ein EU-Klimaziel von 30 Prozent gestimmt. Mindestens 25 Prozent sollen durch heimische Emissionsreduktion erreicht werden, die verbleibenden Prozentpunkte durch internationale Kompensation. Die Abgeordneten sprachen sich zudem für eine Stilllegung (set-aside) von CO₂-Zertifikaten aus dem Emissionshandel bis 2020 aus, damit dieser die Anreizfunktion, die ihm im Klima- und Energiepaket von 2008 zgedacht war, erfüllen kann. Die Abstimmungsergebnisse sind Teil eines Initiativberichts des Parlaments ohne legislative Wirkung. Der Bericht sollte am 23. Juni (nach Redaktionsschluss) im Plenum des Europäischen Parlaments abgestimmt werden.

Umweltverbände begrüßten das Ergebnis. Damit geselle sich der Umweltausschuss zu den vielen Stimmen, die sich mittlerweile für ein 30-Prozent-Emissionsziel aussprechen, sagte Klima- und Energiereferentin Catherine Pearce vom Europäischen Umweltbüro (EEB). Die Abgeordneten hätten die vielen Vorteile, die eine schnelle Festlegung auf ein 30-Prozent-Ziel mit sich bringe, erkannt. Das EEB forderte die EU-Mitgliedstaaten auf, beim Umweltministerrat im Juni nachzuziehen und sich für ein schärferes Emissionsziel auszusprechen. [am]

EU-Energieministerrat**Ja zu Energieeffizienz**

■ Bei ihrem Ratstreffen im Juni haben die EU-Energieminister eine Schwerpunktsetzung bei Energieeffizienz und erneuerbaren Energien im Energiefahrplan 2050 verlangt. Zwischenziele könnten dabei ein klares Signal an den Markt senden. Der Energiefahrplan soll im Herbst veröffentlicht werden.

Einige Staaten betonten, dass Kohle, Atomkraft und CO₂-Speicherung weiter-

hin eine Rolle spielen sollten. Außerdem müssten die landesspezifischen Gegebenheiten berücksichtigt werden, etwa die natürlichen Ressourcen oder sozio-ökonomische geografische Faktoren.

Ferner gaben die Minister ihre volle Unterstützung für einen Beschluss zum Effizienzplan, den die EU-Kommission im März veröffentlicht hatte. Energiekommissar Günther Oettinger erinnerte daran, dass auf die Mitgliedstaaten verbindliche Energiesparziele zukämen, wenn sie keine ausreichenden Sparfortschritte machten.

Weitere Themen auf der Agenda der Minister waren Investitionen in die Energieinfrastruktur und die geplanten Stresstests für Atomkraftwerke. Kurz zuvor hatte das EU-Parlament kritisiert, dass die Tests unverbindlich seien. [sl]

- EU-Energieministerrat: www.kurzlink.de/eminirat
- Bericht Energiefahrplan: www.kurzlink.de/efahrp

EU-Energieeffizienz**Strenge Auflagen für Klimaanlagen**

■ Wichtiger Fortschritt bei der Umsetzung der Ökodesignrichtlinie: Die Mitgliedstaaten der EU sprachen sich Ende Mai für strenge Auflagen für den Energieverbrauch von Klimaanlagen und Ventilatoren aus. Ziel der Ökodesign-Richtlinie der EU ist es, den Energieverbrauch von Produkten wie elektronischen Haushaltsgeräten zu reduzieren. Die Angaben zur Umweltverträglichkeit und Energieeffizienz eines Produktes müssen sichtbar auf dem Produkt angebracht werden, damit KonsumentInnen vor dem Kauf die Informationen vergleichen können.

Zum ersten Mal entschieden sich die Mitgliedstaaten jetzt auch für die Einführung eines Bonussystems für umweltfreundliche Kühlmittel. Als nächster Schritt soll noch in diesem Jahr über die Auflagen für den Energieverbrauch bei Heizsystemen entschieden werden. [UWD]

- www.coolproducts.eu

EU-Atompolitik**Staatliche Anti-Atom-Allianz**

■ In Wien haben Ende Mai elf europäische Staaten an einem Treffen zur Gründung einer europäischen Anti-Atom-Allianz teilgenommen. Der österreichische Umweltminister Niki Berlakovich begründete den Schritt mit den „nahezu apokalyptischen und unkontrollierbaren Ereignissen in Japan“. Der Einladung waren Minister und Verhandlungsleiter aus Österreich, Lettland, Dänemark, Malta, Liechtenstein, Griechenland, Irland, Portugal, Estland, Zypern und Luxemburg gefolgt. Die Staaten wollen sich für ein atomkraftfreies Europa und den Ausbau erneuerbarer Energien einsetzen. Beim EU-Umweltministerrat im Juni (nach Redaktionsschluss) wollten die Mitglieder der Anti-Atom-Allianz eine gemeinsame Erklärung präsentieren. Das nächste Treffen ist für den Herbst vorgesehen. [fn]

Europäische AKW-Sicherheit**Kriterien für Stresstests**

■ Die EU-Mitgliedstaaten haben sich auf Details zu den vorgesehenen Stresstests für Atomkraftwerke geeinigt. Die Tests haben am 1. Juni begonnen. Die Ergebnisse sollen im April nächsten Jahres veröffentlicht werden.

Neben Naturkatastrophen sollen nun auch von Menschen verursachte Unfälle und Flugzeugabstürze einbezogen werden. Bis zuletzt hatten sich Mitgliedstaaten wie Frankreich oder Großbritannien dagegen gewehrt. Die Frage, wie man Terrorgefahren abwehren könne, ist vorerst nicht Bestandteil der Tests. Terroranschläge sollen später separat betrachtet werden, die Ergebnisse bleiben unter Verschluss.

Die Stresstests sind nicht verpflichtend. Die EU-Kommission geht jedoch davon aus, dass sich alle Betreiber den Tests unterziehen. Wenn ein Kraftwerk durchfällt, soll es nachgerüstet oder stillgelegt werden. Dabei wird es vor allem auf den öffentlichen Druck ankommen, ob die Mitgliedstaaten tatsächlich Konsequenzen ziehen. ►

Klima retten? Kinderleicht!

Felix Finkbeiner und viele andere Kinder wollen nicht länger warten, bis die Erwachsenen das Reden lassen und das Handeln beginnen. Sie packen selber an, um den Klimawandel zu stoppen. Mit ihrer Initiative Plant-for-the-Planet haben sie ihr Ziel fast erreicht, in jedem Land der Erde eine Million Bäume zu pflanzen. In diesem Buch erzählen die Kinder ihre Geschichte: Warum sie handeln und was Jede(r) tun kann, um eine lebenswerte Zukunft Wirklichkeit werden zu lassen.

Felix & Freunde

Baum für Baum

Jetzt retten

wir Kinder die Welt

112 Seiten, komplett in

Farbe, 12,90 EUR

ISBN 978-3-86581-208-7

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de

kontakt@oekom.de



Neben der Freiwilligkeit der Tests kritisierten Umweltschutzorganisationen vor allem, dass es keine einheitlichen Sicherheitsstandards gebe und die Betreiber die Tests selbst durchführten. Lediglich die Ergebnisse würden unabhängig kontrolliert.

Auf dem G8-Gipfel im französischen Deauville Mitte Juni forderte die Gruppe der größten Industrienationen ebenfalls, dass die Sicherheitsregeln für Atomkraftwerke verschärft werden. Im August 2012 wollen die G8-Staaten diskutieren, wie das „Übereinkommen über nukleare Sicherheit“ gestärkt werden kann. Auch das „Übereinkommen über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen“ soll überarbeitet werden. [sl]

► EU-Kommission: www.kurzlink.de/stressmem

► Erklärung der G8-Staaten: www.kurzlink.de/g8e

AKW-Neubauten

Schweiz und Italien wollen Erneuerbare statt Atomkraft

■ Die Schweiz wird in den nächsten 25 Jahren aus der Atomkraft aussteigen. Das beschloss die Regierung in Bern im Mai. Es sollen keine neuen AKWs gebaut werden. Die fünf bestehenden Kraftwerke, von denen sich drei an der deutschen Grenze befinden, sollen planmäßig bis 2034 abgeschaltet werden. Der Vorschlag der Regierung wurde Anfang Juni vom Parlament bestätigt. Momentan stammen 40 Prozent des Schweizer Stroms aus Atomreaktoren. Das Alpenland setzt im Zuge des Ausstiegs auf den Ausbau der Wasserkraft und anderer erneuerbarer Energien.

Auch Italien hat sich Mitte Juni in einer Volksabstimmung klar gegen den Bau neuer Atomkraftwerke ausgesprochen. Damit scheiterte der Plan von Ministerpräsident Silvio Berlusconi, den italienischen Ausstiegsbeschluss von 1987 rückgängig zu machen. Nun sollen die erneuerbaren Energien ausgebaut werden. [sg]

► www.kurzlink.de/akw-schweiz

► www.kurzlink.de/akw-italien

Windkraft

Nicht in naturnahen Wäldern

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) und der BUND halten den Bau von Windenergieanlagen in intensiv genutzten Wirtschaftswäldern für möglich. In naturnahen Wäldern und in Forsten mit alten Bäumen oder hohem Totholzanteil und an Waldrändern habe Windkraft jedoch „absolut nichts verloren“, sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen im Juni in Bonn. Bisher stehen nach DNR-Angaben knapp über 100 Windkraftanlagen in deutschen Wäldern. Bei der Planung der Anlagen muss nach Ansicht des DNR auch die Inanspruchnahme von Waldflächen für Zufahrtswege, Montageplätze und Leitungen berücksichtigt werden. Diese Waldfläche müsse durch naturnahe Neuaufforstungen mindestens ausgeglichen werden. Mit einer Informationskampagne will der DNR die Windkraft voranbringen und gleichzeitig ihre Naturverträglichkeit sichern.

Auch der BUND schließt Windkraftanlagen in Wäldern nicht aus. Befürchtungen über eine Verspargelung der Landschaft trat der Verband entgegen. „Je offener geplant wird, desto größer die Akzeptanz“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger dem Magazin Klimaretter.de. Kommunale Projekte und Bürgerwindkraftanlagen würden besser angenommen. [mb]

► DNR, Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel.

+49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de

► DNR-Kampagne: www.wind-ist-kraft.de

► www.klimaretter.info/politik/hintergrund/8879

Energiewendepaket I

Ausstieg aus der Laufzeitverlängerung

■ Die Bundesregierung hat sich Anfang Juni darauf geeinigt, dass die deutschen Atomkraftwerke bis Ende 2022 stufenweise vom Netz gehen sollen. Die sieben abgeschalteten Kraftwerke und den Pannenreaktor Kümmel erteilte damit bereits das Aus. Die Frage, ob es ein festes Aus-

stiegsdatum geben solle, war bis zuletzt umstritten. Noch im Herbst 2010 hatte die Regierung die AKW-Laufzeiten um durchschnittlich zwölf Jahre verlängert.

Die Bundesnetzagentur soll nun entscheiden, ob eines der abgeschalteten Kraftwerke bis 2013 in Bereitschaft gehalten wird. Die Brennelementesteuer bleibt vorerst erhalten, der Förderfondsvertrag wird aufgehoben. Die SPD erwägt, den Änderungen im Atomgesetz zuzustimmen, die Grünen sprachen sich bereits auf einem Sonderparteitag dafür aus. Die Atomkonzerne fordern Schadenersatz und drohen mit Klagen.

Mehrere Stimmen forderten einen früheren Atomausstieg. Die Ethikkommission der Bundesregierung hatte empfohlen, den Ausstieg bis 2021 zu vollziehen. Bundesumweltminister Röttgen hielt eine Studie zurück, die einen Ausstieg bis 2017 für möglich hielt. Ende Mai hatten bundesweit 160.000 Menschen gegen Atomkraft demonstriert. [sl]

► Eckpunkte und Gesetzesnovellen:
www.kurzlink.de/bmwigesetze

Energiewendepaket II

Atomausstieg ist noch keine Energiewende

■ Mit der Entscheidung, bis 2022 aus der Atomenergie auszusteigen, hat das Bundeskabinett Anfang Juni ein Gesetzespaket beschlossen, das die Energiewende ermöglichen soll. Gemessen an den Aufgaben, die es bewältigen soll, sei das Paket jedoch zu klein geraten, kritisierten Umweltorganisationen. „Wer Atomkraftwerke abschaltet, muss gleichzeitig das Energiesparen fördern und die Bedingungen für erneuerbare Energien verbessern“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke.

Energie sparen, erneuerbare Energien fördern, Stromnetze ausbauen, neue Kraftwerke bauen, Endlager suchen: Das sind die Maßnahmen, mit denen die Bundesregierung die Energiewende bewältigen will. Das Gesetzespaket bremst jedoch Energie

aus Wind und Sonne aus, kritisierte der NABU. So verschlechtere die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes die Bedingungen für dezentrale Windkraftanlagen an Land und setze einseitig auf Offshore; kleine Ökostromanbieter würden benachteiligt. Außerdem erfordere der Atomausstieg einen schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien, das Ausbauziel von 35 Prozent bis 2020 sei jedoch nicht angehoben worden.

Während die Ziele beim Energiesparen für den NABU in die richtige Richtung gingen, vermisst der Verband eine Unterfütterung durch Ordnungsrecht und finanzielle Anreize. Zwar sei positiv, dass Sanierer ungedämmter Gebäude ab 2013 bis zu zehn Prozent ihrer Ausgaben von der Steuer absetzen könnten, doch blieben die KfW-Fördermittel hinter dem Stand von 2009 zurück. Damals förderte der Bund die Gebäudesanierung mit zwei Milliarden Euro, im Energiewendepaket sind es nur 1,5 Milliarden Euro. Im laufenden Jahr fließen 936 Millionen Euro in die Sanierung von Gebäuden.

Bis Anfang Juli soll das 700 Seiten starke Gesetzespaket in Bundestag und Bundesrat beraten werden. [sl]

► www.nabu.de/themen/energie/energieeffizienz

AKW-Sicherheit

Milde Stresstests

■ Von Ende März bis Mitte Mai hat die Reaktorsicherheitskommission die deutschen Atomkraftwerke im Auftrag der Bundesregierung einem sogenannten Stresstest unterzogen. Geprüft wurde die Sicherheit der Meiler beim Ausfall der Stromversorgung und der Kühlsysteme sowie bei Extremereignissen wie Erdbeben, Hochwasser, Flugzeugabstürzen und Terrorangriffen. Im Ergebnis attestierte der Kommissionsvorsitzende Rudolf Wieland den AKWs einen „hohen Robustheitsgrad“. Vor allem die Stromversorgung sei sicherer als in Fukushima. Keines der 17 deutschen AKWs sei jedoch gegen den Absturz schwerster Flugzeuge gesichert.

Umweltverbände kritisierten neben der zu kurzen Frist für eine wirklich umfassende Prüfung vor allem, dass die Prüfkommision mit parteiischen Experten besetzt worden sei. Wolfgang Renneberg, ehemaliger Abteilungsleiter für Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium, bemängelte zudem, dass es keine Vor-Ort-Prüfung gegeben habe. Stattdessen hätten sich die Experten ausschließlich auf Dokumente und Angaben der AKW-Betreiber gestützt. [em]

► Ergebnisse: www.kurzlink.de/stresst

Atom Müll

Fonds legt Endlagerstreit bei

■ Im Mai hat sich die Stadt Salzgitter mit Bund und Ländern auf die Einrichtung eines „Schacht-Konrad-Fonds“ geeinigt. Dieser soll betroffene Gemeinden für Nachteile entschädigen, die durch das Atomendlager im Schacht Konrad bei Salzgitter entstehen.

So soll die Region während des Einlagerungsbetriebs in Schacht Konrad bis zum Jahr 2043 mit einem Gesamtbetrag von 100 Millionen Euro entschädigt werden. Der Betrag soll zu drei Vierteln von der Atomwirtschaft und zu einem Viertel vom Bund aufgebracht werden. Nachdem die Gemeinden mit allen Klagen gegen die Genehmigung des Endlagers gescheitert waren, hatten sie sich mit örtlichen Bundestagsabgeordneten auf die Einrichtung des Fonds geeinigt.

Atomkraftgegner kritisieren den Fonds. Ursula Schönberger von der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad erklärte: „Die Einlagerung von Atom Müll in Schacht Konrad muss nicht entschädigt, sondern verhindert werden!“

Das Bundesverwaltungsgericht hatte die Genehmigung von Schacht Konrad als Endlager bereits 2007 endgültig bestätigt. In der Vergangenheit hatte Schacht Konrad durch Verzögerungen im Umbau zum Endlager und die damit verbundenen Kostensteigerungen für Aufsehen gesorgt. [ej]

► www.ag-schacht-konrad.de

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Hygienebewertung

Signalfarben warnen Gäste

■ Die VerbraucherministerInnen der Bundesländer haben im Mai grünes Licht für die sogenannte Hygiene-Ampel gegeben. Dieses Kontrollsystem soll Verbraucher künftig über die hygienischen Zustände in Restaurants informieren. Geplant ist eine Farbskala mit fließenden Übergängen, die die Ergebnisse der letzten amtlichen Überprüfungen wiedergibt. Grün steht dabei für keine Bedenken, Gelb für mittlere und Rot für schwerwiegende Beanstandungen. Die Information soll gut sichtbar im Lokal ausgehängt werden und leicht verständlich sein.

Nun muss die Bundesregierung eine Gesetzesgrundlage für das Kennzeichnungssystem erarbeiten. Nach dem Willen der Verbraucherminister sollen die ersten Ampeln Anfang 2012 an Gaststätten aushängen. Später sollen Bäcker, Fleischer, Lebensmittelhändler, Großküchen und Wochenmärkte folgen.

Der Branchenverband der Lebensmittelwirtschaft BLL erklärte, eine bundesweit einheitliche Veröffentlichung der Kontrolleergebnisse funktioniere nur, wenn die zuständigen Länder mehr Kontrolleure und Mittel zur Verfügung hätten. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband warnte vor Firmenpleiten und betonte, die bestehenden Regelungen seien völlig ausreichend.

Verbraucherverbände lobten den Vorschlag der Ministerkonferenz. Vorbildliche Betriebe könnten mit ihren Leistungen werben, weniger gute hätten Anreize zum Besserwerden und die schwarzen Schafe könnten sich nicht länger verstecken, urteilte die Verbraucher-Initiative. Foodwatch kritisierte jedoch Forderungen, Betriebe sollten ihr Ergebnis durch Nachkontrollen verbessern können. [mbu]

- ▶ Verbraucherschutzministerkonferenz: www.kurzlink.de/verbrauchermin-konf
- ▶ Verbraucher-Initiative: www.verbraucher.org
- ▶ Foodwatch: www.foodwatch.org

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Agrarreform

EU-Parlament stimmt für nachhaltigere Landwirtschaft

■ Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben am 23. Juni für den Beschlussentwurf des Agrarausschusses zur Reform der EU-Landwirtschaftspolitik gestimmt. Damit ist eine wichtige Hürde genommen, bevor die EU-Kommission im Herbst die Gesetzesvorschläge zur Agrarreform präsentiert.

Künftig sollen nur Landwirte, die Ernährungssicherheit mit Umweltschutz verbinden, neue Arbeitsplätze schaffen und erneuerbare Energie liefern, mit Geld von europäischen SteuerzahlerInnen unterstützt werden. Dabei geht es mit fast 60 Milliarden Euro um den größten Posten im EU-Haushalt. Für den nun gefundenen Kompromiss waren seit Mai weit über 1.200 Änderungsanträge eingearbeitet worden. Nach Ansicht des Aktionsbündnisses Meine Landwirtschaft verbessern sie deutlich die ökologische und soziale Ausrichtung der geplanten Agrarreform.

In dem nach Berichterstatter Albert Deß (CSU) benannten Resolutionsentwurf wird aber auch gefordert, die EU-Ausgaben für die Landwirtschaft nicht zu kürzen. Allerdings sollen die Agrarzuschüsse gerechter verteilt werden. So soll ab 2014 jeder EU-Mitgliedstaat einen Mindestanteil der durchschnittlichen Zahlungen erhalten. Weiter sieht der Deß-Bericht vor, die Zahlungen pro Landwirt zu deckeln und die Betriebsgröße, die Zahl der Arbeitsplätze und das Ausmaß an Umweltmaßnahmen einzurechnen. Direktzahlungen sollen auch nur noch Betriebe erhalten, die das Land tatsächlich zur Nahrungserzeugung nutzen. Im Gegensatz zum EU-Agrarministerrat unterstützt das Parlament damit die Begrenzung von Direktzahlungen an Großkonzerne, wie sie EU-Agrarkommissar Dacian Cioloş vorgeschlagen hatte.

Vor der Abstimmung hatte der BUND die EU-Abgeordneten aufgefordert, Strei-

chungen beim Ökolandbau und anderen Umweltprogrammen im Agrarhaushalt abzulehnen. Die Agrarsubventionen müssten stattdessen endlich konsequent an Umwelt- und Tierschutz gekoppelt werden. Plänen von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, bei den Agrarumweltprogrammen zu sparen, müsse eine klare Absage erteilt werden, so der BUND.

Gerüchten zufolge will Barroso im Einvernehmen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy die Mittel für die Entwicklung der ländlichen Regionen – die sogenannte zweite Säule der EU-Agrarpolitik – erheblich kürzen. Das werde mit dem Parlament auf keinen Fall gehen, versicherte der agrarpolitische Sprecher der Grünen im Europaparlament Martin Häusling. Von der zweiten Säule hänge die soziale und ökologische Ausgestaltung der ländlichen Regionen überall in Europa ab. [mbu]

- ▶ Deß-Bericht: www.kurzlink.de/dess-bericht-2011
- ▶ www.meine-landwirtschaft.de/aktuell.html
- ▶ BUND: www.kurzlink.de/bund-22-06-2011
- ▶ www.martin-haeusling.de (Themen – GAP 2013)

Agrarwende

Kleine Höfe statt Großbetriebe

■ Nach einer bundesweiten Sternfahrt haben 300 Bäuerinnen und Bauern im Juni mit Treckern das Bundeskanzleramt in Berlin erreicht. Sie waren elf Tage zuvor im Allgäu, in Ostfriesland und an weiteren Orten gestartet. Am Kanzleramt übergaben sie ein Forderungspapier für einen neuen Kurs in der Agrarpolitik: Statt der Agrarindustrie müssten bäuerliche Betriebe gefördert werden. Die Landwirte setzen sich für eine faire, ökologische und tiergerechte Bewirtschaftung und gegen Exportsubventionen ein. Die Sternfahrt fand im Rahmen der Kampagne Meine Landwirtschaft statt, einem Bündnis von über 30 Bauern-, Umwelt- und Entwicklungsverbänden für eine europäische Agrarwende. [mbu]

- ▶ www.bauernsternfahrt.de
- ▶ Forderungen: www.kurzlink.de/sternfahrt.pdf

Wer profitiert von der Deregulierung des Saatgutrechts?

Die EU-Kommission will den Saatgutmarkt neu regeln und dabei auch die Biodiversität fördern. Doch ihr Vorschlag gängelt gerade Biozüchter und Erhalterverbände, sagt Susanne Gura vom Dachverband Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt

Die Europäische Kommission hat einen ersten Entwurf zur Neuregulierung des Saatgutverkehrsrechts vorgelegt. Bisher gibt es in der EU Dutzende von Richtlinien, die den Saatgutmarkt betreffen. 2009 hatte eine der Saatgutindustrie nahestehende Consultingfirma eine Evaluierung durchgeführt. Schon da wurden weitreichende Forderungen der Industrie nach erleichterten Prüfverfahren für den Sortenschutz deutlich. Fünf der zehn weltgrößten Saatgutfirmen, darunter Bayer und KWS, haben ihren Sitz in der EU. Anders als nordamerikanische Unternehmen wie Monsanto treiben sie offenbar mehr Lizenzgebühren über Sortenschutzrechte als über Patente ein. Die Prüfverfahren für Marktzulassung und Sortenschutz sind ihnen ein Dorn im Auge. Die EU-Kommission kommt ihnen nun entgegen und schlägt Varianten vor, bei denen die Verfahren zusammengelegt und teilweise von der Industrie statt von Behörden durchgeführt werden.

Aus dem Biosektor kommen dagegen Forderungen nach Abschaffung oder Begrenzung des Sortenschutzes. Neue Züchtungsinitiativen wollen wieder samenfeste Sorten statt Hybriden auf den Markt bringen. Außerdem will die Branche die engen Anforderungen an Homogenität und Stabilität gelockert sehen. Für den Bioanbau muss die genetische Vielfalt innerhalb einer Sorte breiter sein, damit die Pflanzen sich ohne chemische Krücken an unterschiedliche Bedingungen anpassen können.

Die Erhalterorganisationen schließlich wollen die mit der sogenannten Erhaltungssortenrichtlinie erst kürzlich eingeführte Bürokratie stoppen. Einzelzulassungen für Sorten, die meist nur kleine Märkte bedienen, sind für sie absurd. Selbst vereinfachte Verfahren mit niedrigen Gebühren wären enorm zeitraubend. Für Ackerkulturen gibt es außerdem Mengenbeschränkungen – eine Garantie für die Saatgutindustrie auf einen 90-prozentigen Marktanteil. Inakzeptabel ist auch, jede Sorte einer Ursprungsregion zuzuordnen und sie über viele Jahre „stabil“ zu erhalten. Sorten müssen sich anpassen und entsprechend verändern. Die allermeisten landwirtschaftlichen Arten und Sorten

sind über viele Siedlungsgebiete verteilt worden, seit Menschen Acker- und Gartenbau betreiben.

Die Erhalter, die die größte Sortenvielfalt verbreiten und sich im europäischen Bündnis „Let's liberate diversity“ zusammengeschlossen haben, wollen ihr Saatgut nicht nur gegen Spende abgeben, sondern auch verkaufen können. Auf Märkten und Tauschbörsen oder im Internet geben sie ihre Sorten direkt an die Anbauer weiter. Die EU-Regeln definieren als „Inverkehrbringen“ von Saatgut die Abgabe für den kommerziellen Anbau. Im Umkehrschluss müsste ein Abgeben, auch ein Verkaufen für den rein privaten Anbau erlaubt sein. Doch die EU-Staaten setzen die Richtlinien verschieden und oft nicht eindeutig um, sodass rechtliche Grauzonen entstehen.

Um biologische Vielfalt wirklich zu fördern, muss ein reformiertes EU-Saatgutrecht neue Elemente enthalten. Dabei dürfen die konventionellen Landwirte nicht länger als zu schützende „Verbraucher“ bevorzugt werden. Neben der Pflanzengesundheit müssen Umweltaspekte viel mehr Gewicht haben. Konventionelles Saatgut ist oft abhängig von Chemie – darauf haben die fünf Chemiegiganten, denen die Hälfte der zehn weltgrößten Saatgutfirmen gehört, lange hingearbeitet. Vor solchen Sorten muss die Biodiversität ebenfalls geschützt werden. Dann lassen sich auch manche Gentech-Sorten leichter aus der EU heraushalten. Vor allem aber dürfen die Bezeichnungen alter Sorten nicht Gegenstand geistiger Eigentumsrechte werden. Wer eine alte Sorte zur Zulassung bringt, sollte dies nur mit der Einschränkung auf die Zuchtlinie tun dürfen, damit auch andere Züchter die Sorte nach ihrer Vorstellung entwickeln können.

Susanne Gura leitet den Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt und ist im Vorstand des Dachverbands Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt aktiv. Sie lebt in Bonn.

**Kontakt: Tel. +49 (0)228 / 9480670,
E-Mail: gura@dinse.net,
www.kulturpflanzen-nutztiervielfalt.org**

Ernährungssicherheit

Wie viel Chemie braucht die Landwirtschaft?

■ Einer neuen Studie zufolge ist es nicht notwendig, die Lebensmittelproduktion in den kommenden vier Jahrzehnten drastisch zu steigern, damit alle Menschen satt werden. Dieser Prognose der Welternährungsorganisation FAO widersprachen die Autoren von der Universität Hohenheim.

Die FAO hatte 2009 gefordert, wegen der wachsenden Weltbevölkerung bis 2050 weltweit 70 Prozent mehr Nahrungsmittel anzubauen. Dies wird von der Agrarindustrie seitdem als Argument für mehr Agrarchemie und Gentechnik sowie für Agrarsubventionen ohne Umweltauflagen ins Feld geführt. Auch gegen den Ökolandbau, der ohne Pestizide und Kunstdünger auskommt und dadurch geringere Hektarerträge hat, wird mit den FAO-Zahlen argumentiert.

Laut dem WWF, der gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung die Hohenheimer Studie in Auftrag gab, berücksichtigte die FAO bei ihrer Rechnung jedoch wichtige Faktoren wie den Klimawandel nicht. Produktionssteigerungen seien nur ein Teil der Lösung, sagte der Agrarreferent des WWF, Matthias Meissner. Dringlicher sei es, Nahrungsmittel, Wasser und Böden gerechter und effizienter zu nutzen.

Unterdessen ist die FAO dabei, ihre Positionen auch selbst zu korrigieren. Im Juni stellte sie in Rom die Initiative „Save and Grow“ für eine nachhaltigere Landwirtschaft vor. Damit will die UN-Organisation eine sowohl ertragreichere als auch umweltfreundlichere Landwirtschaft entwickeln. Das soll durch die Reduktion und Optimierung des Wasser-, Chemikalien- und Pestizidgebrauchs sowie durch einen Anbauwechsel zwischen Getreide und den Boden anreichernden Hülsenfrüchten erreicht werden. Die FAO will Kleinbauern in den nächsten 15 Jahren dabei unterstützen, ihre Produktion umzustellen. [mbu, hmp]

- ▶ Studie: www.kurzlink.de/nahrungsproduktion
- ▶ FAO 2009: www.kurzlink.de/welternahrung-fao
- ▶ Save and Grow: www.kurzlink.de/zeit-fao

Biopiraterie**Melonenpatent für Monsanto**

■ Der US-Konzern Monsanto hat im Mai ein europäisches Patent auf eine konventionell gezüchtete Melone erhalten. Diese ist resistent gegenüber einer Viruskrankheit. Diese natürliche Widerstandsfähigkeit wurde durch übliche Züchtungsverfahren auf andere Melonen übertragen, die nun als „Erfindung“ von Monsanto gelten.

Melonen mit dieser Resistenz wurden ursprünglich in Indien entdeckt. Dass die Züchtung der Frucht nun patentiert wurde, hält der Sprecher des Bündnisses „Kein Patent auf Leben“ Christoph Then für einen Missbrauch des Patentrechts, da die Patentierung konventioneller Züchtung verboten ist. Das Verbot wurde umgangen, indem die Pflanze selbst patentiert wurde.

Es handele sich außerdem um Biopiraterie, wenn ein US-Konzern indisches Saatgut als sein Eigentum beanspruche, sagte Then. Das Patent gibt Monsanto das Recht auf die genetische Ressource, sodass das Saatgut nicht weitergezüchtet werden darf. „Kein Patent auf Leben“ fordert, die EU-Gesetze zu ändern, um eine Patentierung von Tieren und Pflanzen sowie daraus hergestellte Lebensmittel zu verhindern. [mbu]

► www.kurzlink.de/melonenpatent-monsan

Community Supported Agriculture**Netzwerk für Solilandbau**

■ Landwirte, Initiativen und Aktivisten wollen Anfang Juli in Kassel das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft gründen. Das bereits informell bestehende Netzwerk geht auf die Kasseler Freihof-Tagung im vergangenen Oktober zurück.

Ein Freihof oder Landwirtschaftsgemeinschaftshof ist ein Zusammenschluss von einem landwirtschaftlichen Betrieb mit einer Gruppe privater Haushalte, die regelmäßige feste Beträge an den Hof zahlt. Anbau- und Verarbeitungskosten sowie das Einkommen der Landwirte sollen so gedeckt werden. Im Gegenzug erhalten die Haushalte die Ernte. Im englischen Sprachraum, wo das Modell bereits einige Verbreitung gefunden hat, wird es als Community Supported Agriculture (CSA) bezeichnet. Das Konzept soll eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft ermöglichen, die gleichzeitig die Existenz der Landwirte sichert.

Neben der formalen Gründung findet in Kassel ein Treffen der CSA-Höfe und Hofinitiativen statt. [sg]

- www.solidarische-landwirtschaft.org
- www.de.wikipedia.org/wiki/Landwirtschaftsgemeinschaftshof

Giftige Gentechnik I**Insektengift geht ins Blut**

■ Kanadische Wissenschaftler haben einen Giftstoff aus Gentechnikpflanzen im menschlichen Blut nachgewiesen und damit die Annahme widerlegt, das Gift werde im Verdauungstrakt zersetzt. Stattdessen belegen die Forschungsergebnisse nun Gesundheitsrisiken beim Verzehr des Toxins. Das sogenannte Bt-Gift stammt aus dem Bakterium *Bacillus thuringiensis* und wirkt gegen bestimmte Insekten. Das Gen für das giftproduzierende Eiweiß Cry1AB ist bei den Pflanzen im Genom eingebaut. Über die Nahrungskette gelangt das Bt-Gift in den menschlichen Körper. Bei den für die Studie untersuchten Frauen und Föten wurde Cry1AB im Blut nachgewiesen.

Bei der Studie war ausgeschlossen, dass die Frauen mit dem Gift gearbeitet haben. Die Ergebnisse könnten für das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) beim Zulassungsprozess von Gentechnikpflanzen von Bedeutung sein. Mitarbeiter des BVL warnen vor möglichen Risiken durch den Verzehr von Gentechnikpflanzen oder daraus gewonnenem Öl. [mbu]

- Zusammenfassung der Studie: www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/21338670



Pioniere, die Mut machen

Sie gehen voran. Kreativ und selbstbewusst beschreiten sie neue Wege, setzen Krieg und Armut, Wachstumswahn und blindem Konsum ein besseres Lebensmodell entgegen. Ausgezeichnet wurden sie dafür mit dem Alternativen Nobelpreis. In diesem Buch finden sich Porträts von aktuellen Preisträger(inne)n, etwa der Ärztin Monika Hauser oder des kanadischen Umweltaktivisten David Suzuki, sowie von 16 weiteren Pionier(inn)en für die Nachhaltigkeit.

G. v. Lüpke, P. Erlenwein

Projekte der Hoffnung

Der Alternative Nobelpreis: Ausblicke auf eine andere Globalisierung

3. aktualisierte u. erweiterte Auflage, 272 Seiten, 19,80 EUR, ISBN 978-3-86581-192-9
Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft 

„Regierungen, die gentechnisch erzeugte Nahrung zulassen, verletzen die Menschenrechte“

In Ländern wie Argentinien oder Indien, aber auch in Deutschland wird die gentechnische Erzeugung von Lebensmitteln staatlich gefördert. Damit verstoßen die Regierungen gegen international vereinbarte Normen. Deshalb hat ihre Initiative Deutschland und andere Staaten vor dem UN-Menschenrechtsausschuss verklagt, sagt Christiane Lüst von der Aktion Gen-Klage.

Umwelt aktuell: Frau Lüst, Sie haben die Bundesrepublik Deutschland vor dem UN-Menschenrechtsausschuss in Genf verklagt. Warum?

Christiane Lüst: Weil die Nutzung von Gentechnik zur Erzeugung von Nahrungsmitteln die Menschenrechte von Konsumenten, Imkern und Landwirten in Deutschland verletzt. Deutschland hat mit rund 150 anderen Ländern den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ratifiziert. Speziell geht es um die Rechte auf Nahrung, auf Selbstbestimmung der Völker, auf Gesundheit und auf Freiheit der Wissenschaft und Forschung. Das beinhaltet auch die Pflicht der Staaten, eine nachhaltige Bewirtschaftung der Ressourcen zu fördern und die Verbraucher vor Desinformation und gesundheitlich bedenklichen Nahrungsmitteln zu schützen.

In Deutschland werden kaum noch Genpflanzen angebaut. Ist Ihre Klage damit nicht überflüssig?

Im Gegenteil: Langsam aber sicher öffnen wir der Gentechnik Tür und Tor. Nehmen wir die Freilandforschung: auf wie viel Hektar jedes Jahr neue Gentechnik-Pollen in Umlauf kommen, die nie wieder rückholbar sind! Bienen haben einen Einzugsradius von rund sechs Kilometern, damit sind alle Sicherheitsabstände eine Farce. Gegen den Imker Karl-Heinz Bablok wurde ein Grundsatzurteil gefällt, das klarmacht, wo es langgehen soll: Ein Freilandversuch des Freistaats Bayern kontaminierte seinen Honig. Den sollte er auf eigene Kosten als Sondermüll entsorgen. Er klagte auf Schadenersatz, doch das Gericht war der Ansicht, er müsse seine Bienen woanders hinbringen oder wegziehen. Schon heuer sind sieben Prozent des Maissaatguts kontaminiert, obwohl MON 810 seit zwei Jahren verboten ist und wir – bisher noch – die Nulltoleranz bei Saatgut haben. MON 810 soll außerdem EU-weit wieder zugelassen werden. Das Thema ist nicht vom Tisch. Immer mehr Genzulassungen werden auf EU-Ebene erteilt. Deutschland ist in der EU einer der stärksten Befürworter der Gentechnik! Oder nehmen wir die Genkartoffel Amflora, die immer noch erlaubt ist, obwohl ihre Antibiotikaresistenzen sogar gegen EU-Recht verstoßen. Oder das Genfutter, das wir aus Südamerika für unsere Tiere importieren. Damit ist Gentechnik in fast allen Nahrungsmitteln enthalten.

Haben Sie denn auch Nachweise für die Gefahren durch Gentechnikpflanzen?

Dazu gibt es mittlerweile viele Studien und – noch wichtiger – Praxiserfahrungen aus Ländern wie Indien und Argentinien. Dort werden die Menschen krank, bekommen Krebs, Frauen werden unfruchtbar, Neugeborene sind missgebildet. Auch Haustiere verenden, die Böden sind unfruchtbar, das Trinkwasser verseucht. In Argentinien ist die Armutsrate seit Einführung von Gensoja drastisch gestiegen. Auch die wissenschaftlichen Studien zeigen, dass Genfood zu Zelltod, Krebs, Missbildungen und Tod führen kann, immer häufiger auch beim Menschen. Entgegen allen Aussagen von Industrie und Politik ist bewiesen, dass sich durch Genfood gefährliche Rückstände im Körper anreichern. Die neueste Studie aus Kanada fand bereits Giftstoffe aus der Gentechnik-Landwirtschaft im Blut von Schwangeren und Embryonen.

Ihre Initiative hat vor dem Ausschuss auch gegen andere Staaten geklagt. Was kam dort heraus?

In Indien hatten wir den ersten großen Erfolg: Die UNO hat anerkannt, dass die Einführung von Gen-saatgut die Armut verschlimmert hat. Die Regierung wurde aufgefordert, die Bauern zu unterstützen, damit sie vermehrungsfähiges Saatgut kaufen und ihre Abhängigkeit von den Konzernen beseitigen können. In Brasilien erhielt die Regierung eine Aufforderung zum Stopp der Urwaldabholzung – die in der Regel für Gensoja-Plantagen erfolgt und die Lebensgrundlagen der indigenen Völker und Kleinbauern zerstört. Letztes Jahr in Kolumbien forderte der UN-Ausschuss, dass die Regierung die Nahrungproduktion für den Eigenbedarf an die oberste Stelle stellt – und nicht für den Export. Darunter fällt auch Anbau von Genmais, der sich dort immer mehr ausbreitet und die alten Maissorten zerstört.

Die Regierungen haben jeweils fünf Jahre Zeit, um Maßnahmen zu ergreifen. Glauben Sie, dass sich an der derzeitigen Politik etwas ändert?

Das wird sehr schwierig. Solche Staaten arbeiten mit Großgrundbesitzern zusammen, die am Export verdienen – was die ganze Misere mit Landlosigkeit, Vertreibungen und Urwaldabholzung mit sich bringt.

Da gibt es viele rechtsfreie Räume. Oder die Staaten müssen sogar auf Druck von Ländern wie Deutschland für ihre wachsenden Auslandsverschuldungen Devisen erwirtschaften. Oftmals sind es leider auch unsere Exportsubventionen, die dort die Märkte mit billigem Fleisch oder Getreide zerstören. Ebenso unsere Forschungsgelder. Aus Mexiko berichten Insider, dass die dortige Saatgutforschung, die von Deutschland mitfinanziert wird, vor allem die „positiven“ Seiten von Genmais herausfinden soll.

Aber Deutschland wird doch reagieren müssen?

Nicht ohne Druck von uns als Konsumenten und Wähler. Zuerst müssen wir die Ausschussdokumente auf Deutsch einfordern. Die Bundesregierung ist verpflichtet, die Entscheide zu verbreiten. Bisher ist das mangels Interesse und Nachfrage kaum passiert. 2001 haben wir die Regierung das erste Mal dazu gezwungen. Erst wenn ihr auf jeder Veranstaltung entgegengehalten wird, dass sie ja dem Pakt verpflichtet ist, wird sie etwas tun. Politik reagiert nur auf Druck.

Was wünschen Sie sich von der Öffentlichkeit?

Unterstützung! Die Bundesrepublik fordert gern von anderen Ländern die Menschenrechte ein. Es hilft uns sehr, wenn jetzt öffentlich diskutiert wird, dass auch die deutsche Regierung den Menschenrechten nicht gerecht wird. Helfen würde auch, wenn die 80 Prozent der Verbraucher, die gegen Gentechnik sind, keine mit Genfutter hergestellten tierischen Produkte mehr kaufen. Dann würde die Politik von selbst nachziehen.

[Interview: Matthias Bauer]

Christiane Lüst leitet in Gauting bei München ein Umweltzentrum. Sie hat die Aktion Gen-Klage gegründet, um EU-Neuzulassungen von Genpflanzen auf juristischem Weg zu stoppen.

Kontakt: Tel. +49 (0)89 / 89311054,
E-Mail: christiane.luest@t-online.de,
www.stopptgen-nahrungsmittel.de



Giftige Gentechnik II

Roundup gelangt ins Essen

■ Aufgrund neuer Forschungsergebnisse hat der NABU gefordert, den Pestizidwirkstoff Glyphosat nochmals kritisch zu bewerten. Vor allem sei ein Test auf Rückstände in Fleisch, Milchprodukten, Eiern und auch Futtermittelimporten notwendig, schreibt der Naturschutzbund in einem Brief an Politiker und das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL).

Weil bei Nutztieren schwere Krankheitssymptome aufgetreten waren, untersuchten Veterinärmediziner der Universität Leipzig Futter für Nutz- und Haustiere. In den Proben fanden sie Rückstände des Spritzmittels Glyphosat, das unter dem Handelsnamen Roundup auf dem Markt ist. Die Tiere wurden häufig mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert, etwa mit herbizidresistenter Soja. Diese wird in den USA und Lateinamerika großflächig mit Glyphosat besprüht.

Im Frühjahr warnte der NABU in einer Studie vor den Gefahren von Glyphosat für Mensch und Natur. Wegen der Risiken verbot das BVL im letzten Jahr die Verfütterung von Ernteprodukten, die mit Glyphosat behandelt wurden, an Tiere. Für den menschlichen Verzehr gibt es bisher keine Einschränkung. [mbu]

- ▶ Dossier zu Roundup: www.keine-gentechnik.de/dossiers/roundup
- ▶ NABU-Studie: www.kurzlink.de/glyphosat-nabu

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Bodenschutz

EU-Kommission will weniger versiegelte Böden

■ Weil immer mehr Straßen, Häuser oder Parkplätze gebaut werden, geht in der Europäischen Union jedes Jahr eine Fläche verloren, die größer ist als das Stadtgebiet

von Berlin. Das geht aus einem Ende Mai veröffentlichten Bericht hervor, den das österreichische Umweltbundesamt im Auftrag der EU-Kommission erarbeitet hat.

Dem Bericht zufolge verschwinden in der EU jährlich etwa 1.000 Quadratkilometer Boden, die Hälfte davon wird durch undurchlässige Schichten dauerhaft versiegelt. Dadurch kann Wasser nicht mehr versickern, was zu mehr Überschwemmungen führt. Irland, Zypern und Spanien verzeichneten von 2000 bis 2006 mit bis zu 15 Prozent die größte Zunahme an befestigten Flächen.

Der Bericht enthält auch Vorschläge, wie der anhaltende Flächenverbrauch reduziert werden kann. So soll die Raumplanung verbessert werden und Subventionen, die Bodenversiegelung begünstigen, sollen auf den Prüfstand. Wenn eine Versiegelung nicht zu vermeiden ist, solle Material verwendet werden, das Regen in den Boden fließen lässt. Außerdem schlagen die Autoren für jeden Bodenverlust eine Ausgleichsmaßnahme an anderer Stelle vor. Das könne als Geldzahlung oder durch Entsiegelung geschehen.

Deutschland erreicht nach Angaben des Naturschutzbundes NABU nicht das selbst gesteckte Ziel, bis zum Jahr 2020 den täglichen Flächenverbrauch auf 30 Hektar zu reduzieren – so viel wie etwa 40 Fußballfelder. Auch der BUND und der Deutsche Naturschutzring (DNR) setzen sich seit Langem für einen besseren Bodenschutz in der EU ein. Der DNR veröffentlichte dazu Ende 2010 Argumentationshilfen.

2006 hatte die EU-Kommission eine Rahmenrichtlinie zum Bodenschutz vorgeschlagen, die aber wegen des Widerstands einiger Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, auf Eis liegt. Anfang 2012 will die Kommission einen weiteren Bericht vorlegen, der den nationalen, regionalen und lokalen Behörden als Leitfaden für bewährte Praktiken bei der Begrenzung der Bodenversiegelung und ihrer Folgen dienen soll. [mbu]

- ▶ Bericht: www.umweltbundesamt.at/news110608
www.ec.europa.eu/environment/soil/sealing.htm
- ▶ DNR-Argumentationsbroschüre: www.kurzlink.de/dnr-bodenschutz.pdf

LIFE+

Breite Unterstützung für EU-Naturschutzförderung

■ Die EU-Kommission hat die Ergebnisse der öffentlichen Konsultationen über die Zukunft des Programms LIFE+, des Förderinstrumentes der Europäischen Union für den Natur- und Umweltschutz, veröffentlicht.

Demnach sind knapp 86 Prozent der KonsultationsteilnehmerInnen der Meinung, dass ein spezielles Finanzierungsinstrument der Kommission für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen notwendig ist. Knapp 55 Prozent wollen zudem, dass die Mittel für dieses Finanzinstrument erhöht werden. Gut 82 Prozent der Befragten nannten als wichtigstes Ziel eines künftigen LIFE-Programms, den Mitgliedstaaten bei der wirkungsvollen Umsetzung der EU-Umweltpolitik zu helfen. Auch sollte das Programm dafür eingesetzt werden, europäische und weltweite Probleme zu lösen, nachahmenswerte Verfahren auszutauschen oder die Weitergabe von Know-how zu fördern.

Diese Schlussfolgerungen sind das Ergebnis mehrerer Konsultationen der Europäischen Kommission. An der Onlinekonsultation zur Zukunft von LIFE+ beteiligten sich insgesamt 912 Interessenvertreter, darunter der Deutsche Naturschutzring und weitere Umweltverbände. Ergänzt wurde diese durch eine spezielle Umfrage bei 147 LIFE+-Projekten und durch einen Expertenworkshop im Februar. Zudem führte der Ausschuss der Regionen eine Konsultation über die territorialen Auswirkungen der Folgemaßnahme von LIFE+ durch. Ende Mai berieten Experten in Brüssel über die neuen Herausforderungen von LIFE+.

Die Ergebnisse der Konsultationen sollen auch in die Arbeiten zum mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 einfließen. Die Kommission will bis Ende 2011 einen Vorschlag für ein neues Finanzierungsinstrument zum Umwelt- und Klimaschutz vorlegen. [bv]

- ▶ www.ec.europa.eu/environment/life

Globaler Waldverlust**Aufforstung gar nicht so teuer**

■ Mit einer jährlichen Zusatzfinanzierung von 40 Milliarden Dollar könnte der Waldschwund bis 2030 weltweit halbiert werden. Das geht aus einem Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) hervor, der im Juni veröffentlicht wurde. Außerdem könnte die Aufforstungsrate bis Mitte des Jahrhunderts um 140 Prozent steigen, wenn die Summe investiert würde. Schließlich entstünden nach den Berechnungen des UNEP-Berichts etwa zehn Millionen neue Jobs im Waldsektor. [mbu]

► Bericht: www.kurzlink.de/forestsgreeneco.pdf

Karpaten**Protokoll gegen Kahlschlag**

■ Sieben osteuropäische Länder wollen gemeinsam die letzten unberührten Wälder in den Karpaten schützen. Polen, Rumänien, Serbien, die Slowakei, Tschechien, Ungarn und die Ukraine unterzeichneten laut der Agentur IPS im Juni in Bratislava ein Protokoll, um den illegalen Holzeinschlag einzudämmen. Das im Rahmen der Karpatenkonvention von 2003 stehende Protokoll soll garantieren, dass der größte noch intakte Primärwald in Mitteleuropa fortan staatlich geschützt wird. Dazu wollen die Länder ihre Gesetze ändern und stärker auf deren Umsetzung hinwirken.

Die Lage der Wälder in der Region hat sich vor allem seit 1990 durch zahlreiche Infrastrukturmaßnahmen rapide verschlechtert. Neben Autobahnen wurden Skiresorts und andere Ferienunterkünfte gebaut, oft ohne Genehmigung und in Schutzgebieten. In mehreren Ländern sei der Anteil des Primärwaldes durch unerlaubtes Holzfällen auf 0,5 Prozent geschrumpft, so der WWF, der noch größere Verluste befürchtet. Gefährdet seien vor allem lokale Arten, für die das Ökosystem Wald Voraussetzung zum Überleben seien. [mb]

► www.kurzlink.de/carpathianforests

Rote Liste**Jeder siebte Vogel bedroht**

■ Laut der neuen Roten Liste der Weltnaturschutzunion (IUCN) ist weltweit jede siebte Vogelart vom Aussterben bedroht. Vor allem große Vogelarten gelten als gefährdet. Einer der größten Vögel der Welt, die Hindutrapppe, die in Indien und Pakistan heimisch ist, verschwindet möglicherweise bald für immer. Gründe für den Rückgang der Vögel sind vor allem der Verlust und die Zerstückelung ihres Lebensraums sowie die Jagd. [mbu]

► www.kurzlink.de/redlist-birds-2011

Grünbrücken**Baustopp schadet Tieren und Autofahrern**

■ Die Umweltverbände NABU und BUND sowie der Deutsche Jagdschutzverband haben die Bundesregierung aufgefordert, genügend Finanzmittel für das Bundesprogramm Wiedervernetzung zur Verfügung zu stellen. Sie protestierten damit gegen die Pläne von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU), der „den Bau von Grünbrücken und Ortsumgehungen gegeneinander ausspielen“ wolle. Die drei Verbände verlangen, den Bau von Querungshilfen für Tiere in Form von Grünbrücken nicht wie vorgesehen auslaufen zu lassen. Bisher wurden in Deutschland 18 Grünbrücken mit Geld aus dem Konjunkturprogramm II gebaut. Aus Sicht der Verbände sind aber mehr notwendig.

Tausende unfallgefährdete Straßenabschnitte könnten durch die Brücken entschärft werden – zum Schutz der Wildtiere und für eine bessere Verkehrssicherheit. Ab einer Menge von 10.000 Fahrzeugen täglich sei ein Streckenabschnitt selbst für große Säugetiere nahezu unüberwindbar, wie aktuelle Untersuchungen zeigten. Auf Autobahnen fahren täglich pro Streckenabschnitt 48.000 Fahrzeuge.

Grünbrücken nützen zahlreichen Tierarten, vor allem seltenen und stark ge-

fährdeten Arten wie Wolf, Wildkatze und Fischotter. Für diese Tiere ist der Straßenverkehr nach Angaben der Verbände eine der häufigsten Todesursachen. [mbu]

► www.nabu.de

► www.bund.net

► www.jagdschutzverband.de

Renaturierung**Moore speichern mehr CO₂**

■ Der NABU hat im Juni ein Renaturierungsprogramm im Großen Moor bei Gifhorn gestartet, um die Absenkung des Grundwasserstandes in dem Naturschutzgebiet im östlichen Niedersachsen aufzuhalten.

Ein niedriger Grundwasserstand führt in Moorlandschaften zur Durchlüftung und damit zur Oxidation des Torfkörpers. Dadurch tritt Kohlendioxid aus, das über Jahrtausende im Moor gebunden wurde. Seit Ende der 1980er-Jahre führte dies im Großen Moor laut NABU schon zu einem Höhenverlust von über 22 Zentimetern. Dabei seien allein in dieser Zeitspanne 67.000 Tonnen CO₂ freigesetzt worden. Durch die Wiedervernässung könnten der im Moor enthaltene Kohlenstoff weiter gebunden und Emissionen von 312.000 Tonnen CO₂ verhindert werden, so der NABU. Zudem würde der Lebensraum bedrohter Tiere und seltener Pflanzen geschützt.

Ursprünglich erstreckte sich das Große Moor über eine Länge von 15 Kilometern und eine Breite bis zu sechs Kilometern. Durch die Schädigung umfangreicher Moorflächen entweichen nicht nur große Mengen an klimaschädlichen Gasen, auch auf die Natur hat dies Auswirkungen. Im Großen Moor gelten rund 150 Tier- und 40 Gefäßpflanzenarten als gefährdet, elf davon sind vom Aussterben bedroht.

Das NABU-Projekt wird finanziell durch das Umweltprogramm der Volkswagen Leasing GmbH unterstützt. [mbu]

► NABU, Dietmar Oeliger, Referent für Verkehr und Energie, Berlin, Tel. +49 (0)172 / 9201823, E-Mail: dietmar.oeliger@nabu.de, www.nabu.de

STADT & REGION

Energieversorgung**Wende nur mit Kommunen**

■ Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat an die Bundesregierung appelliert, die Kommunen frühzeitig in den Entscheidungs- und Umsetzungsprozess der angestrebten Energiewende einzubinden. Vor allem beim Ausbau der Leitungsnetze müsse die Planungshoheit der Städte und Gemeinden als bürgernächste Ebene gestärkt werden, sagte der Präsident des DStGB Roland Schäfer. Nur mit den Kommunen werde die Energiewende in Deutschland gelingen. Besonders vom Ausbau der Energieinfrastruktur betroffene Städte und Gemeinden müssten einen finanziellen Ausgleich erhalten.

Ähnlich äußerte sich der Präsident des Deutschen Städtetages Christian Ude. Die Stärken der kommunalen Unternehmen für eine verlässliche und dezentrale Energieversorgung sollten besser genutzt werden, sagte Ude bei der Hauptversammlung des Städtetages im Mai in Stuttgart. [mbu]

- ▶ www.dstg.be
- ▶ www.staedtetag.de

Urbane Klimaschutz**Biogemüse aus der Metropole**

■ In deutschen Großstädten ist es möglich, klimafreundlich zu leben. Das ergab eine Untersuchung der Klimaschutzinitiative ActNow. Vor allem in Hamburg, München und Berlin gebe es zahlreiche Angebote, das urbane Leben nachhaltig zu gestalten. So sei in München Radfahren ein Schwerpunkt der Verkehrspolitik. Auch die Vermarktung regionaler Produkte aus dem Umland oder die Selbstversorgung mit Gemüse sei in den Großstädten möglich. Ökologischer Konsum könne zum Klimaschutz beitragen. [mbu]

- ▶ www.eine-million-tonnen-co2.de/2011/05/31/k

TIERSCHUTZ & ETHIK

Käfighaltung**Hühner bleiben noch 24 Jahre eingepfercht**

■ Der Deutsche Tierschutzbund hat die lange Übergangsfrist bis zum Verbot der sogenannten Kleingruppenkäfige für Legehennen kritisiert. Der Entwurf für die „Verordnung zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung“ sieht vor, die bestehenden Kleingruppenkäfige noch bis 2035 in Betrieb zu lassen. In einigen dieser Käfiganlagen werden schon seit 2008 Hühner gehalten. „Eine Übergangsfrist von de facto 27 Jahren ist absolut inakzeptabel“, sagte der Präsident des Tierschutzbundes Wolfgang Apel. Die Frist sei weder rechtlich noch wirtschaftlich begründbar und schon gar nicht ethisch.

Die neu aufgeflammete Debatte über ein Käfigverbot für Legehennen wurde durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Normenkontrollklage des Landes Rheinland-Pfalz ausgelöst. Die Richter erklärten die derzeit gültige Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung für verfassungswidrig. Die darin erlaubten Kleingruppenkäfige bieten einem Huhn gerade so viel Platz wie auf einem A4-Blatt. [mbu]

- ▶ Verordnung: www.kurzlink.de/tierschutz-vo-2009
- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de

Tierversuche**Gegen Organübertragung von Tier zu Mensch**

■ Beim Symposium Xenotransplantation im Berliner Robert-Koch-Institut im Juni hat der Deutsche Tierschutzbund gemeinsam mit dem Tierschutzverein Berlin dazu aufgerufen, alle Tierversuche auf dem Gebiet der Organtransplantation von Tier zu Mensch sofort einzustellen. Für die Ver-

suchstiere seien die Experimente qualvoll. Die Verbände widersprachen der Ansicht von Forschern, Xenotransplantation könne den Mangel an menschlichen Organen beheben. Eine realistische Chance auf breite Anwendung am Menschen liege nach wie vor in weiter Ferne.

Als geeignete Spendertiere gelten Schweine. Das Hauptproblem besteht darin, dass die Körperabwehr des Empfängers das eingepflanzte Gewebe als fremd erkennt und abstößt. „Die Xenotransplantation hat sich als Sackgasse erwiesen“, sagte Roman Kolar von der Akademie für Tierschutz in Neubiberg. „Anders als die Wissenschaftler suggerieren, haben Tierversuche bislang eher ergeben, dass die Körperabwehr des Empfängers auch mithilfe der Gentechnik nicht ausreichend abgeschwächt werden kann.“ [mbu]

- ▶ www.tierschutzakademie.de

Agrarethik**Frische Studieninhalte**

■ Agrarethik als neues Wahlmodul für AgrarwissenschaftlerInnen und ähnliche Studienrichtungen bietet jetzt die Universität Hohenheim in Stuttgart an. Lehrverantwortliche und Studierende zogen im Juni eine positive Bilanz der Pilotphase im vergangenen Wintersemester. Das englischsprachige Mastermodul „Ethics of Food and Nutrition Security“ behandelt Fragen wie: Was ist Ethik? Ist es ethisch vertretbar, dass Tiere für den menschlichen Konsum getötet werden? Welche Interessen verfolgen Hilfs- und Nonprofitorganisationen in Wirklichkeit? Die Theorie wird dabei mit Praxisbeispielen und Debatten zu Themen wie Landgrabbing, Tierethik oder Unternehmensverantwortung verbunden. Für die Einbeziehung von Ethikfragen setzte sich – angeregt durch den Weltagrарbericht von 2008 – vor allem die Studierendengruppe Fresh ein. [mb]

- ▶ Modul: www.kurzlink.de/efns-hohenheim
- ▶ Gruppe Fresh: <http://fresh.uni-hohenheim.de>
- ▶ Weltagrарbericht: www.weltagrарbericht.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

EU-Haushalt 2014 bis 2020

Finanzquellen gesucht

■ Das Europäische Parlament hat im Juni für eine Erhöhung des EU-Haushalts in der neuen Finanzperiode 2014 bis 2020 um fünf Prozent gegenüber dem Stand von 2013 gestimmt. Nur so seien alle gemeinsam vereinbarten EU-Ziele zu erreichen, erklärten die Abgeordneten in einer Resolution. Die Mitgliedstaaten, die sich gegen eine Erhöhung des langfristigen EU-Haushalts ausgesprochen hätten, müssten festlegen, welche gemeinsamen politischen Ziele und Aufgabenbereiche sie beim Einfrieren der Haushaltsmittel für den sogenannten mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 aufgeben wollten. „Wir müssen dieser Unsitte ein Ende setzen, politische Verpflichtungen einzugehen, ohne über die notwendigen Mittel zur Umsetzung zu verfügen“, erklärte der konservative spanische Abgeordnete Salvador Garriga Polledo. Garriga zeichnet verantwortlich für den Bericht des EU-Parlamentsausschusses zum Siebenjahres-Haushaltsplan, auch mehrjähriger Finanzrahmen oder finanzielle Vorausschau genannt.

Die Mittel für die Regional- und die Agrarpolitik dürften nicht gekürzt werden, da mehr Geld für den Ausbau der Energieinfrastruktur gebraucht werde, fordern die Abgeordneten in ihrer Entschließung. Vielmehr müssten neue Einkommensquellen gefunden und alle Rabatte und Ausnahmen gestrichen werden. Die Abgeordneten kritisierten das EU-Finanzierungssystem, das hauptsächlich auf nationalen Zusagen beruhe und inzwischen sehr komplex sei. Die Mittel sollten „aus wirklich eigenen Ressourcen“ stammen, das sei fairer, transparenter, einfacher und gerechter. Die Struktur des Finanzrahmens müsse sich an den Zielen der Europa-2020-Strategie der EU orientieren.

Das Parlament ist die erste EU-Institution, die ihre Position zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen festlegt. Ende Juni (nach Redaktionsschluss) wollte die Kom-

mission zwei Vorschläge zum Siebenjahres-Haushaltsplan und zu den Eigenmitteln – den Finanzquellen aus EU-eigenen Ressourcen – vorlegen. Dann sollen die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten beginnen. Der laufende mehrjährige Finanzrahmen endet im Dezember 2013. [bv, jg]

- www.kurzlink.de/eu-haushalt2014-20ep
- Neue Nachrichten zu diesem Thema: www.eu-koordination.de (EU-News)

EU-Ratspräsidentschaft

Polens grüne Agenda

■ Vom 1. Juli an hat Polen für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft inne. In der Umweltpolitik legt die polnische Präsidentschaft ihren Schwerpunkt auf die Anpassung Europas an den Klimawandel, den Schutz der biologischen Vielfalt, auf Ressourceneffizienz sowie den globalen Nachhaltigkeitsprozess (UN-Gipfel Rio+20 2012). Andere wichtige Vorhaben sind die endgültige Bewertung des 6. Umweltaktionsprogramms, die Neufassung der Biozidverordnung, die Umgestaltung der Richtlinie zu Elektro- und Elektronikaltgeräten (WEEE) sowie die neue Seveso-III-Richtlinie zu Industrieunfällen. Zudem stehen der mehrjährige Finanzplan und die Agrarpolitik auf der Agenda. Die Bodenrahmenrichtlinie wird die Ratspräsidentschaft wohl nicht aufgreifen. Eine endgültige Entscheidung steht noch aus.

Neben den Sitzungen des Umweltministerrates am 10. Oktober und 19. Dezember und einem informellen Umweltrat am 12. und 13. Juli zu den Anpassungen an den Klimawandel plant die polnische Ratspräsidentschaft zwei Expertenkonferenzen in Warschau vom 13. bis 15. September zur Wasserrahmenrichtlinie in der Landwirtschaft sowie vom 7. bis 9. November zur Raumplanung für den Biodiversitätsschutz. Hinzu kommen zwei Ministerkonferenzen: vom 27. bis 30. September zur Forstwirtschaft für Klima und Biodiversität sowie am 11. und 12. Oktober zu Rio+20. [bv]

- www.pl2011.eu

Umweltschutz

EU-BürgerInnen wollen mehr

■ Laut einer im Mai veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger von der EU bedeutend mehr Einsatz für den Umweltschutz. 83 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Wirtschaftswachstum auch mit einer effizienten Nutzung natürlicher Ressourcen möglich sei. 63 Prozent finden, die EU tue nicht genug für die effiziente Verwendung der natürlichen Ressourcen. Die EU-BürgerInnen fürchten sich vor allem vor anthropogenen Umweltkatastrophen wie einer Ölpest oder einem Industrieunfall (42 Prozent), vor Wasserverschmutzung (41 Prozent) und Luftverschmutzung (36 Prozent). Für 95 Prozent der EU-BürgerInnen ist Umweltschutz „wichtig“, 36 Prozent wünschen sich höhere Strafen für UmweltsünderInnen. [bv]

- www.kurzlink.de/umfrage-umweltschutz

Umweltverträglichkeitsprüfung

Ergebnisse der Konsultation

■ Die EU-Kommission hat im Mai die Ergebnisse ihrer Konsultation zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Richtlinie) veröffentlicht. Fast die Hälfte der Antworten kam aus Deutschland. Laut Kommission halten etwa zwei Drittel der beteiligten InteressenvertreterInnen die UVP-Richtlinie für ein effektives und effizientes Instrument zum Schutz der Umwelt. Allerdings fordern 56 Prozent auch Verbesserungen. Die UVP-Richtlinie soll besser mit anderen EU-Regeln wie der FFH-Richtlinie, der Wasserrahmenrichtlinie oder den EU-Gesetzen zu Biodiversität abgestimmt werden, finden die KonsultationsteilnehmerInnen. Das Screening – die Abschätzung, ob ein Vorhaben einer UVP bedarf oder nicht – solle transparenter verlaufen. Außerdem fehlten Leitlinien mit Kriterien für das Screening, das aber selbst als zeit- und ressourcensparendes Instrument angesehen wird, sofern die Qualität stimmt. Allerdings lehnen auch ►

viele der Befragten eine detailliertere Liste mit Screening-Kriterien ab.

Kein einheitliches Bild ergab sich auch beim sogenannten Scoping – dem Zugschnitt des Untersuchungsumfangs, wenn feststeht, dass ein Projekt UVP-pflichtig ist. Das Scoping dient der Information des Projektentwicklers, der Behörden und Dritter, bevor ein Genehmigungsantrag gestellt wird. Hier können sich auch anerkannte Umweltverbände einbringen. Rund ein Drittel der Befragten forderte ein obligatorisches Scoping.

Die EU-Kommission will allerdings laut dem Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily nur technische Veränderungen bei der UVP vornehmen, um die Defizite auszugleichen. Mögliche Politikoptionen wären „Alles beim Alten lassen“, technische Anpassungen oder einzelne Änderungen und Erweiterungen in Text und Anhängen – oder eine ganz neue Richtlinie für Umweltbewertungen. Eine Option ist auch die „One-Stop-Shop“-Variante, bei der ein neues Verfahren eingeführt wird, in dem aus unterschiedlichen Anforderungen an die Umweltfreundlichkeit verschiedene Richtlinien an einer Stelle koordiniert geprüft werden, also eine Art „einheitliche Umweltcheck-Prüfstelle“ geschaffen wird.

Einen Vorschlag für die unterschiedlichen Änderungsoptionen will die Kommission Mitte 2012 vorlegen. Das hieße, dass nach einer zweijährigen Verabschiedungszeit und der nachfolgenden Umsetzungsphase in den einzelnen Ländern die angepasste UVP-Richtlinie etwa 2016 in Kraft treten könnte. [jg]

► www.ec.europa.eu/environment/eia

Europäische Normung

Mehr, schneller, partizipativer

■ Die Europäische Kommission hat im Juni ein Maßnahmenpaket vorgelegt, um die EU-weite Normung von Produkten, Produktionsverfahren und Dienstleistungen zu verbessern. Normen sind für die Hersteller grundsätzlich freiwillig. In der Vergangenheit habe die Entwicklung von

Normen oft Jahre gedauert, sodass sie dem Technologiefortschritt hinterherhinken, so die Begründung der Kommission. Ziel des Maßnahmenpakets ist eine größere Zahl von EU-Normen bei gleichzeitiger Verkürzung der Entwicklungszeit. Dazu soll unter anderem die Richtlinie für Produktsicherheit überarbeitet werden. Außerdem soll die strategische Nutzung von Normung zur Unterstützung von Umweltmaßnahmen verstärkt werden. Interessenvertreter wie Umwelt- und Verbraucherschutzverbände sowie Gewerkschaften und Vertreter mittelständischer Unternehmen sollen enger eingebunden werden. Der europäische Umweltnormungsverband ECOS hat eine Analyse des Maßnahmenpakets erstellt. [am]

- www.europa.eu/rapid (Reference: MEMO/11/369)
- ECOS, Generalsekretär Ralf Lottes, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 89446-55, Fax -10, E-Mail: ralf.lottes@ecostandard.org, www.ecostandard.org

Nachhaltigkeit

Kodex in der Praxisphase

■ Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) hat einen Entwurf zu einem Nachhaltigkeitskodex für die Wirtschaft erarbeitet. Das gemeinsam mit Investoren, Analysten, Unternehmensvertretern, Wissenschaftlern und Corporate-Governance-Experten erarbeitete Papier geht nun nach einer öffentlichen Dialog- und Qualifizierungsphase in eine Praxisphase. Der „Deutsche Nachhaltigkeitskodex“ enthält neben einer strategischen Analyse, einer Strategie und Zielen auch Regeln zum Prozessmanagement und zu Anreizsystemen. Hinzu kommen Angaben zum Stakeholdermanagement und zum Innovations- und Produktmanagement sowie Selbstverpflichtungserklärungen zur Verringerung des Ressourcenverbrauchs.

Von der Erprobungsphase erhofft sich der RNE eine Verbesserung und Weiterentwicklung des Kodex durch Hinweise auf mögliche Probleme und Konflikte bei der Anwendung im Tagesgeschäft großer und mittlerer Unternehmen. Außerdem soll der

Praxistest zeigen, ob die Informationen der Unternehmen auch von Investoren und Analysten verwendet werden und ob dies die Nachhaltigkeits-Nachfrage an den Kapitalmärkten erhöht.

Bei der 11. Jahreskonferenz des RNE Ende Juni (nach Redaktionsschluss) wollte Bundeskanzlerin Angela Merkel Schwerpunkte der Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung erläutern und den Entwurf des Fortschrittsberichts zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie vorstellen. Der Berichtsentwurf soll dann in der zweiten Runde des Internetdialogs zur Nachhaltigkeit zur Diskussion gestellt werden. [bv]

► www.nachhaltigkeitsrat.de

Öffentliche Beschaffung

Durchbruch in Düsseldorf

■ Als Vorbild für andere Bundesländer haben zivilgesellschaftliche Gruppen den im Juni vom nordrhein-westfälischen Kabinett beschlossenen Regierungsentwurf zum Vergabegesetz begrüßt. Soziale und ökologische Standards sollen danach künftig in allen Schritten des Vergabeverfahrens gelten. Damit schreibe das erste deutsche Flächenland Umweltkriterien sowie die ILO-Kernarbeitsnormen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge verbindlich fest, erklärten das CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung und das Bündnis für sozial-ökologische Beschaffung NRW, zwei Zusammenschlüsse entwicklungs- und umweltpolitischer Gruppen und Gewerkschaften. Die vorgeschriebene Analyse der Lebenszykluskosten aller Neuschaffungen breche mit dem „Dogma des billigsten Angebots“ und ermögliche mittelfristige Einsparungen und eine deutliche CO₂-Reduzierung, sagte Tobias Pforte-von Randow von Germanwatch. Nun komme es auf eine solide Verwaltungsvorschrift und fundierte Schulungen der Beschaffungsverantwortlichen an. [mb]

► Germanwatch, Tobias Pforte-von Randow, Berlin, Tel. +49 (0)173 / 4350506, E-Mail: pfortevonrandow@germanwatch.org, www.germanwatch.org

Bundesumweltministerium

25 Jahre und neuer Sitz

■ Zum 25-jährigen Gründungsjubiläum des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) ist im Juni der neue Dienstsitz in Berlin offiziell übergeben worden. Als erste Bundesbehörde arbeitet das BMU nun in einem Niedrigenergie- und Passivhaus. Innerhalb der letzten 25 Jahre sei die deutsche Umweltpolitik vom politischen Rand ins Zentrum der Politik gerückt, sagte Umweltminister Norbert Röttgen in seiner Festrede. „Es ist ein großer Fortschritt, dass Umweltpolitik heute im Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit ein politisches Kernthema ist.“ Zum Jubiläum hat das BMU eine Broschüre und eine Internetchronik veröffentlicht. [bv]

- ▶ BMU, Stresemannstraße 128–130, 10117 Berlin-Mitte, Tel. +49 (0)30 / 18305-0, www.bmu.de
- ▶ 25 Jahre BMU: www.umweltchronik.de
- ▶ Broschüre: www.bmu.de/47453

VERKEHR & TOURISMUS

Straßennutzungsgebühr

Eurovignette etwas grüner

■ Die EU-Mitgliedstaaten können künftig von Speditionen die Kosten zurückverlangen, die durch Luftverschmutzung und Lärm von schweren Lastwagen entstehen. Das EU-Parlament stimmte im Juni der Wegekostenrichtlinie zu. Mit der sogenannten Eurovignette werde erstmals das Verursacherprinzip für den Güterschwerverkehr durchgesetzt, sagte der Berichterstatter des Parlaments Said El Khadraoui (sozialdemokratische Fraktion). Die Richtlinie sieht die zweckgebundene Verwendung der Mauteinnahmen vor. Diese sollen ausschließlich in Verkehrsprojekte fließen, 15 Prozent davon in das transeuropäische Verkehrsnetz TEN-V.

Die Umsetzung ist für die Mitgliedstaaten jedoch freiwillig und gilt nur für

Laster ab zwölf Tonnen Gesamtgewicht. In Verkehrsstoßzeiten kann die Gebühr um bis zu 175 Prozent teurer werden, um Staus zu vermeiden. Allerdings ist sie auf vier Cent pro Kilometer begrenzt. Elf EU-Länder erheben derzeit eine Maut, darunter Deutschland, Österreich, Frankreich, Spanien und Italien. In Deutschland beträgt die Maut pro Kilometer je nach Schadstoffklasse und Achsenanzahl zwischen 14 und 28,7 Cent.

Die Grünen im EU-Parlament lobten zwar, dass mit der Richtlinie zum ersten Mal externe Kosten in die Mautberechnung einbezogen werden. Gleichzeitig kritisierten sie die Regelung als zu schwach. Der Schwerverkehr komme nicht annähernd für die Kosten auf, die er in der Bevölkerung, der Umwelt und der europäischen Wirtschaft durch Unfälle, Lärm und Luftverschmutzung verursache, sagten die verkehrspolitischen Sprecher Eva Lichtenberger und Michael Cramer. Zudem werde der Schienenverkehr benachteiligt. Denn die Eisenbahn muss für jeden Kilometer, den sie fährt, auch zahlen – ohne finanzielle Deckelung.

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) bemängelte die Freiwilligkeit der Neuregelung. Dies sei angesichts der prognostizierten Zuwachsraten im Straßengüterverkehr unverständlich, sagte der VCD-Verkehrsexperte Michael Müller-Görnert. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/memo-eurovignette
- ▶ Gesamtpaket zu umweltfreundlicherem Verkehr: www.kurzlink.de/eu-green-transport
- ▶ www.michael-cramer.de
- ▶ www.vcd.org

Bahnverkehr

EU-Schienennetz schrumpft

■ Das Eisenbahnnetz der Europäischen Union ist in den vergangenen zehn Jahren um 2,2 Prozent geschrumpft. Das geht aus bisher unveröffentlichten Zahlen der EU-Kommission hervor, die die Allianz pro Schiene veröffentlichte. Im gleichen Zeitraum wuchs das europäische Autobahnnetz um 22 Prozent.

Im europäischen Vergleich steht Deutschland beim Netzabbau an dritter Stelle: Fast acht Prozent kürzer wurden die Bundes-schienenwege seit dem Jahr 2000. Nur Polen (minus zwölf Prozent) und Lettland (minus 19 Prozent) verringerten ihre Schieneninfrastruktur noch stärker als Deutschland.

Laut Allianz pro Schiene liegt die Verantwortung dafür bei der Bundesregierung, die für die Bundesschienenwege zuständig ist. Netzschumpfung sei immer eine politische Entscheidung, sagte der Geschäftsführer des Schienenbündnisses Dirk Flege. Die deutsche Politik setze einseitig auf Asphalt. So ist das deutsche Autobahnnetz zwischen 2000 und 2009 um 9,4 Prozent gewachsen. Es geht aber auch anders: Spanien (plus 8,5 Prozent), Italien (plus fünf Prozent) und Belgien (plus drei Prozent) erweiterten ihre Eisenbahntrassen. [mbu]

- ▶ Allianz pro Schiene, Dirk Flege, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2462599-40, www.allianz-pro-schiene.de

WASSER & MEERE

Müll im Meer

Fischer als Müllmänner

■ Der Naturschutzbund NABU hat im Mai ein Pilotprojekt gestartet, um Fischer beim „Müllfischen“ zu unterstützen. Dazu bekommen die Fischer große Säcke, in denen sie den Müll, der sich in großen Mengen in ihren Netzen verfängt, sammeln können. Außerdem werden in den Häfen von Fehmarn und Heiligenhafen in Zusammenarbeit mit dem Grünen Punkt Container aufgestellt, in denen der Müll entsorgt werden soll. Solche Projekte gibt es europaweit erst in drei Ländern, die Idee stammt aus den Niederlanden. Im Ostseeraum ist dies das erste Projekt. [am]

- ▶ NABU, Meeresexperte Dr. Kim Detloff, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 294984-1626, E-Mail: kim.detloff@nabu.de, www.nabu.de/plastikmuell

Ölförderung in der Arktis**Proteste gegen Testbohrung**

■ Im arktischen Ozean vor Grönland werden seit Anfang Juni Testbohrungen nach Öl durchgeführt. Dagegen protestierten in der ersten Juniwoche AktivistInnen der Umweltschutzorganisation Greenpeace mit direkten Aktionen. Sie forderten die Ölbohrfirma Cairn Energy auf, den Notfallplan für den Fall eines Ölaustritts vorzulegen, was diese verweigerte. Die Firma sei aufgrund der kalten Wassertemperaturen und der Abgeschiedenheit des Ortes nicht in der Lage, eine Ölkatastrophe in der Größenordnung des Unglücks im Golf von Mexiko unter Kontrolle zu bekommen, sagte ein Sprecher der Greenpeace-AktivistInnen. Die Firma verklagte die AktivistInnen vor einem niederländischen Gericht. Das Gericht drohte Mitte Juni Geldstrafen gegen Greenpeace an, sollten sich AktivistInnen der Ölplattform erneut nähern. Allerdings fielen diese niedriger als gefordert aus. Greenpeace vertrete mit der Forderung, den Notfallplan vorzulegen, ein legitimes öffentliches Interesse, so die Begründung. [am]

► www.kurzlink.de/gp-oil-arct-0611

Meeresschutzpolitik**Forscher geben Ratschläge**

■ Ende Mai sind die Ergebnisse eines transatlantischen Forschungsprojekts zu integrierter Meeresschutzpolitik beim Europäischen Maritimen Tag im polnischen Gdańsk (Danzig) vorgestellt worden. Das Projekt des umweltpolitischen Thinktanks Ecologic untersuchte Möglichkeiten zur Kooperation zwischen EU und USA in der Meerespolitik und präsentierte Empfehlungen in vier Schwerpunktberichten zu den Themen Hochsee, Klimawandel und Ozeane, Instrumente zur integrierten Meerespolitik sowie transatlantische Kooperationen. Für jeden der Teilberichte formulierten die AutorInnen eine zentrale Empfehlung. So sollten die EU und die USA zusätzlich zu den technischen An-

passungsstrategien ökosystemorientierte Anpassungsstrategien an den Klimawandel sowie Ansätze, die es der Natur erlauben sich dem Wandel anzupassen, fördern und unterstützen. Die EU und die USA sollten sich zudem für den Schutz von marinen Ökosystemen einsetzen, beispielsweise durch die Einrichtung von Meeresschutzgebieten auf hoher See. In Bezug auf Instrumente sollten die EU und die USA den Austausch von „best practices“ für das integrierte Management fördern. Außerdem sollten sie die Erhebung wissenschaftlicher Daten koordinieren und diese gemeinsam nutzen. [am]

► www.calamar-dialogue.org/documents

Natura 2000**Ökosystemgerechtes Fischen**

■ Die Umweltstiftung WWF hat ein Papier mit Anforderungen an ein ökosystemgerechtes Fischereimanagement in den Natura-2000-Gebieten in der Ausschließlichen Wirtschaftszone der Nord- und Ostsee vorgelegt. In dem Report fordern die Autoren, mindestens die Hälfte der Fläche jedes Schutzgebiets für die direkte Ressourcenentnahme und möglichst auch indirekte Einwirkungen zu schließen. Außerdem sollten die Fischereitechniken in den nicht von der Schließung betroffenen Teilen der Schutzgebiete langfristig auf ökologisch nachhaltigere Verfahren umgestellt und einige beifangintensive Fischereimethoden saisonal und örtlich begrenzt werden.

Das Papier behandelt die deutschen Natura-2000-Gebiete in Nord- und Ostsee und analysiert Empfehlungen des Internationalen Rates für Meeresforschung für fischereiliche Maßnahmen, die das Erreichen der gebietsspezifischen Schutzziele ermöglichen sollen. Die Empfehlungen werden anhand der verfügbaren Informationen über die Schutzgebiete darauf untersucht, ob sie für die Schutzziele ausreichen. Daraus leitet der Report eigene Empfehlungen ab. [am]

► www.kurzlink.de/wwf-schutz-schutzgeb

Ostsee**Feuchtgebiete als „Nieren“**

■ Feuchtgebiete spielen eine wichtige Rolle als „Nieren“ im Wasserkreislauf und damit für die Nährstoffreduzierung in der stark von Eutrophierung betroffenen Ostsee. Zu diesem Schluss ist eine Konferenz des Umweltnetzwerks Grüne Liga Ende Mai in Greifswald gekommen. So sei es wichtig, Moore wieder zu vernässen, noch intakte Feuchtgebiete zu schützen und degradierte Gebiete zu renaturieren. Dabei müsse der Erhalt bestehender Feuchtgebiete Priorität haben. Auf der Konferenz wurde betont, dass der Schutz von Feuchtgebieten den Nährstoffgehalt der Ostsee kosteneffizienter verringert als beispielsweise Investitionen in die städtische Abwasserklärung.

Die ExpertInnen forderten zudem, Feuchtgebiete in die nächsten Flussgebietsbewirtschaftungspläne der EU-Wasserrahmenrichtlinie einzubeziehen. Nur Feuchtgebiete des Natura-2000-Netzwerks zu berücksichtigen werde dem Potenzial der Feuchtgebiete für die Nährstoffzurückhaltung nicht gerecht. [am]

► Grüne Liga, Wasserexperte Michael Bender, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 40393530, E-Mail: wasser@grueliga.de, www.wrrl-info.de

Binnenwasserstraßen**Kommission will anleiten**

■ Die Europäische Kommission entwickelt Leitlinien, um Konflikte zwischen Binnenwasserstraßenprojekten und Naturschutzgesetzen wie der Vogelschutzrichtlinie zu vermeiden. Der zweite Entwurf wurde Anfang Juni veröffentlicht. Laut dem Leitfaden ist Binnenschifffahrt eine relativ energieeffiziente und wenig verschmutzende Verkehrsform. Eine ökosystemfreundlichere Infrastruktur könne positive Effekte auf degradierte Flüsse haben. Das gelte aber nicht für intakte Flüsse, wo solche Projekte schädlich sein könnten. [st]

► www.kurzlink.de/river-wg-guidel-prop

Grundwasser**Verseucht durch Fracking?**

■ In Nordrhein-Westfalen befürchten Umweltgruppen und Bürgerinitiativen, dass durch die Suche und die Förderung von unkonventionellem Gas das Grundwasser verseucht wird. Das Thema beschäftigte im Mai auch den Landtag.

Energiekonzerne suchen in dem Bundesland nach Schiefergas, dessen Förderung jetzt durch steigende Energiepreise rentabel wird. Dabei wird das Gas mithilfe eines Gemischs aus Chemikalien, Wasser und Sand, das unter hohem Druck in den Boden gepumpt wird, aus dem Schiefergestein herausgesprengt. Die Methode wird als Fracking bezeichnet. Der BUND NRW fordert, Fracking nicht anzuwenden, solange es keine gesicherten Erkenntnisse über die Risiken und Folgen der Methode gibt. Grund- und Trinkwasserschutz müssten uneingeschränkt Vorrang haben. Statt weitere Erdgasvorkommen anzuzapfen, müssten zunächst Energieeffizienzmaßnahmen durchgesetzt werden.

In den USA, wo die Technik schon länger angewandt wird, treten laut BUND zahlreiche Störfälle auf. Deshalb sei es nicht hinzunehmen, dass Erkundungsbohrungen in NRW ohne Umweltverträglichkeitsprüfung und Bürgerbeteiligung erlaubt seien. [am]

► www.kurzlink.de/bund-nrw-fracking611

Trinkwasser**Neue Verordnung in Kraft**

■ Die Novelle der deutschen Trinkwasserverordnung ist Mitte Mai in Kraft getreten. Sie löst die Verordnung von 2001 ab. Die Änderungen gelten ab 1. November. Die Novelle führt einen Grenzwert für Uran ein und verschärft den Grenzwert für Cadmium. Die Trinkwasserverordnung setzte 2001 die EU-Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (98/83/EG) um. [am]

► www.kurzlink.de/trinkwasservo-nov-11 (Nr. 21)

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Wirtschaftsdaten**Ökosozialprodukt statt BIP**

■ Das EU-Parlament hat Anfang Juni einem Verordnungsvorschlag über „Umweltökonomische Gesamtrechnungen“ zugestimmt, der das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Instrument zur Messung der Wirtschaftsleistung eines Landes ergänzen soll. Künftig soll auch der wirtschaftliche, soziale und ökologische Fortschritt gemessen werden. Die EU-Kommission soll dafür geeignete Indikatoren entwickeln.

Der Entwurf sieht jährliche Umweltbilanzen vor. Dies sei ein wichtiger Schritt zu einem Ökosozialprodukt und einem neuen Wohlfahrtsindex, sagte der Vorsitzende des Umweltausschusses und Berichterstatter Jo Leinen.

Ab 2012 umfasst die Berichterstattung der Mitgliedstaaten an das EU-Statistikamt Eurostat auch Luftemissionen, Materialflüsse und erhobene Umweltsteuern. Später könnten weitere Daten, etwa zu Wassernutzung und Waldressourcen, hinzukommen.

Die EU-Abgeordneten verabschiedeten in der gleichen Woche auch eine Resolution mit dem Titel „Das BIP und mehr“. Sie unterstützen darin Vorschläge der Kommission von 2009, das BIP mit sozialen und Umweltindikatoren zu ergänzen. Zudem verlangen sie konkrete Vorschläge für Indikatoren, die von Eurostat überwacht werden können. Bis 2012 soll dazu ein Bericht der Kommission vorliegen.

Unterdessen haben in Schleswig-Holstein die Grünen den Wohlstand des Landes bereits neu berechnen lassen. Mit dem „Grünen Bruttoinlandsprodukt“, das auch Umweltzustand, Lebensqualität und soziale Gerechtigkeit berücksichtigt, steht das Bundesland deutlich besser da als am BIP gemessen. Wachstum und Wohlstand seien nicht dasselbe, sagte der Kieler Grünen-Fraktionschef Robert Habeck. [mbu, sg]

► www.kurzlink.de/bip-eu-0611

► www.kurzlink.de/jo-leinen-07-06-2011

► www.kurzlink.de/gruenes-bip-sh

EU-Bergbaufinanzierung**Abgeordnete für Moratorium**

■ Aus Anlass des Börsengangs des schweizerischen Rohstoffhändlers Glencore Ende Mai haben 50 Mitglieder des Europaparlaments von der EU-Ratspräsidentschaft und der EU-Kommission ein Moratorium bei öffentlicher EU-Finanzierung für Bergbauprojekte gefordert. Zunächst müssten ausreichende Standards und Regeln für die Bergbaufinanzierung eingeführt werden, verlangten die Abgeordneten von Sozialdemokraten, Grünen, Linken und Liberalen.

„Der entwicklungspolitische Nutzen von Bergbauprojekten ist sehr umstritten“, sagte der niederländische Sozialdemokrat Thijs Berman. Wegen Steuervergünstigungen, niedrigen Arbeitsstandards und Umweltschäden profitiere die Bevölkerung der Abbauländer nur selten davon. „Es sind eher die internationalen Bergbaukonzerne, die Gewinne machen, und ich sehe nicht, warum sie dafür öffentliche Gelder bekommen sollten“, sagte Berman.

Der Brief entstand nach dem Skandal um eine sambische Kupfermine, deren Hauptanteilseigner Glencore ist. Die Mine fährt mittels Steuertricks hohe Zusatzgewinne auf Kosten der öffentlichen Hand in Sambia ein. Sie erhielt 2005 einen Kredit über 48 Millionen Euro von der öffentlichen Europäischen Investitionsbank (EIB). Die EU will mit nun ihrer Rohstoffinitiative den Bergbau gerade mithilfe der EIB stärker fördern. [mb]

► Urgewald, Regine Richter, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284822-70, Fax -79, E-Mail: regine@urgewald.de, www.urgewald.de/?page=3-64-156&artid=372

Konsum und Umwelt**Exportierte Umweltschäden**

■ Eine Studie zu den Umweltbelastungen durch Konsum und Produktion in der Schweiz hat das Bundesamt für Umwelt in Bern Anfang Juni veröffentlicht. Ökologisch am meisten ins Gewicht fallen danach die Konsumbereiche Ernährung, Wohnen und Mobilität. Allerdings zeigte

sich, dass ein Großteil der Umweltbelastungen außerhalb der Landesgrenzen anfällt. Einzig der Bereich Mobilität verursacht mehr Umweltschäden innerhalb der Schweiz als im Ausland. Die Studie soll einen Beitrag zur Entwicklung einer „grüneren“ Wirtschaft liefern. Die Schweiz will ihr Bruttoinlandsprodukt mit sozialen und ökologischen Indikatoren ergänzen. [hmp]

► Studie: www.kurzlink.de/schweiz-konsum-2011

Ressourceneffizienz I

Rohstoffverbrauch soll auf ein Drittel sinken

■ Die Industrieländer müssen ihren Umgang mit Ressourcen radikal ändern, um einer weltweiten Krise bis 2050 zu entgehen. Das geht aus zwei wissenschaftlichen Berichten für die EU-Kommission und die UN-Umweltbehörde UNEP hervor, die Ende Mai in Brüssel vorgelegt wurden. Erarbeitet wurden die Studien vom UNEP-Ausschuss für Ressourcenbewirtschaftung (International Resource Panel).

Der erste Bericht befasst sich mit Metallrecycling. Danach wird ein Großteil der Metalle, darunter wichtige Hightech-Metalle, nach Gebrauch zu 99 Prozent weggeworfen statt recycelt. Nur bei 18 Metallen liege die Recyclingquote über 50 Prozent, schreiben die Autoren. Spezialmetalle und Seltene Erden für Hightech-Anwendungen könnten bald fehlen, wenn diese Praxis nicht radikal geändert werde. Dazu müssten die Recyclingquoten durch bessere Sammel- und Recyclingsysteme stark erhöht werden, vor allem in den Entwicklungsländern. Das schaffe aber gleichzeitig umweltfreundliche Arbeitsplätze und spare in großem Umfang CO₂-Emissionen ein. Metalle zu recyceln sei zwei- bis zehnmal energiesparender als Roherze zu schmelzen, so die Studie.

Der zweite Bericht untermauert die Notwendigkeit einer drastischen Entkopplung des Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum: Bei einer Business-as-usual-Entwicklung werde sich der Ver-

brauch von Mineralien, Erzen, fossilen Brennstoffen und Biomasse bis 2050 verdreifachen. Das sei unhaltbar, könne aber durch eine höhere Ressourceneffizienz aufgefangen werden. In der Studie werden dazu drei Szenarien vorgestellt. Das weitgehendste Szenario verlangt von den Industrieländern, ihren Ressourcenverbrauch um zwei Drittel zu reduzieren, während andere Länder ihn nicht erhöhen sollen. Insgesamt soll der weltweite Ressourcenverbrauch dauerhaft auf dem Niveau des Jahres 2000 bleiben.

Beide Studien sollen den „Fahrplan hin zu einem ressourceneffizienten Europa“ vorbereiten, den die Kommission nach Angaben von Umweltkommissar Janez Potočnik in Kürze vorlegen will. Nach Ansicht von Potočnik sind für die notwendige Umstellung bei der Ressourcennutzung „wichtige Entscheidungen in Bereichen wie Steuerreform und die Beseitigung ineffizienter Subventionen erforderlich“. Darüber müsse jetzt ein „wirksamer Dialog“ mit den Mitgliedstaaten stattfinden.

UNEP-Chef Achim Steiner sagte, Europa spiele eine Schlüsselrolle bei den Anstrengungen, das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch abzukoppeln und einen weltweit fairen Zugang aller Menschen zu den Ressourcen zu gewährleisten. [mb]

- Bericht 1: www.kurzlink.de/recycling-metals
- Bericht 2: www.kurzlink.de/decoupling-report
- Resource Panel: www.unep.org/resourcepanel

Ressourceneffizienz II

Öko-Innovation für Europa

■ Der erste Jahresbericht des neuen europäischen Eco-Innovation Observatory (EIO) ist Mitte Juni erschienen. Der Bericht befasst sich mit „Wegen zu einem ressourceneffizienten Europa“. Er bezieht sich auf die Ressourceneffizienzdebatte, vor allem die EU-Flaggschiffinitiative „Ressourceneffizientes Europa“ aus der EU-2020-Strategie. Der Report will eine Debatte über die Vorteile von Öko-Innovation für Unternehmen, Branchen und Volkswirt-

schaften in Gang setzen. Der Jahresbericht konzentriert sich auf materielle Ressourcen wie fossile Treibstoffe, Mineralien, Metalle und Biomasse, weil die AutorInnen hier die größten Probleme für Umwelt, Wirtschaft und Verbraucher sehen. [mb]

► www.kurzlink.de/eio-report-2010

Ressourceneffizienz III

Ungeliebter Reboundeffekt

■ Die Einspareffekte bei einer Steigerung der Ressourceneffizienz gehen durch den sogenannten Reboundeffekt teilweise wieder verloren. Was bisher eine Vermutung war, hat ein Bericht für die EU-Kommission jetzt nachgewiesen.

Ein Reboundeffekt tritt zum Beispiel auf, wenn jemand ein sparsameres Auto kauft, aber das eingesparte Geld wieder ausgibt, um häufiger und weiter zu fahren. Schätzungen für den zu erwartenden Reboundeffekt bei Effizienzmaßnahmen im kommerziellen Straßentransport liegen zwischen 30 und 80 Prozent.

Obwohl der Reboundeffekt schwierig zu messen sei, so der Bericht, könne er nicht – wie von einigen behauptet – vernachlässigt werden. Bisher würden europäische Regierungen solche Reboundeffekte in ihrer Politik nicht berücksichtigen. Einzige Ausnahme sei die Energieeffizienzpolitik Großbritanniens.

Umweltorganisationen wie das Netzwerk CEE Web fordern, zur Vermeidung von Reboundeffekten beim Angebot statt bei der Nachfrage anzusetzen. Eine Deckelung beim Ressourcenverbrauch sei das einzige Mittel gegen Rebound. Laut den Autoren des EU-Berichts kann der unerwünschte Effekt auch vermieden werden, wenn die Preise durch fiskalische Instrumente auf gleichbleibendem Niveau gehalten werden. Dies sei allerdings unpopulär. [mb]

- Projektseiten: <http://rebound.eu-smr.eu>
- Inhalte: www.kurzlink.de/rebound-presentation
- CEE Web: www.kurzlink.de/ceeweb-rebound
- Neue Nachrichten zu diesem Thema: www.eu-koordination.de (EU-News)

THEMA

Ist jenseits des Wachstums noch Platz für Kapitalismus?

Beim Kongress „Jenseits des Wachstums“ diskutierten Gewerkschafter mit Feministinnen und Ökologen mit antikapitalistischen Linken. Dass endloses Wachstum unmöglich ist, war unter den TeilnehmerInnen Konsens, doch die Frage, ob es kapitalistische Marktwirtschaft ohne Wachstum geben kann, blieb umstritten. Das Hauptinteresse galt jedoch der Gestaltung einer Postwachstumsgesellschaft. Ein Bericht von Angelika Zahrnt.

■ 2.500 überwiegend junge Leute kamen vom 20. bis 22. Mai in die TU Berlin, um über Auswege aus dem Wachstumszwang zu diskutieren. Der Kongress „Jenseits des Wachstums?!“ war ein Projekt von Attac in Kooperation mit politischen Stiftungen (Heinrich-Böll-, Friedrich-Ebert-, Otto-Brenner- und Rosa-Luxemburg-Stiftung) und mit einer Vielzahl von Unterstützerinnen, Initiativen und Verbänden aus den Bereichen Entwicklung, Umwelt und Soziales. Bei den mehr als 100 Veranstaltungen über mögliche Wege jenseits des Wachstums wurde die Komplexität des Wachstumsthemas deutlich.

Vandana Shiva, die bekannte indische Umweltschützerin und Feministin, und Alberto Acosta, Ökonom und früherer Umweltminister Ecuadors, machten in ihren

Auftaktvorträgen deutlich, welche weltweiten zerstörerische Wirkungen der kapitalistische Wachstumskurs hat, berichteten aber auch von dem Bestreben, eigene Wege jenseits des Wachstums zu entwickeln. So erregte zum Beispiel Ecuador Aufsehen mit seinem neuen Verfassungsgrundsatz des „Buen vivir“ (Gutes Leben) sowie dem Vorschlag, Regenwald als Naturschutzgebiet auszuweisen, statt dort Erdöl zu fördern, und den Einnahmeverzicht teilweise über Entwicklungshilfe zu kompensieren.

In den Veranstaltungen wurde das Verhältnis von Wachstum und Kapitalismus durchaus unterschiedlich diskutiert. Wenn Kapitalismus immer Wachstum bedeutet, so die einen, müsse man vor allem ihn bekämpfen, müsse Wachstumskritik immer Kapitalismuskritik sein. Dagegen wandten andere ein, dass die Abschaffung des Kapitalismus kurzfristig kaum erreichbar sei und es deshalb gelte, ihn durch Regulierung in Grenzen zu halten. Zudem gebe es durchaus unterschiedliche Formen des Kapitalismus und dieser sei auch nicht allein verantwortlich für das Wachstum – es sei nötig, auch die „mentalen Infrastrukturen“, die auf Wachstum ausgerichtet seien, zu ändern. Auch der „Abschied von imperialen Lebensweisen“ sei ein antikapitalistisches Konzept. Ohne grundsätzliche Auseinandersetzungen mit dem Wachstum könnten auch solidarische Ökonomien – zum Beispiel Genossenschaften – auf Wachstum setzen. Die „Kapitalismusfrage“, die in früheren Jahren oft beherrschend, spaltend und blockierend war, hatte auf dem Kongress zwar ihren Stellenwert, aber es gelang den TeilnehmerInnen, auch ohne abschließende Klärung respektvoll und pragmatisch weiter zu diskutieren.

In der Debatte, ob die Antwort auf die Wachstumsfrage in einem grünen, selektiven, qualitativen Wachstum bestehen könne, gab es augenscheinlich mehr

Skepsis als Zustimmung für diesen Weg. Es schien die mehrheitliche Überzeugung zu sein, dass es ein endloses Wirtschaftswachstum auf einem endlichen Planeten – bei allen Bemühungen und auch Erfolgen von Entkopplungsstrategien – nicht geben kann. Deshalb galt das Interesse vor allem der Frage, wie eine Postwachstumsgesellschaft aussehen könnte und wie die Transformation gelingen kann.

Der Kongress war dabei mehr als nur eine Reflexionsplattform. Deutlich war der Wunsch der TeilnehmerInnen nach Veränderung, nach Handlungsmöglichkeiten, individuell oder in neuen Initiativen, mit neuen Kommunikations- und Organisationsformen. Auf dem Abschlusspodium gab es Übereinstimmung, dass der Kongress – trotz eines phasenweisen Wir-Gefühls – nicht der Startpunkt für eine neue Bewegung war, sondern die Aufforderung an die Einzelnen und Organisationen, die Wachstumsdebatte weiter zu führen – mit Wachstumskritik, Entwürfen für eine Postwachstumsgesellschaft und Vorschlägen für eine Transformation, wobei der Verbindung von ökologischen und sozialen Aspekten besondere Bedeutung zukommt.

„Jenseits des Wachstums!“ hat gezeigt, wie groß die gesellschaftliche Relevanz der Wachstumskritik ist. Dass die Wachstumsdebatte, wie schon mehrmals in den vergangenen 40 Jahren, wieder verschwindet und politisch folgenlos bleibt, werden die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Krisen diesmal verhindern.

Die Umweltökonomin Dr. Angelika Zahrnt ist Ehrenvorsitzende des BUND und Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung.

- ▶ Kongress: www.jenseits-des-wachstums.de
- ▶ Dr. Angelika Zahrnt, Neckargemünd, Tel. +49 (0)6223 / 72226, Fax 9282535, E-Mail: angelika.zahrnt@bund.net, www.postwachstum.de

„Neudefinition von Werten“

„Die Herausforderung besteht darin, menschliche Arbeit nicht einfach zur Produktionssteigerung zu nutzen, sondern sie für ein besseres Leben einzusetzen. Eine auf wirklicher Gerechtigkeit beruhende Arbeitszeitverkürzung und -verteilung muss in die Wege geleitet werden sowie eine gemeinsame Neudefinition von Werten und existenziellen Bedürfnissen des Menschen erfolgen. Das ganze Leben muss gegen die anthropozentrisch ausgerichtete Organisation der Produktion verteidigt werden. Sie ist der Auslöser für die Zerstörung des Planeten durch Ausbeutung der Umwelt. Daraus folgt, dass weder der Markt noch der Staat allein eine Lösung bieten können.“

[Alberto Acosta]

- ▶ Auftaktvorträge: Kongressdokumentation, www.kurzlink.de/jenseitsdeswachstums

DNR INTERN

Deutscher Naturschutzpreis

250.000 Euro für Originelles im Waldschutz

■ Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und der Outdoor-Ausrüster Jack Wolfskin haben 250.000 Euro für die Umsetzung origineller Projektideen zu Naturschutz, Naturbildung und Naturerlebnis ausgelobt. Einzelne Projektideen werden mit maximal 150.000 Euro gefördert, aber auch kleinere Projekte zum Beispiel zum Naturbewusstsein oder herausragendes persönliches Engagement ehrenamtlicher Naturschützer können gefördert werden.

Die Bewerbung erfolgt zweistufig. Zunächst sollen die BewerberInnen bis zum 22. August eine Ideenskizze einreichen. Wenn das BfN diese für die zweite Runde auswählt, muss das vollständige Konzept bis zum 19. September bei den Veranstaltern eingehen. Wer früher einreicht, hat mehr Zeit für die Ausarbeitung. [jg]

► www.deutscher-naturschutzpreis.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Mittelständische Unternehmen

Wirtschaftsrat gegründet

■ Auf Initiative der Deutschen Umweltstiftung haben nachhaltige mittelständische Unternehmen im Juni in Berlin einen Wirtschaftsrat der Stiftung konstituiert. Ein Senat wurde als Lenkungsgremium des Wirtschaftsrates geschaffen, um „die Wende zu einer nachhaltigen Wirtschaft gemeinsam mit der Zivilgesellschaft zu realisieren“. Unter den insgesamt sieben Senats-Unternehmen sind die Ethikbank und die ForestFinance-Gruppe. [sg]

► www.kurzlink.de/dt-umweltstiftung

Energiedebatte

Umweltverbände bei EnBW

■ Vertreter der Naturschutzverbände haben sich Mitte Juni in Karlsruhe mit dem Vorstandsvorsitzenden der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Hans-Peter Villis, zu einem Meinungsaustausch getroffen. Michael Müller, Präsidiumsmitglied des Deutschen Naturschutzrings (DNR), der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger, Nikolaus Geiler vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und weitere Verbandsvertreter wollten die Chancen für eine neue Unternehmenspolitik bei EnBW im Sinne der Energiewende ausloten.

Vorstandschef Villis kündigte eine „neue Epoche“ bei EnBW an, für die er die Zusammenarbeit auch mit den Umwelt- und Naturschutzverbänden suche. Die Verbändevertreter machten deutlich, dass es dafür auf das Verhalten von EnBW in der Praxis ankomme, etwa ob das Unternehmen gegen den Atomausstieg klagen werde oder nicht. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Debatte über ein zentralisiertes oder dezentrales Energiesystem. Dabei sehen die Umweltverbände allerdings bereits begrifflichen Klärungsbedarf. Was unter einem dezentralen System zu verstehen sei, so Michael Müller vom DNR, müsse ebenso präzisiert werden wie der Begriff der Effizienztechnologien. Die Verbände sprachen bei Villis vor allem Fragen von Kraft-Wärme-Kopplung, Wärmeinseln und Leitungssystemen an, wobei sie erhebliche Meinungsunterschiede feststellten. Auch deshalb habe der Atomausstieg noch lange keine Klarheit über ein neues Energiesystem gebracht, sagte Müller, der außerdem für den DNR-Vorschlag einer 2.000-Watt-Gesellschaft warb.

Die Umweltverbände erklärten, dass eine direkte Kooperation mit EnBW für sie nicht infrage komme, sie wollen aber über ein Informationsgremium nachdenken, in dem EnBW allerdings keine Mehrheit haben dürfe. Villis zeigte sich dafür prinzipiell offen. Beide Seiten wollen nun Themenvorschläge machen. [mb]

► DNR, Michael Müller, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Weltweiter Klima-Aktionstag

Am 24. September ist es wieder so weit: Der weltweite Klima-Aktionstag findet statt. Vor dem Hintergrund der dramatischen Nachrichten, dass das Klima kaum noch zu retten ist, ist es in diesem Jahr umso wichtiger, mit vielen klimafreundlichen Aktionen das Ende des fossilen Zeitalters zu fordern. Nachdem die weltweiten CO₂-Emissionen im Krisenjahr 2009 kaum gefallen sind, stiegen sie 2010 umso stärker. Der Chefökonom der Internationalen Energieagentur Fatih Birol sagte, die Hoffnung, die Klimaerwärmung auf zwei Grad begrenzen zu können, sei nur noch „eine nette Utopie“.

Trotzdem gibt es überall auf der Welt Projekte, die Mut machen und zur CO₂-Reduktion beitragen oder eine engagierte Klimapolitik einfordern. In Johannesburg (Südafrika) ist eine Großdemonstration von einem Bündnis aus Jugendorganisationen und Gewerkschaften gegen Kohlekraft geplant. In Wellington (Neuseeland) wollen Tausende zum Hafen kommen, um eine Deklaration an die Politiker zu übergeben – sie fahren Skateboard, Fahrrad, Boot oder schwimmen.

Die Aktionen in Deutschland werden von der Klima-Allianz koordiniert. Sie ist das breite gesellschaftliche Bündnis von über 110 Organisationen aus Umwelt, Entwicklung, Kirche, Jugend, Tiererschutz, Verbraucherschutz und Gewerkschaften, das sich seit 2007 für konsequenten Klimaschutz einsetzt. Alle Ideen und geplanten Aktionen sind auf www.klima-bewegen.de zu finden. Auf einer Deutschlandkarte ist dort auf einen Blick zu sehen, welche Aktivitäten wo stattfinden.

Ein Aktionsvorschlag: Ihr malt mit Kreide Pfeile auf die Straße, die in Richtung Süden (Durban, UN-Klimagipfel) zeigen. In die Pfeile schreibt ihr eure Forderungen an die UN-Konferenz in Südafrika. Macht ihr das mit einer Schablone und Hochdruckreinigern, wirkt es länger! Macht ein Foto davon und stellt es auf die Webseite.

[Katharina Reuter]

► www.klima-bewegen.de
 ► Klima-Allianz, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-72, Fax -80, E-Mail: info@klima-allianz.de,

EHRENAMT

Freiwilligenoffensive

Woche des bürgerschaftlichen Engagements im September

■ Vom 16. bis 25. September veranstaltet das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) die diesjährige Woche des bürgerschaftlichen Engagements. Seit sieben Jahren ist die Aktionswoche die größte bundesweite Freiwilligenoffensive, die die Arbeit der bundesweit mehreren Millionen Engagierten würdigt.

Projekte und Initiativen sind aufgerufen, sich mit ihren Aktionen auf der Kampagnenwebseite anmelden. Die Kampagne ermöglicht auch eigene inhaltliche Schwerpunktsetzungen. Die bundesweite Woche bietet Beteiligungsmöglichkeiten für Partner und Raum für Bündnisse zum Nutzen aller Mitwirkenden. Für 2011 werden außerdem vier spezielle Thementage vorbereitet: Inklusion, Bürgerstiftungen, Europa und Unternehmensengagement. Zu den Thementagen sind öffentliche Veranstaltungen mit Partnerorganisationen geplant. [mb]

► www.engagement-macht-stark.de

Freiwilligenmanagement

Verein ohne Vorstand?

■ Viele Vereine haben zunehmend Schwierigkeiten bei der Besetzung ehrenamtlicher Leitungspositionen. Das berichtet die Stiftung Mitarbeit in der Maiausgabe ihres „Wegweisers Bürgergesellschaft“. Der Frage widmeten sich bereits eine Reihe von Studien und Untersuchungen, unter anderem von André Christian Wolf, Politikwissenschaftler an der Universität Münster. Die Bandbreite der Probleme reiche von kurzfristigen Engpässen bei vorzeitigem Ausscheiden eines Vorstandes bis hin zu dauerhaften Besetzungsproblemen, die die Handlungsfähigkeit des Vereins mitunter über Jahre beeinträchtigen könnten. Jeder Verein müsse die Suche nach neuen Vorstandsmitgliedern zu einer dauerhaften Aufgabe machen, schlussfolgert Wolf. Vereine sollten Vorstandsbildung und -entwicklung als Teil einer dringend notwendigen Qualitätsoffensive für freiwilliges Engagement in die Hand nehmen. Dazu zählten das Festlegen der fachlichen Anforderungen an Vorstandsmitglieder und die Einführung in die Vorstandsarbeit. [mb]

► Wolf, A. C.: Auf der Suche nach den „Häuptlingen“. Probleme bei der Besetzung ehrenamtlicher Vorstandsposten. In: Wegweiser Bürgergesellschaft 09/2011. www.kurzlink.de/wolf.pdf

Steuervereinfachungsgesetz

Reformbedarf

■ Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) hat im Mai eine Stellungnahme zum Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes 2011 der Bundesregierung veröffentlicht. Danach besteht Reformbedarf vor allem in der Umsatzbesteuerung, etwa bei Freiwilligendiensten oder Kostenumlagen für Vereinsmitglieder. Auch einige geplante Regelungen im Spendenrecht behinderten bürgerschaftliches Engagement. [mb]

► www.kurzlink.de/bagfw-stellungn.pdf

Europäischer Austausch

Kongressdokumentation

■ Im Mai fand in der estnischen Hauptstadt Tallinn ein europäisches Symposium zu Entwicklungstendenzen der Freiwilligentätigkeit statt. Im Mittelpunkt der Workshops standen auch zentrale strittige Fragen, etwa über Nutzen und Nachteil von Freiwilligenpreisen. Die Vorträge sind jetzt zugänglich, ein Gesamtbericht erscheint im Verlauf des Jahres. [mb]

► www.kurzlink.de/volunteering-tallinn

Nachhaltigkeit

A-Z



Eva Lang, Theresa Wintergerst
Am Puls des langen Lebens
 Soziale Innovationen für die alternde Gesellschaft



L wie Langes Leben

Ein gutes langes Leben – wer wünscht sich das nicht? Um dieses Ziel zu erreichen, muss neben Staat und Wirtschaft auch die Zivilgesellschaft aktiv werden. Vom Dorf, das den »Generationenvertrag« lokal umsetzt bis zum Talente-Tauschring: Die Vielfalt des menschlichen Gebens und Nehmens lässt sich kreativ organisieren. Mit vielen Beispielen aus der Praxis ist dieses Buch ein Ideenpool zur Gestaltung der alternden Gesellschaft.

E. Lang, T. Wintergerst
Am Puls des langen Lebens
 Soziale Innovationen für die alternde Gesellschaft

178 Seiten, 24,90 EUR,
 ISBN 978-3-86581-223-0

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



REZENSIONEN

Ökologie und Wirtschaft verbinden

Auf zwei Jahrzehnte Geschichte blickt der Verein Ökologisch Wirtschaften! von der Nordseeinsel Pellworm zurück. In einem Interviewband ziehen Gründer, Mitglieder, Förderer und Kritiker jetzt Bilanz. 29 Gespräche über Aufbruch und Zweifel, Erfolg und Scheitern.



■ Im Jahr 1990, lange bevor Schlagworte wie bio, Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien zum Standardvokabular von Politikerreden und Konzernbroschüren wurden, fanden sich

einige Bewohner der Nordseeinsel Pellworm zusammen, um den Verein Ökologisch Wirtschaften! zu gründen. Sie hatten sich viel vorgenommen. In den ökologischen Landbau wollten sie einsteigen, Höfläden und eine Erzeugergemeinschaft gründen, die Insel auf erneuerbare Energien umstellen, Bildungs- und Informationsveranstaltungen anbieten und sanften Tourismus einführen. Im Kern sollte das Vorhaben zeigen, dass sich Ökologie und Wirtschaft miteinander verbinden lassen. Gelingen sollte dies auf einer Insel, auf der die Bevölkerung überaltert war, viele Gästebetten außerhalb der Sommersaison leer blieben, kaum geschlossene Wirtschaftskreisläufe existierten und die Zahl der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe drastisch sank. „Wir waren selbstbewusst, optimistisch und doch nicht so ganz sicher, ob es wirklich klappen wird“, beschreibt Hannes Lorenzen, einer der Mitbegründer des Vereins, heute den damaligen Gründergeist.

Heute, das ist nach 20 Jahren. Der Verein nahm das Jubiläum zum Anlass, um über Erfolge und Misserfolge nachzudenken, über große Pläne und noch größere Visionen und darüber, was aus ihnen geworden ist. So entstand ein Buch, das auf 96 Seiten nicht nur einige „historische“ Zeitungsartikel, Fotos und Gesichter, die ersten Flyer und eine Zeittafel versammelt, sondern vor allem Interviews. In 29 Gesprächen befragt der Verein sich in Form seiner Gründer

und Mitglieder selbst, erkundigt sich aber auch bei externen Kritikern und Förderern nach seiner Bilanz. Es entsteht ein sehr facettenreiches Bild, das Widersprüche nicht glättet und Kritik neben Lob stehen lässt. Um die Aussagen einordnen und die Geschichte des Vereins erfassen zu können, muss man sich allerdings durch eine trockene Zeitleiste quälen. Eine leserfreundliche Gesamtdarstellung der Entwicklung wäre hier hilfreich gewesen.

Interviews sind eine gute Form, um die Menschen hinter den Veränderungsprozessen kennenzulernen. Und es gibt sehr faszinierende Menschen auf Pellworm. Wenn das Buch allerdings zum Ziel hat, ähnlichen Initiativen seinen Erfahrungsschatz zur Verfügung zu stellen, müsste es außerdem eine saubere Analyse der Erfolge und Misserfolge bieten: Was wurde erreicht, gegen welche Widerstände wurde es durchgesetzt und wie? Wie zum Beispiel ist es den Pellwormern gelungen, ein Hybridkraftwerk auf der Insel zu installieren? Eine zentrale Frage ist aber auch, welche Projekte gescheitert sind und woran. Warum finden sich zum Beispiel in den Supermärkten so wenige regionale Produkte, obwohl es ein erklärtes Ziel des Vereins war, die regionale Vermarktung zu stärken?

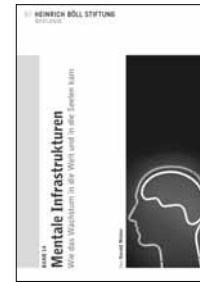
Um zu erahnen, wie vielschichtig der Prozess hin zu einer ökologischeren Gesellschaft ist und vor allem was für Menschen es hierfür braucht, bietet Pellworm jedoch ein gutes Beispiel. „Wir haben aus Pellworm keine Vorzeiginsel gemacht“, heißt es im Vorwort des Buches über den schwierigen Veränderungsprozess. „Aber wir haben gewagt zu träumen.“

[Eva Mahnke]

► Lorenzen, H. u. a.: Pellworm. „Ökologisch Wirtschaften!“ Eine Zwischenbilanz. Erfahrungen einer Inselgemeinschaft aus zwei Jahrzehnten. Ökologisch Wirtschaften! e.V., Pellworm 2011, 96 S., 7,- €. www.oeko-verein-pellworm.de

Warum muss alles wachsen?

Wie das Wachstumsdenken sich gegen den gesunden Menschenverstand durchsetzte, versucht Harald Welzer in dem Essay „Mentale Infrastrukturen“ zu erklären.



■ „Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam“ – dieser Frage geht der Essener Sozialpsychologe Harald Welzer nach. Dass heute kaum ein Wissenschaftler, Politiker oder Un-

ternehmer ernsthaft bereit sei, über eine Welt ohne Wirtschaftswachstum nachzudenken, liegt für Welzer nicht allein in den politischen Strukturen und den Gesetzen des Kapitalismus begründet. Zwar verlange die Verfassung unserer Wirtschaft wie auch die unseres Sozialstaats fortlaufend nach Wachstum. Welzers Ausgangsthese lautet aber, dass das Wachstumsdenken vor allem deshalb so großen Einfluss hat, weil es tief und fest in den mentalen Strukturen des modernen Menschen eingeschrieben sei.

Interessant ist, wie Welzer den Weg nachzeichnet, über den sich der Wachstumsgedanke in historisch kurzer Zeit in unseren Köpfen festsetzte. Dabei bekommt man beim Lesen den Eindruck, Welzer trauere den Zuständen der Vormoderne durchaus ein wenig nach. Vor der Industrialisierung habe Wachstum schon deshalb keine große Rolle spielen können, weil Wachstum eine Vorstellung von der Zukunft benötige – die es aber bis ins 17. Jahrhundert hinein im Alltag der Menschen gar nicht gegeben habe. Zukunft, das war die Rückkehr Christi. Das irdische Leben war statisch. Es galt das Prinzip, „dass es weniger an den Ambitionen und Leistungen der Einzelnen liegt, wo sie ihren gesellschaftlichen Platz einnehmen; dieser Platz hängt ganz einfach davon ab, in welche Situation und gesellschaftliche Lage sie hineingebohren wurden“.

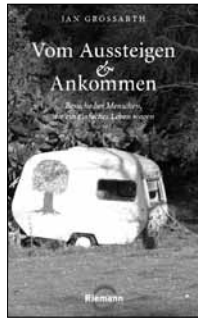
Treffend sind Welzers Bilder, die im Gegensatz dazu für die auf stetiges Wachstum

ausgerichtete heutige Welt stehen: „Laptop-Männer, die alle Züge, Flugzeuge und Warte-Lounges dieser Welt bevölkern: Alle werden niemals fertig.“ Nachvollziehbar ist die Kritik an einer Konsumgesellschaft, in der gar nicht mehr alles konsumiert werden kann, was gekauft wird. Verwunderlich ist aber, wie wenig die unterschiedlichen sozialen Ausgangsbedingungen der Menschen bedacht werden. So ist es laut Welzer nicht nur ein Problem, dass Sinn zunehmend über Konsum realisiert wird. Auch das Streben nach sozialem Aufstieg ist für ihn problematisch – als gäbe es keine legitimen Ansprüche, zumal derer am unteren Ende der Gesellschaft, ihre Lebensumstände – auch materiell – durch sozialen Aufstieg zu verbessern. Zumindest kann man Welzers Text so lesen, als seien heute, da sich die Bedingungen für Wachstum dramatisch verändert haben – Ressourcen werden knapp und ein wachsender Anteil der Bevölkerung erhebt Anspruch auf die knappen Güter –, solche Ansprüche nicht mehr legitim. Wachstum bedeute Raubbau an der Zukunft.

Richtig ist Welzers Diagnose, dass der notwendige „Totalumbau“ zur „postcarbenen Gesellschaft“ mit Technik und kluger Steuerpolitik allein nicht zu bewältigen ist. Es müssten eben auch die „mentalen Infrastrukturen“ verändert werden, die Art, wie wir denken, wie wir die Welt und unsere Gesellschaft betrachten. Zu lange hätten die Ökologen an unsere Vernunft und Moral appelliert. Welzer fordert stattdessen eine neue Zukunftsvision, „eine Formulierung der Frage, wie man im Jahr 2025 eigentlich leben möchte“. Die Zukunft müsse wieder eine Kategorie des Politischen werden. Aber ist das nicht auch wieder ein Vorgriff auf Zukunft, die Selbstüberbietung der Gegenwart in die verzeitlichte Utopie? Eine Antwort, wie ein zukunftsfähiges Lebensmodell ohne die innovative Kraft des Strebens des modernen Menschen nach einem besseren Leben aussehen könnte, bleibt Welzer schuldig. [Stephan Ertner]

► Welzer, H.: Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam. Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2011, 48 S., 3,-€, ISBN 978-3-86928-050-9

Einfaches Leben als Kuriosität



Ein Wirtschaftsredakteur der FAZ macht sich auf, alternative Lebensformen kennenzulernen. Er sucht Menschen, die – aus seiner Sicht – ausgestiegen sind. Und er findet allerhand: ein Leben ohne Geld, Selbstversorger, ein Ökodorf, alternative Währungen und Tauschwirtschaft, spirituelle Gemeinschaften.

Jan Grossarth nimmt den Leser mit auf eine Reise durchs Kuriositätenkabinett der Unangepassten. Was sie alle eint, ist der Wunsch nach dem einfachen Leben. Manchmal kommt gelebte Gesellschaftskritik hinzu, am Kapitalismus oder am Lebenswandel der Stadtbürger, die als satt und entfremdet wahrgenommen werden. Immer aber bedeutet der Ausstieg die Hoffnung, man selbst zu werden und sich von Zwängen zu befreien.

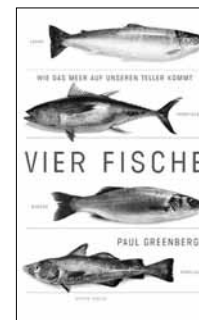
Auch wenn Grossarth mit den meisten Aussteigern mehrere Tage verbringt: Bei 13 Lebensentwürfen auf gut 300 Seiten bleibt nicht viel Platz für komplexe Betrachtungen. Im Schnelldurchlauf erfährt der Leser von Siedlern in der Uckermark, trifft auf Schwestern und Brüder eines Klosters in Köln, besucht ein mittelalterliches Gehöft, lernt einen Blaubeer-Bauern kennen und landet bei einem ausgestiegenen Banker im Alpendorf. Fundamental Neues begegnet einem dabei nicht. Im besten Fall fühlt man sich von der kurzweiligen Lektüre gut unterhalten, weil sie den eigenen Voyeurismus bedient. Schließlich gibt es Merkwürdiges zu bestaunen: unterirdische Tempel, Menschen, die auf Bäumen leben, Hühner, die mit menschlichen Exkrementen gefüttert werden, und Mahlzeiten aus dem Müllcontainer.

Der Autor findet diese Lebensentwürfe fremd und interessant, bisweilen auch amüsant oder verrückt. Vorsichtshalber hat er sich zum Lesen Foucault eingepackt, dessen Lektüre ihn stets aufs Neue ermutigt, mit den Wahnsinnigen zu kommunizieren. Of-

fensichtlich ist Grossarth vor seiner Reise vom Ärgsten ausgegangen, denn sein Fazit lautet ganz ernsthaft: „Es war gar nicht so schlimm.“ Das gilt auch für sein Buch. Es beschreibt genau das, was es ankündigt: „Besuche bei Menschen, die ein einfaches Leben wagen“. Nicht weniger, aber leider auch nicht mehr. [Christiane Naumann]

► Grossarth, J.: Vom Aussteigen und Ankommen. Besuche bei Menschen, die ein einfaches Leben wagen. Riemann, München 2011, 316 S., 18,95 €, ISBN 978-3-570-50123-8

Lachs, Barsch & Co.



Wir essen mehr Fisch als jemals zuvor. Aber wo lebt der Thunfisch, ehe er als Sushi auf unseren Tellern landet? Wie steht es um die Überlebenschancen des Kabeljau? Darf man Barsch noch guten

Gewissens genießen, wenn man um die Fangmethoden weiß, und welche Auswirkungen hat es, wenn sich verschiedene Lachspopulationen vermischen und die Art mehr und mehr genetisch verarmt?

Thunfisch, Kabeljau, Barsch und Lachs sind die Protagonisten, um die der Journalist und leidenschaftliche Hobbyangler Paul Greenberg seine Fischereigeschichte(n) ausbreitet. In bester amerikanischer Erzähltradition berichtet er von Kindheits-erinnerungen, Anglererlebnissen und seinen weltweiten Recherchen bei Fischern, Züchtern oder Umweltschützern. Dabei vermittelt er im Vorbeigehen manch' Wissenswertes über die eleganten Geschöpfe in den endlosen Weiten unserer Ozeane.

Es ist nicht das erste Mal, dass der Mensch sich eine Handvoll Arten herausgepickt hat, um sie zu nutzen und gezielt zu vermehren, und die Zahl vier scheint hier eine – wenn auch zufällige – Rolle zu spielen: Die vier Säugetierarten Kuh, Schwein, Schaf und Ziege beliefern uns seit Menschengedenken mit Fleisch, mit ►

Nachhaltigkeit

A-Z



Ö wie Ökokrise

Wie radikal können und müssen gesellschaftliche Alternativen gedacht werden, um Auswege aus der ökologischen Krise zu eröffnen? Welche Wege sind denkbar, von wem sind erste Schritte zu erwarten? Überblick in einer schwer überschaubaren Debatte bieten die Autoren, indem sie das Spektrum der wesentlichen Denkansätze herausarbeiten: von Subsistenz und »warmherziger Genügsamkeit« bis zu grünem Kapitalismus, vom individuellen Kulturwandel bis zur sozial-ökologischen Regulation.

F. Adler, U. Schachtschneider
**Green New Deal, Suffizienz
 oder Ökosozialismus?**
 Konzepte für gesellschaftliche Wege
 aus der Ökokrise

318 Seiten, 24,90 EUR,
 ISBN 978-3-86581-213-1

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de

 **oekom**
 Die guten Seiten der Zukunft

Huhn, Pute, Gans und Ente machten wir vier Vogelarten zu „unserem“ Geflügel, und nun ist es wiederum ein Quartett, das sich anschickt den Markt zu erobern. Ob Zufall oder nicht, die vier Fischarten verkörpern „vier verschiedene Schritte (...), welche die Menschheit bei ihrem Versuch, das Meer zu beherrschen, gegangen ist. Jeder dieser Fische illustriert eine ganz spezielle epochale Wende“, so Greenberg weiter. So steht der Lachs für den Beginn der menschlichen Ausbeutung von Fischgründen. Die Wildform stand mehrfach vor dem Artentod, den schließlich nur der Wechsel zur Zucht verhindern konnte. Wer heute im Supermarkt nach den hauchdünnen, rosafarbenen Filets greift, trägt mit hoher Wahrscheinlichkeit Lachs nach Hause, der das weite Meer nie gesehen hat. Die Aufnahme gesundheitsfördernder Omega-3-Fettsäuren wird mit einer Reihe negativer Auswirkungen auf die Umwelt erkaufte – von der Verschmutzung der Meere bis zur Verbreitung von Krankheiten unter den Fischen. Zudem ist der Lachs ein schlechter Futtermittelverwerter – ebenso wie der Barsch. Um den Hunger von Zuchtbarschen zu stillen, werden die Meere leer gefischt, sodass den wilden Fischen wiederum die Beute fehlt. Mit dem Kabeljau begann schließlich der industrielle, mit Hightech betriebene Fang, der den Fischen kaum noch Chancen auf ein Entkommen lässt und mittlerweile auch dem Blauflossenthun schwer zusetzt.

Gibt es Rezepte, um den alarmierenden Rückgang zu stoppen? Wird uns „unser letztes wirklich ‚wildes‘ Nahrungsmittel“ erhalten bleiben? Paul Greenberg ist optimistisch und empfiehlt die Umstellung unseres Speisezettels auf andere Fischarten, die weltweite Einführung einer Fair-Trade-Fischerei, mehr Schutzzonen und ein Verbot der gigantischen Fabrikschiffe bei gleichzeitiger Förderung einer „kleingewerblichen Fischerei achtsamer Fischerhirten“. Nicht wirklich neue, aber sicher wirksame Empfehlungen, gefällig niedergeschrieben in einem unterhaltenden und informativen Buch. **[Christoph Hirsch]**

► Greenberg, P.: Vier Fische. Wie das Meer auf unseren Teller kommt. Berlin Verlag, 2011, 312 S., 22,- €, ISBN 978-3-8270-1012-4

INTERNET

PR für EE

■ Das CleanEnergy Project ist eine internationale Initiative für erneuerbare Energien und andere „saubere“ Technologien. Das

Onlinemagazin mit Diskussionsportal wird von der Münchner Cleantech-Agentur GlobalCom und ihrem internationalen PR-Netzwerk getragen, das Veranstaltungen, Kooperationen und Partnerprogramme initiiert und ökologisch sinnvolle Konzepte unterstützt. **[jg]**

► www.cleanenergy-project.de

Kommunen gestalten die Energiewende

■ Während Bund und Länder noch über die richtige Energiepolitik streiten, werden immer mehr Kommunen selbst aktiv. Mit anspruchsvollen Klimaprogrammen, Investitionsanreizen und der passenden Regionalplanung haben viele Städte und Gemeinden das Ziel „100 Prozent erneuerbare Energien“ zumindest rechnerisch schon erreicht. Das runderneuerte Portal „Kommunal Erneuerbar“ stellt vorbildliche Projekte ausführlich vor. So können andere Kommunen von den Erfahrungen der Vorreiter profitieren und die BürgerInnen etwas über erneuerbare Energien in ihrer Nähe erfahren. **[mb]**

► www.kommunal-erneuerbar.de

Luftverschmutzung aus diffusen Quellen

■ 32 neue digitale Karten der EU helfen dabei, diffuse Quellen von Luftverschmutzung wie den Land- und Luftverkehr besser zu erkennen. Auch Emissionen aus der Landwirtschaft sowie aus Heizungen und Industrie werden dargestellt. Unterschiedliche Farben zeigen den Schadstoffgehalt an. Der verwendete Maßstab lässt allerdings kaum Rückschlüsse auf einzelne Anlagen oder Straßen zu. **[jg]**

► <http://prtr.ec.europa.eu/DiffuseSourcesAir.aspx>
 ► www.kurzlink.de/eu-presse-26-05-2011

TERMINE

JULI

06.07., München (D)
**AdaptAlp. Klima-
wandel und Natur-
gefahren im Alpen-
raum.** Internationale
Abschlusskonferenz

► Bayerisches Staatsministerium für Umwelt
und Gesundheit, Marion Damm, E-Mail:
marion.damm@stmug.bayern.de, www.adaptalp.org

14.–17.07., Neuschönau/Bayerischer Wald
NaturVision. Internationales Umweltfilmfestival
► Kultur:Land, Tel. +49 (0)8558 / 9739-0,
Fax -26, E-Mail: info@natur-vision.de,
www.natur-vision.de/de/das-festival.html

17.07., Nürnberg (D)
**Toxische Cocktails: Die kleinste Dosis kann
schaden.** 6. Umwelttagung des VHUE
► Verein zur Hilfe umweltbedingt Erkrankter,
Monika Frielinghaus, Fax +49 (0)9134 / 707100,
E-Mail: info@umweltbedingt-erkrankte.de,
www.umweltbedingt-erkrankte.de

23.07.–06.08., Hamburg – Berlin (D)
Tour de Natur 2011. Radtour zur Verkehrs-, Energie-
und Friedenspolitik
► Grüne Liga, Dresden, E-Mail:
buero@tourdenatur.net, www.tourdenatur.net

31.07.–05.08., Vilm bei Rügen (D)
**Applying TEEB in forest ecosystems in developing
countries.** Seminar
► Bundesamt für Naturschutz (BfN), GIZ, KfW;
BfN, Martina Finger, Tel. +49 (0)38301 / 86-112,
E-Mail: martina.finger@bfm-vilm.de,
www.bfn.de/0603_kalender.html

AUGUST

05.–11.08., Alzey bei Mainz (D)
Gemeinschaften-Festival. Überregionale Begegnung
von Gemeinschaften und Interessierten
► Karl-Heinz Meyer, Wendelsheim/Rheinessen,
Tel. +49 (0)7764 / 933999, E-Mail: oekodorf@
gemeinschaften.de, www.gemeinschaften.de

07.–13.08., Witzenhausen bei Kassel (D)
**Hungerrevolten versus Schlaraffenland 2.0.
Wege zu einer zukunftsfähigen Ernährungs-
sicherung.** Sommerakademie und Open Space

► VDW, Zukunft der Ernährung, Zoe Heuschkel,
E-Mail: heuschkel@zukunftderernaehrung.org,
www.zukunftderernaehrung.org

09.–14.08., Freiburg/Breisgau (D)
**European Network Academy for Social
Movements. ENA 2011.** Kongress.
Mit Forum Ökologie und Klima
► Europäisches Attac-Netzwerk, Carolin Franta,
E-Mail: carolin.franta@attac.de, www.ena2011.eu

16.–21.08., Krems an der Donau (A)
**Erstes Europäisches Forum zur
Ernährungssouveränität**
► Nyeleni Europe, E-Mail: info@nyelenieurope.net,
www.nyeleni2011.net

21.08.–11.09., Dessau/Anhalt (D)
**Internationale Sommeruniversität der
Umweltwissenschaften. Erneuerbare Energien
und Klimaschutz**
► Anhaltische Akademie für Energie und Umwelt,
Dr. Siegfried Westmeier, Tel. +49 (0)345 / 10165453,
E-Mail: info.uni@isu-eco.de,
www.dessau-summer-university.de

26.08., Zürich (CH)
Wege in die regionale Energiezukunft. Fachtagung
► Schweizerische Energie-Stiftung, Tel. +41
(0)4427521-21, Fax -20, info@energiestiftung.ch,
www.energiestiftung.ch/service/fachtagungen

26.–28.08., Wiesenfelden/Niederbayern (D)
Eine Handvoll Wildnis für die Stadt. Seminar
► Beate und Hubert Weinzierl Stiftung, Tel. +49
(0)9966 / 555, E-Mail: umweltzentrum@schloss-
wiesenfelden.de, www.schloss-wiesenfelden.de

27.08., Altenburg/Thüringen (CH)
Fachtagung zum Thema Wolf
► NABU, Potsdam, Tel. +49 (0)331 / 2015570,
E-Mail: info@nabu-brandenburg.de, www.nabu.de/
modules/termindb/detail.php?id=88822

29.–31.08., Vilm bei Rügen (D)
EU 2020: Green growth and green infrastructures.
Seminar
► Bundesamt für Naturschutz (BfN), Martina Finger,
Tel. +49 (0)38301 / 86-112, E-Mail: martina.finger@
bfm-vilm.de, www.bfn.de/0603_kalender.html

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell Juli 2011
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband
der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände
(DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49
(0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kom-
munikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München,
Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de,
www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutsch-
land, verantwortw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Interna-
tionales, verantwortw.). **Redaktion:** Matthias Bauer [mb],
Juliane Grüning [jg], Marion Busch [mbu], Antje Men-
sen [am], Stefanie Langkamp [sl], Eric Janáček [ej]. **Re-
daktionelle Mitarbeit:** Hans-Magnus Preuß [hmp],
Svenja Gräfen [sg], Eva Mahnke [em], Florian Noto [fn],
EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD], Tha-
lif Deen [IPS]. **Service:** Matthias Bauer. **ökopädNEWS:**
siehe S. 40

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell,
Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 /
6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de,
www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlied Blechschmidt, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane
Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG,
D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus
Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg
am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405,
E-Mail: oekom@de.rhenus.com
Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Ott, München,
Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von
Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesand-
tes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungs-
weise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltminis-
terium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr
für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die
geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit
denen der Förderer übereinstimmen.



Bildung für nachhaltige Entwicklung in Städten und Gemeinden

Kommunen als Motor

Seecontainer werden zu Fotoausstellungen, Kinder zu Energie-Sheriffs – und Städte zu Unesco-prämierten UN-Dekade-Kommunen. Die Ansätze zur Lösung der Probleme durch den Klimawandel und die kommenden ökologischen Herausforderungen sind so vielfältig und verschieden wie die Bürgerinnen und Bürger und wie die Situation in ihren Städten.

□ Eines haben der knapp 1,8 Millionen Einwohner fassende Stadtstaat Hamburg und die 5.300 Einwohner zählende Gemeinde Ahlheim gemeinsam: Sie wurden zusammen mit zwölf anderen Kommunen von der Unesco als UN-Dekade-Kommune ausgezeichnet. Vergeben wird die Auszeichnung nach intensiver Prüfung ausschließlich an Kommunen, deren Engagement bei der Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) überdurchschnittlich hoch ausfällt.

Anknüpfungspunkte für Bildungsanbieter

Da sich qualifiziertes Engagement und wirkungsvolle Partizipation nicht von selbst einstellen, ist es zentrale Aufgabe der Bildung, die Menschen zu befähigen, die Entwicklung unserer Gesellschaft zukunftsfähig mitzugestalten. Dabei spielen schulische und außerschulische Bildungsanbieter eine große Rolle. Moderne Bildungsansätze in Deutschland erfordern fachübergreifende Lehr- und Lernmethoden in der Schule und eine Kooperationen mit außerschulischen Partnern, besonders bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Seit 2007 gibt es für deutsche Kommunen die Möglichkeit, sich durch BNE zu profilieren, indem sie sich um die Auszeichnung als Stadt, Gemeinde oder Landkreis der UN-Dekade bewerben. Die Auszeichnung soll vor allem dazu beitragen, die Anliegen der Dekade überall im Land sichtbar zu machen und gleichzeitig die einzelnen BNE-Akteure vor Ort zu unterstützen. Im Gegenzug fließen so wichtige Impulse aus der Bevölkerung in die Dekade ein.

Ob ganz kleine Kommunen wie Alheim oder ein Stadtstaat wie Hamburg: Kommunen versuchen nicht nur, ein nachhaltiges Wirtschaften zu realisieren. Vielmehr geht es ihnen auch darum, mit Kindern und

Erwachsenen ein vernetztes Denken einzuüben, bei dem ökologische Kreisläufe, soziale Gerechtigkeit und globale Verantwortung stets mit berücksichtigt werden. Nur so können sie ihrer Verantwortung für die nächsten Generationen gerecht werden und ihr Alltagshandeln an einer nachhaltigen Entwicklung ausrichten.

THEMENHEFT: BNE IN KOMMUNE UND STADT

Bildung für nachhaltige Entwicklung kann Kommunen auch bei ihrer Suche nach zukunftsfähigen Entwicklungsmöglichkeiten helfen. Besonders deutlich wirken im Klimaschutz das kommunale Engagement zur Einsparung von Energie und die Bildungsangebote zur Qualifizierung und Fortbildung von Fachleuten und BürgerInnen sehr fruchtbar zusammen.

Außerschulische Bildungsanbieter unterstützen Kommunen

Im niedersächsischen Landkreis Friesland zum Beispiel erarbeitete das Regionale Umweltzentrum (RUZ) Schortens gemeinsam mit dem Landkreis und weiteren Partnern die interaktive Ausstellung „Unser Haus spart Energie“. Schul- und Kindergartenkinder konnten durch die MitarbeiterInnen des RUZ in sechs Modellhäusern zu „EnergiesparKids“ weitergebildet werden: Die kleinen Energie-Sheriffs lernten die globalen Zusammenhänge von Energie und Klima kennen und veranstalteten gemeinsame „Klimafrühstücke“. Dabei beschäftigten sie sich mit ihrem eigenen Konsum. Mit der Aktion „Regional ist 1. Wahl“ tragen die MitarbeiterInnen der Umweltzentren den Gedanken nachhaltiger, regionaler und gesunder Ganztagsversorgung in Pilotschulen und informieren die Kinder

gemeinsam mit LehrerInnen über Gestaltungsmöglichkeiten des Speiseplans.

Solche Lernarrangements können als Beispiele kommunalen Klimaschutzes in Bildungseinrichtungen gesehen werden. Ebenso weitverbreitet sind Konzepte wie die „Fifty-fifty“-Schulen oder Schulwettbewerbe zur Förderung des Energiebewusstseins. Aber auch für Erwachsene und MultiplikatorInnen werden von Umweltzentren mit ihren engagierten UmweltpädagogInnen vielfältige wirksame und selbstbeziehbare Lernerfahrungen angeboten. So konnten sich zum Beispiel im Rahmen der Lokalen Agenda 21 in Hannover Menschen mit Migrationshintergrund in Workshops zu KlimaschutzberaterInnen für andere MigrantInnen weiterbilden.

In Mülheim an der Ruhr wird das kommunale Klimaschutzengagement sowohl von der Lokalen Agenda, der Region um Mülheim, als auch zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wie Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Bildung und Kunst verknüpft. Zusätzlich hat sich ein eigener Verein zur finanziellen Unterstützung und Initiierung von Klimaschutzmaßnahmen gegründet. Seither treffen die BürgerInnen in ihrer Innenstadt auf ungewohnte Bilder: Fünf Seefrachtcontainer, ihrerseits Symbole globalisierter Produktions-, Konsumtions- und somit Energieströme, wurden als begehbare „Kunst+KlimaKisten“ zu Fotoausstellungen zum Klimawandel umfunktioniert. So kann BNE durchaus die notwendigen Schlüsselkompetenzen für den Einzelnen vermitteln, um durch kleine und einfache Maßnahmen Kommunen zu zukunftsfähigen Gemeinden weiterzuentwickeln.

[Lisa Hübner, Olaf Rother]

- ▷ www.bne-portal.de
- ▷ www.unesco.de
- ▷ www.umweltbildung.de

BLICKPUNKT

Große und kleine Städte machen es vor

Einige Kommunen und Städte haben bereits weitreichende Projekte im Bereich BNE und Klimaschutz gestartet. Nicht nur große Städte wie Hamburg und München, auch die Initiativen kleiner Gemeinden können Modellcharakter haben.

Neumarkt

Kommune der UN-Dekade

□ Knapp 40.000 Einwohner zählt die Kreisstadt Neumarkt in der Oberpfalz am Westrand der Fränkischen Alb. In der historischen Altstadt gibt es malerische Kirchen, eine Burgruine, Logistikunternehmen, einen großen Holzverarbeitungsbetrieb, einen Pharma- und Büromaterialienhersteller – Neumarkt präsentiert sich ansprechend und solide. Aber was macht diese Stadt zu einer kontinuierlichen Hochburg im Engagement für Bildung für nachhaltige Entwicklung?

Bereits seit 2002 gibt es in der Stadt ein eigenes Referat „Agenda-21-Beauftragte/Klimaschutz“, deren Leiterin Nachhaltigkeit und BNE auch im Stadtrat vertritt. Ralf Mützel, der Leiter des Bürgerhauses, ist zugleich verantwortlich für das Büro „Soziale Stadt“ und die Lokale Agenda 21. Bürgermeisterin Ruth Dorner meint: „Uns als politisch Verantwortlichen kommt heute die Aufgabe zu, Entscheidungen zu treffen unter Berücksichtigung der Interessen der nachfolgenden Generationen. Und diese Entscheidungen müssen wir den Bürgern, die uns wählen, erklären.“

Deshalb kann es eine nachhaltige Entwicklung nur geben, wenn das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger durch entsprechende Bildungsangebote geschult wird. Da die Kommune sehr nah an den Jugendlichen, Familien und auch Senioren ist, kommt ihr eine besondere Aufgabe zu, in Kooperation mit allen anderen Bildungsstätten einer Stadt. Man könnte das Bürgerhaus der Stadt Neumarkt als kommunales Bildungsbüro bezeichnen, in dem alle Akteure (Schulen, Volkshochschulen, Kirchen, Vereine und Organisationen) in einem starken Netzwerk für eine Bildung für eine nachhaltige Entwicklung zusammenarbeiten und entsprechende Projekte

für die Bürger und zusammen mit ihnen auf den Weg bringen.

Bereits zum dritten Mal in Folge wurde die Stadt Neumarkt in der Oberpfalz von der Deutschen Unesco-Kommission 2010 als Stadt der UN-Dekade ausgezeichnet. Im Jahr 2009 wurde Neumarkt zudem zur ersten Fairtrade-Stadt Bayerns ernannt und im April 2011 erhielt die Stadt außerdem das Siegel „Nachhaltige Bürgerkommune“ des Bayerischen Umweltministeriums. Im vergangenen Mai wurde das Förderprogramm „Nachhaltigkeit neu lernen – Impulse durch Mikroprojekte“ beschlossen. Mit dem Programm möchte die Stadt Neumarkt erreichen, dass sich Akteure wie Organisationen, Vereine, Initiativen, Unternehmen und Arbeitsgruppen mit eigenen Projekten an der Umsetzung des Stadtleitbildes im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung in Neumarkt beteiligen. Das beantragte Projekt muss in jedem Fall einen eindeutigen Nachhaltigkeitsaspekt sowie einen Bildungsaspekt im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung vorweisen können.

Besonderen Modellcharakter hat die Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz. Die Organisation liegt bei einem Team aus städtischen Mitarbeitern und Mitarbeitern der Ökobrauerei Neumarkter Lammsbräu – sozusagen ein Public-Private-Partnership-Modell. Zu dem Angebot an Workshops und Vorträgen kam in diesem Jahr noch ein breites Rahmenprogramm hinzu: „Konsum neu denken: Auswege aus der Ernährungsdictatur“ – unter diesem Motto gab es einen „Markt der Nachhaltigkeit“, eine Kinder- und Jugendakademie und eine Aktionswoche mit den Neumarkter Geschäften zum nachhaltigen Konsum. [lh]

- ▷ www.neumarkter-nachhaltigkeitskonferenz.de
- ▷ www.eineweltladen.com
- ▷ www.neumarkt.de

Hamburg lernt Nachhaltigkeit

Europäische Umwelthauptstadt 2011

□ Dieses Jahr steht Hamburg ganz im Zeichen der europäischen Umwelthauptstadt 2011 – dabei mischt auch die Bildung in der Hansestadt kräftig mit!

Als grüne Hauptstadt punktet Hamburg im Umweltbereich mit der konsequenten Umsetzung konkreter Projekte. So wurde im Klimaschutz bereits über eine Million Tonnen CO₂ eingespart und der ehemalige Müllberg Georgswerder zum erlebbaren Energieberg umgebaut. Hamburg ist Modellregion für E-Mobilität und hat gerade eine Recycling-Offensive für alle Haushalte gestartet. Die Hansestadt ist seit diesem Jahr außerdem sogenannte Fairtrade-Stadt. Bereits deutlich erkennbar sind die weit vorangetriebenen Projekte Internationale Gartenschau und Internationale Baustellung, die im Jahr 2013 gentechnikfreies Grün, zukunftsweisende Technik und Nachhaltigkeit zum Anfassen bieten sollen.

Als europäische Umwelthauptstadt bietet Hamburg dieses Jahr rund 2.500 Veranstaltungen zu Umwelt und Nachhaltigkeit an. Die Themen reichen vom Internationalen Umweltrechtstag über die Messe für nachhaltige Produkte „Good Goods“ und einen Jugendumweltgipfel bis zu sieben Umwelthauptstadt-Dialogen. Dabei tauschen sich Bürger und Experten mit dem Bürgermeister über ihre Stadt der Zukunft aus. Alle Menschen können und sollen mitmachen. Daher sind für Hamburg das Einbeziehen von Bildung in die Aktivitäten sowie die Sensibilisierung der Menschen für Nachhaltigkeitsthemen besonders wichtig. So wird zum Beispiel das Engagement im Klimaschutz durch eine Vielzahl pädagogischer Aktivitäten unterstützt. Sie reichen von einer „Klimawoche mit langer

Klimanacht“ in der Europapassage – einem zentral gelegenen Shopping-Mekka – über den „Klimathlon“-Wettbewerb („Sei ein Klimaathlet“) und das „Klimasiegel“ für besonders aktive Schulen bis zum ANU-Projekt „Klimaschutz in der außerschulischen Umweltbildung“.

Derzeit fährt ein Schauzug mit acht Containern, der „Train of Ideas“, durch Europa. Er transportiert eine sehenswerte Ausstellung der guten Beispiele zu Umwelt und globaler Verantwortung aus der Umwelthauptstadt und wird Ende September wieder in Hamburg zu sehen sein. Wer Hamburg zu Fuß erkunden will, kann auf rund 80 speziellen Umwelttouren unter fachkundiger Leitung erleben, was Handwerksbetriebe, Großunternehmen oder Umweltverbände zum Natur- und Umweltschutz beitragen.

Wichtige Impulse gibt die Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“, die vom Hamburger Senat im Jahr 2005 gestartet wurde. Sie koordiniert die Aktivitäten zur UN-Dekade BNE und wird von einer Projektgruppe gesteuert, in der alle Behörden mitarbeiten, die mit Bildung befasst sind – vom Kindergarten über Schule, Berufsbildung, Weiterbildung und Hochschule bis zum Informellen Lernen. Jährlich wird ein Aktionsplan überarbeitet und veröffentlicht und ein Runder Tisch mit allen Akteuren organisiert. Außerdem gibt es monatliche Fachgespräche zu wichtigen Themen der Nachhaltigkeit und einen vierteljährlichen Rundbrief. Bundesweit einmalig sind die ausführlichen Berichte an den Senat, die über die Integration von BNE in die einzelnen Bildungssektoren berichten. Kein Wunder also, wenn Hamburg für sein Engagement im Bereich BNE be-

reits mehrfach als „Stadt der UN-Dekade“ ausgezeichnet wurde. [jfs]

- ▷ www.umwelthauptstadt.hamburg.de
- ▷ www.hamburg.de/nachhaltigkeitlernen

BenE München e.V.

Eine Stadt. Eine Welt. Eine Zukunft

□ Charles Hopkins, Professor an der United Nations University (UNU), regte bei einem Besuch in München 2006 an, dass sich Stadt, Hochschulen, Wirtschaft und Bildungsträger zu einem Regionalen Zentrum der Bildung für nachhaltige Entwicklung (RCE) der UNU zusammenschließen sollten. Daraufhin gründeten 35 Unternehmen, Institutionen, die Stadt München und auch Einzelpersonen im Jahr 2007 den Verein „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung München“ (BenE München). Mit BenE wurde im Rahmen der internationalen Aktivitäten der UN-Dekade BNE ein großes lokales Netzwerk geknüpft, das Bildungsaktivitäten von Wirtschaft, Stadtverwaltung, Institutionen und Initiativen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen bündelt.

Nach einem anspruchsvollen Aufnahmeverfahren wurde das Bündnis offiziell als Regional Centre of Expertise (RCE) der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet. BenE ist damit eines von weltweit 85 regionalen Kompetenzzentren für BNE. Besonders bemerkenswert an dem Münchner Bündnis ist die außergewöhnliche Integration unter-

schiedlicher gesellschaftlicher Gruppen. Durch die Verknüpfung von Bildungsanbietern und Know-how-Trägern werden vorhandene Bildungsangebote kommuniziert, optimiert und weiterentwickelt sowie neue übergreifende Kooperationen initiiert. Um in möglichst vielen Fachbereichen wirken zu können, arbeiten Akteure aus insgesamt elf Bereichen und Netzwerken zusammen: Landeshauptstadt München, Kindertageseinrichtungen und Schulen, außerschulische Kinder- und Jugendbildung, Nachhaltigkeitsinitiativen, Wirtschaft, Umweltbildung, Erwachsenenbildung, Medien, Hochschulen und Wissenschaft, Eine-Welt-Bildung, Kunst und Kultur.

Geleitet wird BenE München durch einen hauptamtlichen Geschäftsführer und den Managementkreis. Dieser besteht aus einem ehrenamtlich tätigen geschäftsführenden und einem erweiterten Vorstand aus Personen der elf Fachbereiche und Netzwerke. Regelmäßige Treffen des Managementkreises, Netzwerk- und Arbeitsgruppentreffen und ein gemeinsamer Internetauftritt schaffen eine breite Plattform für die Vernetzung. Aktuelle Münchner Brennpunkte betrachtet BenE München unter dem Aspekt, inwiefern speziell BNE zu Lösungen beitragen kann. Quellen hierfür sind das Wissen der beteiligten Akteure, aber auch die Erkenntnisse aus dem Stadtentwicklungskonzept „Perspektive München“. Dabei arbeiten die Akteure der verschiedenen Bereiche in Arbeitsgruppen interdisziplinär zusammen. Ein Beispiel ist GenE München, ein innovatives Bildungsprojekt von BenE München. GenE steht für „Gestaltungskompetenzen für eine nachhaltige Entwicklung“ und qualifiziert TrainerInnen und pädagogische Fachleute zu MultiplikatorInnen für nachhaltigkeitsbezogenes Erfahrungslernen in Wirtschaft, Stadtverwaltung und anderen Bildungsbereichen. Durch Publikationen, öffentliche Veranstaltungen und die Präsentation innovativer Projekte trägt BenE München einen auf Nachhaltigkeitsaspekt ausgelegten Bildungsansatz in Schulen, Universitäten und Betriebe. [lh]

- ▷ www.bene-muenchen.de


Werben Sie ... jetzt und hier!

Sie möchten im attraktiven redaktionellen Umfeld unserer Zeitschrift werblich vertreten sein? Andreas Hey unterbreitet Ihnen gerne individuelle Angebote für Ihre erfolgreiche Präsenz mit Anzeigen und Beilagen! Sie erreichen uns unter

- ▶ hey@oekom.de
- ▶ Tel. +49/67 85/9 41-00 oder Fax +49/67 85/9 41-01.

Fordern Sie die aktuellen Mediadaten noch heute an – Sie finden sie auch im Internet unter

- ▶ www.oekom.de/zeitschriften/mediadaten.html



Verlagsbüro **Andreas Hey**
Am Hahn 1
55758 Hottenbach

ANU AKTUELL

ANU-Projekt zum Klimawandel

**BNEE unterstützt
Kommunen und Engagierte**

□ Der ANU-Bundesverband untersucht mit Förderung des Umweltbundesamtes, wie sich Aktivitäten zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung enger mit Bürgerengagement und Initiativen der Bildung für nachhaltige Entwicklung verknüpfen lassen. Lokale Aktivitäten der Kommunen und ihrer Bürger sind ein wichtiger Hebel für die Erreichung der Klimaschutzziele. Zahlreiche Kommunen, Verbände und Vereine haben bereits bemerkenswerte Projekte zu Klimaschutz, Klimaanpassung oder Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) initiiert.

Das Projekt soll Potenziale ausloten, die in der direkten Verknüpfung von Klimaschutzaktivitäten, BNE-Bildungsangeboten und der Förderung von Bürgerengagement liegen. Denn deren Wirksamkeit kann stark erhöht werden, wenn Austausch- und Lernprozesse zwischen den Akteuren angestoßen und weiterentwickelt werden. Für (Bildungs-)Akteure sind die Erfahrungen aus den anderen Klimaschutzkommunen ein Fundus an Ideen, wie abstrakte Nachhaltigkeitsziele in Handlungsoptionen und konkrete, reale Schritte umgesetzt werden können. [lh]

▷ www.umweltbildung.de

Leuchtpol-Publikation

**Kitas als Bildungsorte
im Netzwerk der Kommune**

□ Auf rund 20 Seiten stellt das ANU-Projekt Leuchtpol in seinem neuen Magazin die Bedeutung von Kitas als Teil des kommunalen Bildungsnetzwerkes heraus. Die vorgestellten Beispiele guter Praxis beleuchten die Arbeit sowohl von städtischer Seite als auch vonseiten der Kinder-

tageeinrichtungen und illustrieren die Win-win-Situation der Zusammenarbeit. Interviews, Hintergrundberichte, Termine und wichtige Informationsquellen zum Thema komplettieren die Publikation. Die kostenlose Broschüre erscheint Anfang Juli und kann dann bei der Leuchtpol-Zentrale bestellt oder aus dem Internet heruntergeladen werden. [lh]

▷ Leuchtpol gGmbH, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 3101920, E-Mail: kommune@leuchtpol.de, www.leuchtpol.de

Poster der ANU Hamburg

Hamburg ist Vielfalt

□ Passend zum Jahresthema „Stadt“ der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung und zum Umwelthauptstadtjahr 2011 hat die ANU Hamburg in Zusammenarbeit mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ein informatives Poster zu den urbanen Lebensräumen herausgegeben. Neben attraktiven Fotos enthält es viele Veranstaltungstipps, wo man zum Beispiel Pflanzen auf stillgelegten Gleisen wachsen sehen oder Fledermäuse in der Stadt erleben kann. Das Poster wurde an alle Hamburger Schulen verschickt und an den Bildungsorten ausgelegt. Download im Internet. [jfs]

▷ www.anu-hamburg.de

ParcInterp-Qualitätsstandards

**Zertifikate für Interpretation
in Schutzgebieten**

□ 33 MitarbeiterInnen aus dem Nationalpark Eifel, den Biosphärenreservaten Mittelbe und Karstlandschaft Südharz sowie dem Naturpark Drömling bei Wolfsburg haben im Rahmen des ANU-Partnerprojekts ParcInterp ihre Zertifikate erhalten. Damit ist die zweite der drei Projektphasen abgeschlossen. Das Konzept der Natur- und Kulturinterpretation, nach dem die

TeilnehmerInnen fortgebildet wurden, ist eine für die Schutzgebiete charakteristische Form der besucherorientierten Natur- und Umweltbildung. Es wurde in den Nationalparks der USA entwickelt und hat sich von dort aus weltweit auch in Zoos, Botanischen Gärten und Freilichtmuseen verbreitet. Wichtige Eckpunkte sind neben der Ausrichtung auf die Bewahrung des Natur- und Kulturerbes die unmittelbare Erfahrung von Natur- und Kulturphänomenen, deren Verknüpfung mit der Lebenswelt der Besucherinnen und Besucher und die Orientierung an zugkräftigen Leitideen. [lh]

▷ www.parcinterp.de

WISSENSWERT

Hochschule

**Unesco-Kommission zeichnet
Masterstudiengang BNE aus**

□ Die Deutsche Unesco-Kommission hat den seit dem Wintersemester an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt laufenden Masterstudiengang „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ als ein Projekt der UN-Dekade BNE ausgezeichnet. Die Urkunden wurden am 22. Juni im Rahmen der Hochschultage „Sustain it! Nachhaltigkeit + Klimaschutz“ an der Freien Universität Berlin übergeben. [lh]

▷ www.ku-eichstaett.de/ueberblick/bne/nachhaltigkeitaktuell

Außerschulisches Lernen

Bestimmungs-App

□ Wer ein modernes iPhone besitzt, hat es jetzt einfach: Seit Juni können Nutzer eine App herunterladen, mit der sie Lebewesen bestimmen können – wenn sie dafür 7,99 Euro zu zahlen bereit sind. Fünf ▶

Institutionen haben das Anwendungsprogramm gemeinsam entwickelt: Der NABU als einer der mitgliederstärksten deutschen Umweltverbände berät das Projekt. Die Leibniz-Universität Hannover stellte die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur inhaltlichen und fachdidaktischen Betreuung. Der Kosmos-Verlag lieferte die Texte sowie mehr als 2.500 Fotos und 45 Videos für die detailreiche Darstellung von 338 Bäumen und Sträuchern sowie 170 Muscheln und Schnecken. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) förderte das Projekt mit mehr als 350.000 Euro. [lh]

- ▷ www.ikosmos.org
- ▷ www.nabu.de/naturerleben/spiele/13855.html

Wettbewerb für Bildungsanbieter

Deutscher Arbeitgeberpreis für Bildung 2011

□ Von guter Bildung hängen nicht nur die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft, sondern auch die persönliche Entwicklung jedes Einzelnen sowie der Wohlstand unserer Gesellschaft insgesamt ab. Wie die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mitteilt, will sie sich aus diesem Grund für eine bessere Bildung in Deutschland engagieren. Einer der Bausteine des Konzepts ist der Deutsche Arbeitgeberpreis für Bildung, der in diesem Jahr zum zwölften Mal in den Kategorien Frühkindliche Bildung, Schulische Bildung, Berufliche Bildung und Hochschulische Bildung vergeben wird. Bewerben können sich Bildungseinrichtungen und Organisationen, die in einem der vier Bereiche ihren Tätigkeitsschwerpunkt haben.

Für jede ausgezeichnete Initiative wird mit Unterstützung von Telekom und Deutscher Bahn ein Preisgeld von 10.000 Euro ausgelobt. Ausschreibungstext und Bewerbungsunterlagen sind im Internet abrufbar. [lh]

- ▷ www.arbeitgeberpreis-fuer-bildung.de

Nationale Nachhaltigkeitsstrategie

Bundesregierung ruft zum Mitdiskutieren auf

□ Die Bundesregierung hat den Entwurf ihres neuen Fortschrittsberichts zur Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland vorgestellt und die Öffentlichkeit eingeladen mitzudiskutieren. Am 20. Juni begann die zweite Runde. Bundeskanzlerin Angela Merkel eröffnete persönlich die Diskussion. Noch bis zum 30. September besteht im Internet die Gelegenheit, den Entwurf zu kommentieren, eigene Beiträge hinzuzufügen sowie die Beiträge anderer Dialogteilnehmer zu kommentieren und zu bewerten. Der Fortschrittsbericht kann aus dem Internet heruntergeladen werden. Stellungnahmen können auch per E-Mail oder Brief eingereicht werden. [lh]

- ▷ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Ref. 313, 11044 Berlin, E-Mail: nachhaltigkeit@bpa.bund.de, www.dialog-nachhaltigkeit.de

Broschüre

Erneuerbare Städte

□ Noch immer haben Städte als weltweit größter Hauptverursacher des Klimawandels keine ausreichenden Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung. Dies geht aus dem neuen Bericht „Regenerative Cities“ der gemeinsamen Kommission Städte und Klimawandel des World Future Council (WFC) und der HafenCity-Universität Hamburg hervor. Der Report wurde von dem 30-köpfigen Expertengremium aus international anerkannten Klimaforschern, Stadtplanern und Architekten erarbeitet und von dem WFC-Mitbegründer und Städteexperten Herbert Girardet verfasst. Der 20-seitige Bericht empfiehlt insgesamt 38 Maßnahmen, darunter urbane Landwirtschaft, Nährstoffrückgewinnung aus Abwässern und mehr Partizipation. [jfs]

- ▷ www.worldfuturecouncil.org (Themen & Projekte – Klima & Energie – Städte und Klimawandel – Regenerative Cities – Download)

Buch

Städte nach dem Öl

□ Über die Hälfte der Erdbevölkerung lebt in städtischen Ballungsräumen, Tendenz steigend. Städte zeigen kommende Probleme wie Ressourcenmangel oder Klimawandel besonders deutlich. Doch hier gibt es auch schon viele Experimente für ein postfossiles Zeitalter. Mit dem Buch „Post-Oil City: Die Stadt von morgen“ ist dem oekom verlag ein Volltreffer gelungen. Die rund 20 Aufsätze sind wissenschaftlich, konstruktiv und streitbar. Wie sagte schon Winston Churchill: „We shape our buildings; thereafter they shape us.“ [jfs]

- ▷ Post-Oil City. politische ökologie 124 - 2011. www.politische-oekologie.de/archiv

Broschüre der Umwelt-Akademie NRW

Städte im Klimawandel

□ Zukunftsfähige Städte und Regionen sind Schwerpunkt im Bildungsprogramm 2011 der Umwelt-Akademie NRW. Stadtentwicklung in Zeiten des Klimawandels ist daher Thema der vierteljährlichen Zeitschrift nua:ncen mit Berichten über die Stadt der Zukunft sowie Projekten und Veranstaltungen zu BNE in NRW. [jfs]

- ▷ Stadt der Zukunft. nua:ncen, Heft Nr. 39. Download: www.nua.nrw.de/nuancen

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner [lh] (verantwortl.), oekopaednews@anu.de;
Jürgen Forkel-Schubert [jfs], jfs@oekopaednews.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de